

DIE WELTWOCH



Regierung marschiert gegen Opposition

Unter Kanzler Scholz verbreitet sich in Deutschland der Ungeist der DDR.
Norbert Bolz, Matthias Matussek, Alexander Wendt

Titan aus Jerusalem

Benjamin Netanjahu ist der bedeutendste Staatsmann unserer Zeit. *Francis Pike*

«Gott ist Liebe und Vernunft»

Kurt Kardinal Koch über die ewig faszinierende Botschaft
des Christentums. *Roger Köppel*

ENDLICH SCHMERZFREI



- ✓ Aktiviert die Muskulatur
- ✓ Verbessert die Durchblutung
- ✓ Für schmerzfreies Gehen und Stehen



Lernen Sie den Schweizer Luftkissen-Schuh
kennen: www.kybun.swiss

kybun⁺
Switzerland

Gernegross, gerneklein

Berlin

Deutschlands Politik ist aus dem Häuschen. Der Regierung schwimmen die Felle davon. Aus Mangel an Argumenten verteufelt sie die Kritiker. Kanzler und Bundespräsident rufen gemeinsam auf zum ausserparlamentarischen Widerstand gegen die parlamentarische Opposition. Hat es das in der Bundesrepublik schon mal gegeben? Beobachter glauben bereits DDR-Szenen obrigkeitlicher Verzweiflung zu erkennen.

Ist Deutschlands Demokratie gefährdet? Nein. Deutschland ist von erdbebensicherer Stabilität, die meisten Deutschen gehen tüchtig ihrer Arbeit nach, wohl unbeirrt durch die Hysterie der Medien und der Politik. Erstaunlich stark ist die Wirtschaft, trotz dem grünen Sozialismus und den Bleiplatten der Ampel. Das politische Dschungelcamp Berlin steht nicht für die ganze Republik, zum Glück. Schon der grosse Publizist Sebastian Haffner schrieb, in der deutschen Hauptstadt sei alles etwas lauter und schriller.

Wir beobachten gerade das Grounding der grünen Politik. Sie hat den Realitätstest nicht bestanden. Seit Corona sind auch in Deutschland immer mehr Leute allergisch gegen die Anmassungen und Überheblichkeiten der Politik. Demokratie wird zusehends als Verfahren der Volksbeschulmeisterung gesehen. Scholz, Habeck und Co, aber auch die Spitzen der CDU/CSU und FDP haben das Gefühl, sie müssten den Deutschen befehlen, was sie zu denken, zu sagen, wie sie zu leben und zu wählen haben.

Sie reden von Demokratie, aber sie meinen sich selbst.

Dagegen regt sich nun Widerstand. Die Deutschen wollen keine Demokratie von oben. Umso weniger, als sich die Regierung zusehends als eine Truppe von Laienschauspielern entpuppt. Ihre Politik der Weltheilung, der mit gigantischen Subventionen angeschobene «grüne Umbau» ist nicht nur gegen die Lebenswirklichkeit der werktätigen Bevölkerung, der Gewerbetreibenden und der Industrie gerichtet. Das, was ohnehin nicht funktioniert, wird auch noch stümperhaft umgesetzt.

Deutschland hat konkrete Probleme. Der Wohlstand schwindet. Und die Leute haben längst gemerkt, was sie in Berlin tapfer verdrängen. Eine Ampel, bei der alle Verkehrs-

lichter gleichzeitig blinken, führt ins Chaos, in die Massenkarambolage. Wie verzweifelt die Regierenden inzwischen sind, lässt sich an der Gehässigkeit ablesen, mit der sie auf die Opposition losgehen. Mit finsterner Wut klammern sie sich an ihre Macht. Gegen Kritiker und Andersdenkende fahren sie fauchend ihre Krallen aus.

Doch die Nazikeule ist morsch geworden. Die Verteufelungen verfangen nicht mehr so recht. Den Versuch, die oppositionelle AfD im Güllenloch des Hitlerismus zu entsorgen, durchschauen die Deutschen, die im Geschichtsunterricht nicht nur geschlafen haben, als durch-

Til Schweigers grosser Dok-Film über den Boxer «Rocky» Rocchigiani ist die Hommage an eine bessere Zeit.

sichtige Schindluderei mit der Vergangenheit zum Zweck des Machterhalts. Trotzdem protestiert noch keine jüdische Organisation gegen die im AfD-Bashing stets mitschwingende Verharmlosung der Nazizeit. Das ist erstaunlich.

Eben lief in Berlin die Premiere des von Til Schweiger produzierten, grossartigen Dokumentarfilms «Graciano Rocchigiani. Das Herz eines Boxers». Berührend gelingt es den Filmemachern, das Leben dieses Berliner Underdog-Kämpfers «Rocky» aus den neunziger und frühen zweitausender Jahren heraufzubeschwören. Es ist das Porträt eines beeindruckenden Sportlers, aber auch die wehmütige Erinnerung an eine wunderbar unbeschwerte Zeit, ein anderes Deutschland.

Was heute fehlt, sind Gelassenheit und republikanisches Selbstvertrauen. Deutschland hat in den letzten achtzig Jahren eine beeindruckende Erfolgsgeschichte hingelegt. Auf den Trümmern des Zweiten Weltkriegs errichtete eine Generation wirklichkeitsgeprüfter Politiker von Adenauer bis Willy Brandt die Goldgrube eines Wirtschaftswunders. Die BRD stemmte nicht nur Wirtschaftskrisen, Ölshocks und den Kalten Krieg. Sie finanzierte die Europäische Union und meisterte auch die Wiedervereinigung.

Nichts aber ist schwerer zu ertragen als eine Folge von guten Tagen. Die grössten Dummheiten passieren immer, ob in der Familie, der

Politik, im Geschäft, wenn es den Leuten zu gut geht. Man merkt gar nicht, wie sich das süsse Gift der Dekadenz in die Lebensadern schleicht. Die Deutschen sind gewissermassen das Opfer ihrer unheimlichen Tüchtigkeit geworden. Sie glaubten, sich die schönsten Illusionen leisten zu können, je grüner, desto besser.

Vielleicht kommt noch etwas anderes dazu. Die alte Bundesrepublik war das Gegenteil des Kaiserreichs, die politische Antithese zur Nazizeit. Im Gefolge der Staatsgründung von 1871 huldigte die deutsche Politik dem imperialen Ruhm, der Hegemonie, die sie zum Schluss mit mörderischer Kriegsgewalt anstrebte. Das alte Deutschland war ein Gernegross, die geteilte, bescheidene, provinzielle Bonner Republik dagegen war ein Gerneklein, in Anspielung auf den Schweizer Schriftsteller Kurt Marti.

Hat sich seit der Wiedervereinigung und dem Umzug von Bonn ins zwar zerschossene, aber immer noch imperiale Berlin unter neuem Anstrich das alte deutsche Grössengefühl politisch wieder eingenistet? Jedenfalls macht es den Anschein. Viele Gerne-grosse und Wichtig-tuer tummeln sich in den wuchtigen Regierungsbauten, beflissen, einer Welt, die auf sie nicht gewartet hat, den Tarif und moralische Diktate durchzugeben. Neuerdings spielt sogar ein grün-militaristischer, militanter Zug hinein.

Deutschland gerne-gross oder gerne-klein? Das ist die Debatte, die noch nicht geführt wird. Der Psychostress der Politik hat auch mit einer Identitätskrise zu tun, die im Unterbewussten mottet. Wofür steht Deutschland heute? Grüne Supermacht? Oberlehrer der Moral? Aussenposten der US-Politik? Oder aber Brücke zwischen Ost und West, Champion der Bildung und der Industrie, Friedensstifter statt Waffenschmiede? Wie weiter mit der EU? Einstige Gewissheiten sind brüchig geworden.

Wollen die Deutschen eine gerne-grosse oder eine gerne-kleine Bundesrepublik? Einen gross-spurigen Staat, der auf der Weltbühne etwas sein und darstellen will? Oder erleben wir im klirrenden Abschied von der Ampel vielleicht eine Rückkehr zur Bescheidenheit, zum Pragmatismus, zur unbeschwerten Bundesrepublik?

Weniger Scholz & Co, mehr «Rocky»? Bald werden wir es sehen. R. K.



«Jesus kommt als Lamm»: Seite 14



Vom Denken ins Handeln: Seite 44



Babys wie Accessoires: Seite 22

DIESE WOCHE

- 3 Editorial
- 5 Intern
- 6 Norbert Bolz
Das Volk, der Feind der Demokratie
- 9 Matthias Matussek
Liebe Nazigegner
- 10 Berlin Bundestag
Im Dreisprung an die Macht
- 11 Die Bibel
- 12 Inside Washington
Eine Nummer zu klein
- 12 Personenkontrolle
- 13 Kurt W. Zimmermann
Hurra! Er ist wieder da!
- 14 «Gott ist Liebe – und Vernunft»
Kurt Kardinal Koch
im grossen *Weltwoche*-Gespräch
- 19 Carey Mulligan
Quecksilbriges Talent
- 20 Titan aus Jerusalem
Israels Premier Netanjahu

- 22 Handtaschen-Babys
Promi-Frauen leisten sich Leihmütter
- 24 Martin Sellner
«Ich würde mit jedem reden»
- 26 Talkmasterin Caren Miosga
Unter Ausschluss der Wirklichkeit
- 27 Myanmar
Buddhisten verfolgen Christen
- 28 Oskar Lafontaine
In Deutschland sind
fast alle Parteien rechts
- 29 Asyl Bezahlkarte statt Bargeld:
und tschüs
- 40 Nachrufe
Franz Kurzmeyer,
Lew Semjonowitsch Rubinstein

DEUTSCHLAND: EIN LAND IN PANIK

- 31 Moralputsch der Wohlgesinnten
Hintergründe des angeblichen
«Geheimplans» der Plattform Correctiv
- 39 Anabel Schunke
Zeitalter der Sophie Scholls

LITERATUR UND KUNST

- 41 Ikone der Woche
- 42 Lob des Rindviehs
Blick auf Naturschutz und Biodiversität
- 44 Bücher der Woche

LEBEN HEUTE

- 48 Wunderbare Welt
- 48 Unten durch
- 49 Sex
- 50 Leserbrief

Der wiedererwachte Geist der DDR, Max Otte und Oskar Lafontaine, Reizfigur Martin Sellner, Staatsmann Benjamin Netanjahu, Roger Köppel spricht in Neubrandenburg und Magdeburg

Deutschland steht kopf: Vor zwei Wochen berichtete die Plattform Correctiv über einen angeblichen «Geheimplan»: Die AfD wolle Menschen aufgrund rassistischer Kriterien aus Deutschland vertreiben. Belege für diese krassen Vorwürfe fehlen bis heute. Trotzdem kennen die Reaktionen auf den angeblichen Skandal kaum Grenzen. Mittlerweile demonstriert sogar die Regierung gegen die Opposition. Erinnerungen an die DDR werden wach. Unsere Autoren Norbert Bolz, Matthias Matussek und Alexander Wendt beleuchten die gespenstischen Vorgänge. **Seite 6, 9 und 31–38**

Auch Deutschlands Parteienlandschaft ist in Bewegung. Mit der Werte-Union von Hans-Georg Maassen und dem Bündnis Sahra Wagenknecht treten zwei neue Kräfte in Erscheinung. Der Unternehmer und Ex-Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten, Max Otte, analysiert die Chancen einer konservativen Wende. Der frühere Finanzminister und SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine, Ehemann von Sahra Wagenknecht, nimmt die Verirrungen der linken Parteien unter die Lupe. Der erste Satz des Grundgesetzes sei, so Lafontaine, immer noch die beste Zusammenfassung linker Politik: «Die Würde des Menschen ist unantastbar.» **Seite 10 und 28**

Wer ist die Reizfigur Martin Sellner, die Hunderttausende auf Deutschlands Strassen drängt? Wer ist der Mann, der die Politik mit seinen Thesen zur «Remigration» an den Rand eines Nervenzusammenbruchs bringt? Philipp Gut hat sich



«Die Würde des Menschen ist unantastbar.»

mit Sellner unterhalten – und einen intelligenten jungen Mann angetroffen, der durchaus richtige Fragen an eine überforderte Einwanderungsgesellschaft stellt. **Seite 24**

Er ist der wohl unbeliebteste Staatsmann dieser Tage. Israels Premier Benjamin «Bibi» Netanjahu. Im eigenen Land kocht die Wut auf ihn, in der arabischen Welt wird er als brutaler Kriegsherr verteufelt. Zu Unrecht, argumentiert Francis Pike. Er erinnert daran, dass Israel heute die Nummer 13 auf der Liste der reichsten Länder der Welt ist. «Das israelische Wirtschaftswunder ist vor allem sein Verdienst», so Pike, der Netanjahu als einen der besten Staatschefs des 21. Jahr-

hunderts rühmt. «Netanjahus Entschlossenheit», dem Hamas-Terrorismus unbeirrbar die Stirn zu bieten, sei «ein Hoffnungsschimmer für die krisengeschüttelte Region». **Seite 20**

In eigener Sache: *Weltwoche*-Verleger Roger Köppel hält zwei Vorträge in Deutschland. Unter dem Titel «Ich glaube an Deutschland» spricht er am Montag, 5. Februar, in Neubrandenburg und am Dienstag, 6. Februar, in Magdeburg. Alle sind herzlich willkommen. Details finden Sie auf Weltwoche.de/neubrandenburg und Weltwoche.de/magdeburg sowie in den Inseraten auf den **Seiten 8 und 36**.

Ihre Weltwoche

IMPRESSUM

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Zollikerstrasse 90, Postfach, 8702 Zollikon. Die Weltwoche erscheint donnerstags.

Chefredaktor: Roger Köppel. **Betriebsleitung:** Samuel Hofmann. **Anzeigenleitung:** Gabriel Lotti. **Corporate Publishing:** Florian Schwab.

Redaktion und Verlag: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, www.weltwoche.ch, E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch, verlag@weltwoche.ch, leserbriefe@weltwoche.ch

Kundenservice: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91, E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch.

Jahresabonnement Inland Fr. 346.– (inkl. MwSt.). Schnupperabonnement Inland Fr. 38.– (inkl. MwSt.). Weitere Angebote für In- und Ausland unter www.weltwoche.ch/abo

Anzeigenverkauf: Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07, E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch. **Druck:** AVD Goldach AG, Sulzstrasse 10-12, 9403 Goldach.

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Das Volk, Feind der Demokratie

Die von den Grünen geführte Ampel regiert gegen das Land, weil es ihr um Grösseres geht: die Rettung der Welt. Der Wählerwille steht da nur im Weg.

Norbert Bolz

Das Volk hat das Vertrauen der Regierung verscherzt.» Das ist ein bitter-ironischer Satz aus dem Gedicht «Die Lösung», mit dem Bertolt Brecht die Reaktion der Machthaber auf die Arbeiterproteste des 17. Juni 1953 kommentiert hat. Die Lösung, die Brecht sarkastisch dem DDR-Regime empfiehlt, besteht darin, das Volk aufzulösen und sich ein neues zu wählen. Ähnliches geht offenbar auch den Vertretern der Ampelregierung angesichts der Bauernproteste durch den Kopf.

Die Angst, abgewählt zu werden

Die Elite aus Politik und Medien will ein anderes Volk. Und einige versuchen sogar, ein neues Volk aus loyalen Rot-Grün-Wählern zu importieren. Wer dagegen an die «Stimme

Was ist rechts? Offenbar alles, was der politischen Agenda der rot-grünen Elite widerspricht.

des Volkes» erinnert, die in allen grossen Fragen wie Migration, Klima- und Geschlechterpolitik so ganz und gar nicht auf Regierungslinie liegt, wird als Populist und Ewiggestriger abgefertigt. Wir treten offenbar in ein neues

Stadium der Politik ein. Die politisch-mediale Elite hat jetzt den Mut, den wahren Feind der Demokratie beim Namen zu nennen: das Volk. So konnte man gerade auf *Zeit online* lesen, die eigentliche Gefährdung der Demokratie gehe von der Wahlentscheidung der Massen aus.

Dass in Demokratien das Volk der Souverän ist, war den Eliten natürlich schon immer ein Dorn im Auge. Aber heute spitzt sich das zu einer interessanten Paradoxie zu. Demokratie ist zum Störfaktor für all diejenigen geworden, die angeblich die Demokratie verteidigen. Immer häufiger hört und liest man in regierungstreuen Medien: «Unsere Demokratie ist in Gefahr.» Für die politische Elite bedeutet das im Klartext aber lediglich: Wir haben Angst, abgewählt zu werden und unsere üppig honorierten Regierungsjobs zu verlieren.

Aus den vielen Initiativen der Ampelregierung ragt das Gesetz zur «Demokratieförderung» heraus. Es handelt sich dabei um eine Art Reeducation z.o. Es ist, bei Lichte betrachtet, aber auch ein anderer Name für den alten «Kampf gegen rechts». Denn was ist rechts? Offenbar alles, was der politischen Agenda der rot-grünen Elite widerspricht. Zur Förderung der Demokratie gehören deshalb neue Meldestellen, die Handlungen und Meinungen der Unbelehrbaren «auch unterhalb der Strafbarkeitsschwelle» registrieren. So soll sich Deutschland in ein Land der «Hinweisgeber» – zu Deutsch: Denunzianten – verwandeln. Regierungskritik ist Hassrede; die Meinung der anderen ist Hetze.

In den Regierungsmassnahmen gegen Hass und Hetze geht es aber gar nicht um Hass und Hetze, sondern darum, es immer schwieriger zu machen, zu sagen, was ist. Angeblich geht es um Desinformation und Hassrede, in Wahrheit aber um die Unterdrückung abweichender Meinungen. Wer die Regierung der Guten kritisiert, ist ewiggestrig, staatsfeindlich, böse. Das konnte man gerade wieder an der Berichterstattung über den Protest der Bauern an der Fähre beobachten, die den Wirtschaftsminister Habeck aus seinen Weihnachtsferien zurück-



Die Meinung der anderen ist Hetze:

brachte. Keines der Staatsmedien liess sich die Gelegenheit entgehen, das Geschehen als die deutsche Variante der Erstürmung des Kapitols zu präsentieren. Und das alles übergreifende, geschickt suggerierte «Narrativ» lautet: Alle Proteste gegen die Ampel sind von Rechtsradikalen unterwandert, die von Moskau bezahlt werden.

«Follow the science»

Der Staatsrechtler Carl Schmitt meinte, souverän sei, wer über den Ausnahmezustand entscheidet. Das trifft, wie wir spätestens in der Corona-Zeit gemerkt haben, durchaus zu. Souverän ist aber auch, wer darüber entscheiden kann, was Meinungsfreiheit ist. Eine autoritäre Regierung ist deshalb jederzeit in der Lage, jede Kritik an ihrer Politik mundtot zu machen und sie gegen die Bürger durch Steuerung der Medien durchzusetzen. Eigentlich müssten ja die klassischen Medien regierungskritisch sein, aber sie versagen hier schon seit Jahrzehnten. Und deshalb sehen sie in den sozialen Medien ihren grössten Feind – zu Recht! Nicht anders steht es um die Gefälligkeitswissenschaftler der woken Universitäten, die die Bürger mit ihrem Mantra «Follow the science» auf Regierungs-



„Unfassbar, wie realistisch die Software in den Arbeitsprozess eingebunden wurde.“



Demonstration auf der Karl-Marx-Allee in Berlin, 26. Juni 1953.

linie bringen wollen. Diese akademischen Freizeitgehirne haben sich längst vom Realitätsprinzip gelöst.

Hinter alldem mögen gute Absichten und Gesinnungen stehen. Aber entscheidend ist doch, dass die politisch-mediale Elite glaubt, die Demokratie gegen das Volk verteidigen zu müssen. Die Konsequenz lautet natürlich: Umerziehung, genannt «Demokratieförderung». Doch die Demokratie von Regierungsseite zu fördern, ist genauso paradox wie Jean-Jacques

«Demokratieförderung» ist genauso paradox wie die «vertrauensbildenden Massnahmen».

Rousseaus Projekt, die Bürger zur Freiheit zu zwingen. Das ist nicht ganz leicht zu durchschauen, und man muss zugeben, dass sich die Vormundschaftsmentalität der politischen Klasse und ihrer Sympathisanten damit durchaus geschickt tarnt. «Engagementsstrategie» und «Vielfaltsgestaltung» sind die paradoxen Begriffe einer paternalistischen Politik, die vorgibt, die Bürger zum Engagement zu erziehen und in ihrer Freiwilligkeit zu unterstützen.

Und in den Talkshows feiern die Guten dann mit bestem Gewissen ihre Elitenherrschaft.

«Demokratieförderung» ist genauso paradox wie die berüchtigten «vertrauensbildenden Massnahmen». So hat die Regierung zur Stärkung der Demokratie «Bürgerräte» eingerichtet, die, «zufällig ausgewählt», genau das fordern, was eine der Ampelparteien will. Gerade hat der «Bürgerrat Ernährung» exakt das verlangt, was die paternalistischen Grünen wollen. Derartige Simulationen des Bürgerwillens führen zu einer Light-Version der Räterepublik – Friedrich von Hayek hätte gesagt: Es ist der Weg zur Knechtschaft.

Politik der Panik

Viele wundern sich, wie es der Ampel gelingen kann, dauerhaft gegen die Mehrheit der Bevölkerung zu regieren – man denke nur an das Gendern, das Heizungsgesetz, die Schuldenbremse und vor allem natürlich die Massenmigration «ohne Obergrenze». Das kann man nur durch eine Politik der Panik erreichen, die bei Corona getestet und nun auf Klima und Energie übertragen worden ist. Hinzu kommt der perverse Effekt der «Brandmauer gegen rechts». Das «bunte Bündnis» aller Parteien

gegen die AfD macht es für einen Bürger so gut wie unmöglich, nein zur herrschenden Politik zu sagen.

Was als politische Mitte gilt, ist nach der Errichtung dieser «Brandmauer» extrem verrutscht. Man soll offenbar den Eindruck bekommen, die Linke sei die Mitte der Gesellschaft. Das ist die Folge einer fortdauernden Diffamierung immer grösserer Teile der Bevölkerung als rechtsextrem – ob es nun um die EU, Massenmigration, Corona, das Gendern oder die Bauernproteste geht. In den Augen der politisch-medialen Elite ist das Volk rechts – also muss es umerzogen werden. Umerziehen und abhängig machen – das ist der Job der allgegenwärtigen Betreuer, die dafür sorgen, dass die Bürger lernen, sich hilflos zu fühlen. Die Gleichheit aller in Abhängigkeit vom Staat ist das, was man den Untertanen an der Stelle von Freiheit bietet. Und mit dem Bürgergeld ratifiziert der deutsche Wohlfahrtsstaat, dass die Selbstbehauptung nicht mehr geleistet werden muss. Das ist der «Respekt», den die SPD im Wahlkampf den Bürgern versprochen hat. Es handelt sich hier um die Reinform des Paternalismus: Vater Staat und die Oberlehrer. Die Regierung genehmigt dem Bürger das Leben. Und wer sich dagegen mit Hinweis auf Meinungsumfragen wehrt, gilt als Populist.

Rettung der Welt

Natürlich kann die deutsche Regierung die katastrophalen Umfragewerte ihrer Parteien nicht einfach ignorieren. Aber sie lässt sich davon auch nicht irritieren. Dass die Stimmung im Lande schlecht ist, sei nur eine Folge davon, dass die Politik noch nicht richtig kommuniziert werde. Es bedeutet aber im Klartext: Wir denken nicht im Traum daran, unsere Politik an den Wünschen der Bürger zu orientieren.

Wie gesagt: Sie tun es alle mit bestem Gewissen. Die in Wahrheit von den Grünen geführte Ampelregierung regiert gegen das Volk, weil es ihr um Grösseres geht: die Rettung der Welt. Sie glaubt allen Ernstes, dem Rest der Welt vorangehen zu müssen und ein Beispiel zu geben, dem dann alle folgen werden. Und das ist eben die neuere deutsche Geschichte in Kurzfassung: Nach dem politischen Grössenwahn kam das Wirtschaftswunder und dann der moralische Grössenwahn.



Norbert Bolz ist emeritierter Professor für Medienwissenschaften der TU Berlin und Bestseller-Autor («Der alte, weisse Mann: Sündenbock der Nation»). Das grosse Video-Interview von Weltwoche-Verleger Roger Köppels mit Professor Bolz finden Sie ab Samstag, 27. Januar, 14 Uhr, auf weltwoche.de.



«Ich glaube an Deutschland»

**Roger Köppel spricht in Neubrandenburg
Alle sind herzlichst willkommen!**

Montag, 5. Februar 2024

Ort: Güterbahnhof Neubrandenburg
Friedrich-Engels-Ring 1
17033 Neubrandenburg

Beginn: 19.00 Uhr, Türöffnung: 18.00 Uhr

Eintritt: Euro 15,-

Bitte melden Sie sich an: www.weltwoche.de/neubrandenburg

Teilnehmerzahl beschränkt. Wir freuen uns auf Sie!

Liebe Nazigegner

Merkt ihr noch was? Nein? Dann muss ich wohl erklären: Zu Zigtausenden seid ihr dem Aufruf eines abgewirtschafteten Regimes gefolgt und auf die Strasse gegangen wie die Lemminge, um die einzige Oppositionspartei des Landes niederzubrüllen und ihr Verbot zu fordern.

Na, ist der Groschen jetzt gefallen? Hm. Zu regimetreuen Kundgebungen wird normalerweise in totalitären Staaten wie Nordkorea aufgerufen, dort allerdings laufen sie geordneter, um nicht zu sagen: strammer ab, Regenbogenfahnen sind da eher wenig zu sehen. Regierungsvertreter schimpfen die Opposition «einen Haufen Scheisse» und deren Wähler «Schmeissfliegen». Markus Söder nennt sie «Parasiten», und jeder weiss, wie man mit denen verfährt. Bei dieser Gelegenheit, lieber Söder, schmeissen Sie doch endlich mal Ihre alten Ausgaben des *Stürmers* weg, die vermüllen doch nur Ihr altfränkisches Wohnzimmer. Ich weiss, es sind Sammlerstücke und Ihr Herz hängt daran,



Ist Hass eine Meinung?

aber wie sagen wir beim Filmschnitt immer: *Kill your darlings!*

Ihr, liebe verwirrte Nazigegner, marschiert also stramm gegen eine Gruppe von Menschen, die zum Feind, zu einer fiktiven Bedrohung ausgesondert und zum Abschuss freigegeben wurde: die AfD und ihre Wähler. Einige von euch trugen das Schild herum «AfDler töten».

Andre verhedderten sich beim Hass. Hass erfüllt trugen sie Poster mit der Aufschrift: «Hass ist keine Meinung». Andere meinten: «Alle hassen die AfD».

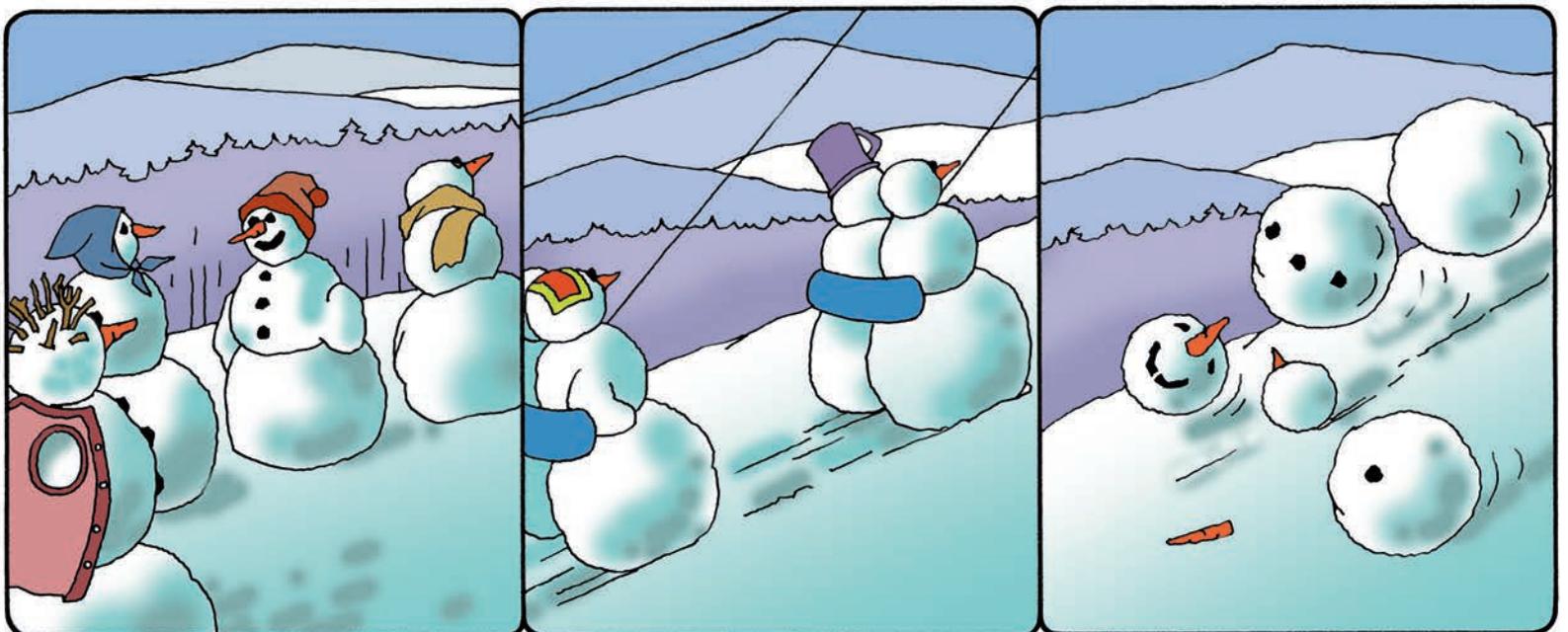
Ja, ihr habt regelrecht geschäumt in eurem Auftrag, die Bauernproteste gegen das Regime aus den Schlagzeilen zu nehmen und sie durch eine «Einheitsfront gegen rechts» zu ersetzen, wie sie das regimetreue *Neue Deutschland* noch kurz vor dem Mauerfall forderte und bei uns nun «Tagesschau» und *Bild* und *FAZ*. Übrigens ist es doch seltsam, dass ihr diese letzte Diktatur, die rote, auf deutschem Boden, immer überspringt, um in der vorletzten, der braunen, zu landen, wo der Empörungsboden sicherer scheint. Merkt ihr immer noch nichts? Ich will es euch verraten: Ihr inszeniert genau jenes Regime erneut, gegen das ihr angeblich protestiert. Ihr seid euer Gegner.

Denkt nach, verdammt noch mal!

Euer

Matthias Matussek

BARTAK



Im Dreisprung an die Macht

Die Werte-Union unter Führung von Hans-Georg Maassen löst sich von der CDU. Gut so! Als eigenständige Partei kann sie helfen, eine konservative Wende einzuleiten.

Die Ampelkoalition macht in Deutschland die wohl schlechteste Politik, die in den letzten Jahrzehnten von irgendeiner Regierung in einem westlichen Industrieland gemacht wurde. Wer gegen Ende der Ära Merkel hoffte, dass der politische Tiefpunkt in Deutschland erreicht war, wurde schnell eines

Mit der Union ist die Politikwende ausgeschlossen: Merz hat Signale in Richtung Grüne ausgesandt.

Besseren belehrt: Die Ampel-Protagonisten beschleunigen die Deindustrialisierung Deutschlands, gefährden Deutschlands Sicherheit, führen die Politik der ungebremsten Migration fort und spalten die Gesellschaft weiter.

Die Zustimmungswerte für die Regierung implodieren. Mit insgesamt 31 Prozent haben die drei Ampelparteien nur so viel Zustimmung wie die grösste Oppositionspartei, die Union. Und die vielfach diffamierte AfD liegt mit 22 Prozent weit vor der grössten Regierungspartei. In Sachsen würde die AfD nach neuesten Umfragen sogar 37 Prozent holen, die SPD nur noch 3 Prozent.

Zeitpunkt ist günstig

Am 20. Januar machte die Mitgliederversammlung der Werte-Union in Erfurt mit grosser Mehrheit den Weg für die Gründung einer neuen konservativ-bürgerlichen Partei frei. Der CDU-nahe Verein löst sich von der Mutterpartei und wird in einen Förderverein umgewandelt. Schnellstmöglich soll dann mit handverlesenen Mitgliedern die neue Partei gegründet werden, die schon im September bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg antreten will.

Die Chancen der Werte-Union, die 5-Prozent-Hürde für den Einzug in Bundes- oder Landesparlamente zu schaffen, sind äusserst gering. Viele bürgerliche Wähler der Unionsparteien wählen die Union aus Gewohnheit und weil sie die öffentlich-rechtlichen Medien konsumieren. Im Vergleich zur AfD 2013 ist die neue



Reanimation für die Parteiendemokratie: Werte-Union-Gründer Hans-Georg Maassen.

Werte-Union personell hoffnungslos unterbesetzt und unterfinanziert. Und selbst damals scheiterte die AfD bei der Bundestagswahl mit 4,7 Prozent. Das Bündnis Saha Wagenknecht kommt nach neuesten Umfragen auf etwa 7 Prozent, eine aus meiner Sicht realistische Einschätzung. Anders jedoch als die seit über einem Jahrzehnt in den Talkshows dauerpräsente und deutschlandweit bekannte Saha Wagenknecht sind die Protagonisten der neuen Partei – Hans-Georg Maassen und Markus Krall – ausserhalb der konservativen Blase kaum bekannt oder sogar negativ geframt.

Dennoch könnte der Zeitpunkt günstig sein; der allgemeine Unmut die Werte-Union in einige Parlamente katapultieren. Damit das Projekt zur Politikwende in Deutschland beiträgt, sind aus meiner Sicht drei Punkte essenziell:

1. Klares Bekenntnis zur Koalition mit der AfD. Es wird nicht ausreichen, dass die Spitze der Werte-Union bekräftigt, «mit allen reden

zu wollen». Nur ein klares Bekenntnis zur Koalition mit der AfD holt diese aus der von aussen auferlegten Isolation heraus, reanimiert die Parteiendemokratie und macht den Weg frei für eine Politikwende. Gleichzeitig stärkt es auch die Werte-Union, wenn sie Rückgrat zeigt. Nach seinem missglückten Bundestagswahlkampf in Thüringen wird Hans-Georg Maassen hier einiges Porzellan kitten müssen.

Mit der Union hingegen ist die Politikwende ausgeschlossen: Für den Fall, dass die Ampel zerbrechen sollte, hat Friedrich Merz bereits Signale in Richtung einer Zusammenarbeit mit den Grünen ausgesandt. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass damit gerade die Merz-CDU die schwarz-grüne Wunschkonstellation von Angela Merkel umsetzen würde. Führungspersonal und Parteikader der Union sind längst vergrünt. Sie werden, ähnlich wie das bei der FDP der Fall ist, wahrscheinlich lieber den Kurs in den Untergang wählen, als eine bürgerliche Politikwende zuzulassen.

2. Mentale und organisatorische Vorbereitung.

Bei meiner Antrittsrede zum Vorsitz der Werte-Union im Mai 2021 sprach ich davon, dass wir in repressiven Zeiten leben und dass wir nicht mehr nur in der Opposition, sondern im Widerstand sind. Die staatlichen Propagandamedien schrecken mittlerweile selbst vor Bildfälschung und Diffamierung nicht zurück. Sie gehen in ihrer Verzerrung der Realität weit über das hinaus, was 2019 im berühmten Framing-Manual der ARD gefordert wurde. Staatlich mitfinanzierte Schlägertrupps wie die Antifa schüchtern auf Demos und Wahlkampfveranstaltungen ein, Namen und Wohnorte von oppositionellen Politikern werden öffentlich gemacht, staatlich unterstützte Stasi-ähnliche Schnüffelorganisationen wie Correctiv spähen das Privatleben von unliebsamen Menschen aus und bereiten den Boden für umfassende Diffamierungskampagnen.

Diese Umstände sind bei vielen Bürgerlichen auch nach mehr als zwei Jahren Grundrechtseinschränkung während Corona noch nicht angekommen. Die Mitglieder der AfD hingegen haben seit Jahren Repressionen ausgehalten und etliche Feuertaufen überlebt. Im elften Jahr ihres Bestehens hat sich die AfD trotz aller Widrigkeiten zu einer funktionierenden und programmatisch weitgehend geschlossenen Partei gemausert. Die aktuelle Diffamierungskampagne gegen sie zeigt, was sofort auf die Werte-Union zukommen würde, falls sie jemals politische Relevanz erlangen sollte.

Aus einer eigentlich belanglosen privaten Zusammenkunft am 25. November 2023 konstruieren Medien und politische Klasse eine «Potsdamer Wannseekonferenz» als Anlass für eine konzertierte Medien- und Verleumdungskampagne. Nach der «Stürmung des Reichstags» (29. August 2020) und dem «Rollator-Putsch» (7. Dezember 2022) ist dies die dritte Kampagne von oben, die gegen oppositionelle Strömungen und Kräfte Stimmung macht. Wie in totalitären Regimen werden Menschen vom Staat aufgestachelt, gegen die Opposition auf die Strasse zu gehen.

Wer aktiv in der Werte-Union dabei ist, wird sich warm anziehen müssen.

3. Programmatische Klärung. Die neue, nach eigenen Worten liberal-konservative Partei wird sich in wichtigen Grundsatzfragen positionieren müssen, wenn sie sich nicht dem Vorwurf der reinen Protestpartei ausgesetzt sehen will.

In der Aussen- und Sicherheitspolitik ist eine solche Positionsbestimmung so notwendig wie schwierig. Die traditionelle aussenpolitische Doktrin der Bundesrepublik beinhaltet unter anderem eine «gewöhnheitsmässige Vermengung von deutschen und europäischen Interessen» (Timothy Garton Ash) und ein uneingeschränktes Bekenntnis zur Nato.

Über deutsche Interessen zu reden, ohne sogleich mantraartig die europäische Einigung und die Nato als Teil dieser Interessen zu benennen, war tabu.

Aber die Welt hat sich verändert, die von den USA dominierte globale Nachkriegsordnung löst sich auf, und der «unipolare Moment» nach 1989 ist verstrichen. Wie ich es in meinem Buch «Weltsystemcrash» 2019 prognostiziert hatte, sehen wir uns mit einem neuen kalten Krieg, diesmal zwischen einem US-dominierten Block und einem chinesischen Block, und zahlreichen Stellvertreterkriegen konfrontiert. Trotz seiner desolaten innen- und wirtschaftspolitischen Situation ist Deutschland immer noch ein wichtiger Dominostein im geopolitischen Poker. Die Einflussnahme mächtiger ausländischer und insbesondere transatlantischer Lobbys ist daher nach wie vor hoch. In der AfD haben sich durch den Ukraine-Krieg und die Sprengung von Nord Stream II die Vertreter einer interessengeleiteten Aussenpolitik durchgesetzt.

Die notwendige Diskussion wird die Werte-Union vor eine ähnliche Zerreißprobe zwischen dem Nato-Lager und den Vertretern einer eigenständigen deutschen Aussenpolitik stellen, wie sie die AfD durchmachen musste.

Ein zweiter Richtungsstreit in der AfD zwischen liberal-libertären Positionen und einer Politik, die sich stärker an der sozialen Marktwirtschaft orientiert, wurde mit dem Weg-

Wie in totalitären Regimen stachelt der Staat dazu auf, gegen die Opposition auf die Strasse zu gehen.

gang des ehemaligen Co-Sprechers Jörg Meuthen zugunsten der sozialen Marktwirtschaft entschieden. Auch hier wird sich die Werte-Union positionieren und heftige interne Diskussionen überstehen müssen.

Als ich 2022 für das Amt des deutschen Bundespräsidenten kandidierte, kündigte ich an, mich aus der aktiven Parteipolitik zurückzuziehen. Nach der Kandidatur für das höchste Staatsamt verbietet sich nach guter politischer Sitte eine parteipolitische Betätigung. Ich wünsche der Führung das notwendige Geschick sowie die Weisheit und die Standhaftigkeit, das Projekt zu einem Erfolg zu führen.

Max Otte ist Unternehmer, Investor und politischer Aktivist. Der 14-fache *Spiegel*-Bestsellerautor war ordentlicher Professor an der Boston University, der Hochschule Worms und der Universität Graz sowie 2021–2022 Bundesvorsitzender der Werte-Union. Bei der Wahl zum deutschen Bundespräsidenten erhielt Otte 2022 die zweitmeisten Stimmen. Nach seinem Ausschluss aus der CDU ist Otte parteilos.



Die Bibel

Bin ich recht?

Wir sind zum Glauben an Christus Jesus gekommen, damit wir aus dem Glauben an Christus gerecht würden und nicht dadurch, dass wir tun, was im Gesetz geschrieben steht (Galater 2, 16). – Ich vermute, dass die Titelfrage jeden Menschen ab und zu beschäftigt. Anders als die Tiere, denen der Instinkt das rechte Verhalten vorgibt, verfügen wir über Entscheidungsspielräume. Liegt die richtige Entscheidung klar zutage, dann ist es leicht. Ist das nicht der Fall, kommen verschiedene Kriterien in Betracht: Ich durchdringe die Sache, entscheide nach meiner Erkenntnis und handle entsprechend. Falls ich mich geirrt habe, befinde ich mich im Unrecht. Um diese Widrigkeit zu vermeiden, kann ich mich, anstatt an der Sache, am Verhalten jener Leute orientieren, die mir wichtig scheinen. Gemeinsam mit der Meute unrecht zu haben, ist halb so schlimm. Hier wurzeln die Denknormierungen der Gesellschaft. Erscheine ich der Umgebung als konform, dann bin ich okay. So lautet das moderne Gesetz, durch das sich die Menschen rechtfertigen.

Aber die Rechtfertigung durch Gott hat einen andern Dreh. Sein Gesetz dient nicht als Befähigungsausweis, sondern als Lebenshilfe. Will ich mir die Gerechtigkeit selbst aneignen, indem ich Wohlverhalten zur Schau stelle, so hinke ich dem Werk Gottes hinterher. Denn er hat längst dafür gesorgt, dass ich recht bin, und gibt es mir zu verstehen. Bin ich aber ihm recht und begleitet er seine Schöpfung in göttlicher Fürsorge, dann besteht kein Zwang, trendigen Ideen und Projekten nachzulaufen. Noch weniger besteht ein Zwang, sich fremden Meinungen und Verhaltensschablonen zu unterwerfen. Wir sind frei. Und wenn andere Menschen Gott ebenfalls recht sind, dann sollen sie auch mir recht sein. Jeder kann in einer Sache unrecht haben. Aber jedes Dasein ist gerechtfertigt.

Peter Ruch



INSIDE WASHINGTON

Eine Nummer zu klein

Der Gouverneur von Florida, Ron DeSantis, bereut einiges. Am Sonntag gab der einst aufstrebende Polit-Star bekannt, dass seine Präsidentschaftskampagne gescheitert sei. DeSantis kehrte auf die Plattform X zurück, auf der er vor nur acht Monaten seine Kandidatur gestartet hatte, und gestand, dass es keinen «klaren Weg zum Sieg» gebe. Nach seinem zweiten Platz bei den Vorwahlen in Iowa (30 Prozentpunkte hinter Trump) räumte DeSantis ein, dass «eine Mehrheit der republikanischen Wähler in den Vorwahlen Donald Trump eine weitere Chance geben will». Und damit stellte sich der Mann, den die *New York Post* einst als «DeFuture» bezeichnete, hinter den «Don».

Hauptstadtschreiber sezieren die Leiche der DeSantis-Kampagne gnadenlos. Es fehlte ihm an Charisma. Seine Kampagne war ein verschwenderisches Durcheinander. Und wie DeSantis selbst zugibt, hätte er den Äther fluten sollen, wenn auch nur, um sich mit den feindseligen Mainstream-Medien auseinanderzusetzen. Aber selbst wenn der 45-jährige Navy-Veteran, der seine Wiederwahl zum Gouverneur 2022 mit einem Erdrutschsieg von 19 Punkten gewann, alles richtig gemacht hätte, hätte er immer noch ein fast unmögliches Hindernis zu überwinden gehabt: Donald J. Trump.

Während der gesamten Vorwahlen sank Trumps Zustimmungsrate unter republikanischen Wählern nie unter 40 Prozent. Als die Demokraten ihr Sperrfeuer mit vier Strafverfahren starteten, wurde der «Maga»-Maestro zu einem Koloss. DeSantis sagte vor den Medien im Dezember: «Wenn ich etwas ändern könnte, würde ich mir wünschen, dass Trump nicht wegen dieser Dinge angeklagt worden wäre.» Im Jahr 2028 wird DeSantis sich das nicht wünschen müssen.

Amy Holmes

PERSONENKONTROLLE

Jolie, Voight, Khan, Kadyrow, De Croo, Sorbillo, Shakira

Angelina Jolie, Hollywoodstar, hat es nicht so mit Hollywood. «Es ist ein ziemlich oberflächlicher Ort», meinte die Schauspielerin, die als Tochter des Schauspielers **Jon Voight** als Kind in der Traumfabrik aufwuchs. «Von allen Plätzen in der Welt ist Hollywood kein gesunder Platz.» Sie würde zwar wieder Schauspielerin werden wollen – aber nicht im Filmgeschäft, sondern im Theater.

Imran Khan, Sport- und Politiklegende, macht Wahlkampf aus dem Gefängnis – mit künstlicher Intelligenz. Der wegen Korruption zu drei Jahren Haft verurteilte frühere pakistanische Ministerpräsident und ehemalige Cricket-Star wandte sich mit einer vierminütigen Botschaft an die Menschen bei einer Wahlkampfveranstaltung seiner Partei. Da Tonaufnahmen im Gefängnis verboten sind, generierte KI seine Stimme. Es ist nicht bekannt, ob es jemandem auffiel.

Ramsan Kadyrow, Bluthund, denkt über ziemlich alte Methoden der Bestrafung von Kriminellen nach. Wenn man die Straftäter nicht finde, so könne man auch deren Angehörige hinrichten, überlegte der Präsident der Kaukasusrepublik Tschetschenien auf einem Treffen mit dem Innenministerium. «Wir müssen nicht lange nach ihm suchen, denn wir werden sicher seine Verwandten finden», sagte er. Das funktioniere «seit ewigen Zeiten»: Entkomme der Täter, würden sein Bruder oder sein Vater getötet.

Alexander De Croo, Vorbild-Europäer, sorgt sich um die Finanzen der EU. Da immer mehr Bürger von der Union Antworten auf die großen Herausforderungen der Zeit erwarteten, so der belgische Ministerpräsident, stelle sich «unausweichlich» die Frage: Woher nehmen wir das Geld? Obwohl er keine Antwort gab, läuteten die Alarmglocken. Denn die EU will schon lange eigene Steuern erheben – und Belgien übernahm am 1. Januar den Vorsitz im EU-Rat.

Gino Sorbillo, Nestbeschmutzer, verdirbt seinen Landsleuten den Appetit. Der Neapolita-

ner, dem mehrere Restaurants in Italien und im Ausland gehören, will – *horribile dictu* – Pizza mit Ananas auf seine Speisekarte nehmen. Für Italiener aber ist Pizza Hawaii eine kulinarische Todsünde. Dass ausgerechnet Sorbillo sündigt, verschärft das Sakrileg. Denn sein Restaurant liegt im historischen Zentrum von Neapel, und Neapel ist die Heimat der Pizza. Ohne exotische Früchte.

Shakira, Nationalschatz, wird geehrt wie ein Staatsmann oder ein General. In ihrer kolumbianischen Heimatstadt Barranquilla wurde ein sechseinhalb Meter hohes Denkmal für die Sängerin enthüllt. Es zeigt sie bei ihrem berühmten Hüftschwung. Die Ähnlichkeit lässt allerdings zu wünschen übrig.

Zusammengestellt von Wolfgang Koydl



Hurra! Er ist wieder da!

Bis November haben die deutschen Journalisten ausgesorgt. Freund Donald ist zurück.



Da waren sie aber mächtig stolz, damals im August 2017 auf der Redaktion des *Sterns*. Das Titelbild des Magazins zeigte eine Fotomontage des US-Präsidenten Donald Trump. Trump, gehüllt in ein Sternenbanner, hob den rechten Arm zum Hitlergruss.

Damit auch der letzte Depp diesen journalistischen Geniestreich kapierte, setzte der *Stern* eine historisch-didaktische Schlagzeile darunter: «Sein Kampf».

Die Journalistenkollegen aus dem rötlichen und grünlichen Umfeld fanden das prima. Nur die *Frankfurter Allgemeine* mäkelte an «der stumpfsinnigsten Titelei des Jahres» und erinnerte süffisant an die gefälschten Hitler-Tagebücher desselben Blatts.

Diese Woche nun gewann Trump die Vorwahlen in New Hampshire. Mit diesem Sieg, so vermeldete nun der *Stern*, «ist Donald Trump so gut wie sicher der Kandidat der Republikaner». Man konnte förmlich hören, wie sie sich ob dieser guten Kunde auf der Redaktion die Hände rieben.

Tatsächlich, es schaut gut aus für den Journalismus. Alles deutet darauf hin, dass die guten alten Zeiten zurückkehren. Es sind die Trump-Zeiten, während deren man als Journalist so richtig unbeschwert die Sau rauslassen durfte.

Die *Süddeutsche Zeitung* schrieb bereits, «dass nur ein Wunder die amerikanische Demokratie retten kann». Wenn die Amerikaner wüssten, was man da in München weiss, sie kämen aus dem Zittern um ihre Zukunft nicht mehr heraus.

Letzte Woche setzte auch der *Spiegel* ein Ausrufezeichen und signalisierte, was bis zum

US-Wahltag am 5. November alles auf uns zukommen wird. Nachdem Trump in den ersten Primärwahlen in Iowa mit grossem Abstand gesiegt hatte, zeigte das Cover einen Trump beim militärischen Salut. Darunter stand die Headline: «Der Diktator».

Das erinnerte in seiner Absolutheit stark an das berühmte *Spiegel*-Titelbild aus dem Herbst 2016, als das Blatt den kommenden Präsidenten

Der Mann, das verunsichert die Branche, bleibt von der Flut ihrer Schmähungen völlig unbeeindruckt.

Trump als feuerspeienden Meteor präsentierte, der auf die Erde zurast, um sie zu zerstören. Schlagzeile darunter: «Das Ende der Welt».

Genauso gefreut haben sie sich bei der *New York Times*. «Trump ist die beste Sache, die unserer Abo-Strategie passieren konnte», sagte der glückliche Chefredaktor Dean Baquet, der von 2014 bis 2022 die Zeitung leitete. Die NYT, vormals inhaltlich etwas diffus, positionierte sich seit 2016 als publizistischen Kampfpanzer gegen Trump, und das liberale und linksliberale Amerika sprang mit Millionen von neuen Abonnements auf. Der Verlag, zuvor finanziell wenig erfolgreich, hat den Jahresgewinn seitdem verdreifacht.

Als Joe Biden Präsident wurde, erlahmte der Anti-Trump-Effekt allmählich. Zwar tat die *New York Times* ihr Bestes, um Trumps Rolle beim Sturm auf das Kapitol zum «Staatsstreich» hochzustemmen, aber so richtig verfiel das beim Publikum nicht. Es brauchte schon einen neuen

Wahlkampf, um zu alter Form aufzulaufen. Als Trump nun in New Hampshire gewann, konnte man die Erleichterung auf der Redaktion deutlich spüren. Trump sei «ein vollgetanktes Auto», wusste die Zeitung.

Es ist ein merkwürdiges Verhältnis zwischen den Medien und dem Politiker. Die Journalisten wissen, wie sehr sie Trump brauchen. Trump wiederum hat gegenüber diesen «Feinden des Volkes», wie er sie nennt, ein einzigartiges Immunsystem entwickelt. Der Mann, das verunsichert die Medienbranche enorm, bleibt von der Flut ihrer Schmähungen völlig unbeeindruckt. Im Gegenteil. Selbst einem Intimfeind wie der Reporterlegende Bob Woodward von der *Washington Post* gab Trump achtzehn stundenlange Interviews, obschon er genau wusste, dass der ihn danach gnadenlos niedermachen würde.

Trump nimmt die Journalisten nicht ernst. Das verzeihen ihm die Journalisten nicht. Es kann auch erklären, warum sie sprachlich dann derart ausrasten. Als «Faschisten» bezeichnete ihn etwa die *Zeit*. Für das ZDF war er «ein durchgeknallter Idiot».

Wir werden dieses Jahr noch einiges aus derselben Schublade zu hören bekommen. Mit «Der Diktator» hat der *Spiegel* eben eine erste Marke gesetzt.

Als Journalistenkollege macht man sich allerdings etwas Sorgen um die *Spiegel*-Redaktion. Wenn sie den «Diktator» schon im Januar verheizen, was soll da an Steigerungsformen bis November noch alles kommen? «Der Tyrann» wäre vielleicht eine Möglichkeit. Auch «Der Führer» geht immer. Oder wie wär's mit «Heil Trump!»?

«Gott ist Liebe – und Vernunft»

Kurt Kardinal Koch über die ewig faszinierende Botschaft des Christentums, den Glaubensverlust in Europa, das Böse und die Hölle sowie die Wurzeln der Missbrauchsskandale in der Kirche.

Roger Köppel

Die Uhren ticken anders im Vatikan. Der Welthauptsitz der Katholiken scheint tatsächlich mit der Ewigkeit im Bunde, irgendwie erhaben über der Hektik des Alltags. Wir treffen den Schweizer Kardinal Kurt Koch, einst Bischof von Basel, hochgelehrter Theologe, in seinem Büro unweit der Kaserne unserer Schweizergarde. Die Leibwache des Papstes, seit 1506 mit grosser Treue am Bischofsstuhl von Rom, freut sich auf eine neue Behausung, einen Neubau, dessen Finanzierung der Luzerner Unternehmer Guido Egli auf die Beine gestellt hat. Auf «Weltwoche daily» lief jüngst ein Interview mit dem Gardisten-Kommandanten Christoph Graf, Luzerner auch er.

Koch ist ein nachdenklicher Mensch. Er spricht überlegt, in druckreifen Sätzen. Mühe-los wechselt er von kirchenpolitischen Fragen und Gegenwartsdiagnosen ins Theologische. Es entspinnt sich eine Diskussion über die Krise des Christentums in Europa und die Botschaft des Evangeliums. Koch strahlt ein angenehmes Charisma aus, er ist kein Fernsehprediger, kein Lautsprecher, kein Feuerkopf des Glaubens.

Seine Überzeugungskraft liegt in der Argumentation, in einer geradezu tänzerischen Leichtfüssigkeit, wie er historische und philosophische Bezüge herstellt, ohne mit seiner Gelehrsamkeit aufzutrupfen; ein Denker von eindrucksvoller Bescheidenheit.

Geboren wurde Kurt Koch am 15. März 1950 in Emmenbrücke, Kanton Luzern. Sein erster Berufswunsch, mit drei Jahren, war «Samichlaus», ab der ersten Klasse wollte er Priester werden. Sein Theologiestudium absolvierte er an der Ludwig-Maximilians-Universität München und an der Universität Luzern. Papst Johannes Paul II. ernannte Koch zum Bischof, ausgerechnet am 6. Dezember (1995). Von 2007 bis 2009 war er Präsident der Schweizer Bischofskonferenz. Papst Benedikt XVI. – wohl auch ein theologisches Vorbild des Schweizer Kardinals – berief Kurt Koch zum Präsidenten des

Rom

Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, diese Funktion bekleidet er bis heute. Am 3. Mai 2021 wurde Kurt Koch von Papst Franziskus zum Kardinalpriester ernannt.

Weltwoche: Herr Kardinal Koch, Sie leben die ganze Zeit über in Rom?

Kardinal Koch: Ja.

Weltwoche: Wie muss man sich den Alltag eines Kardinals im Vatikan vorstellen?

Kardinal Koch: Sehr unterschiedlich. Oft bin ich auf Reisen. Vieles lässt sich nicht am Schreibtisch erledigen. Ich muss zu den Kirchen gehen. Bin ich alleine im Büro, fange ich um halb neun an und arbeite bis um zwei. Dann vom Nachmittag bis am Abend.

Weltwoche: Ihr Schwerpunkt ist?

Kardinal Koch: Der Schwerpunkt sind die ökumenischen Dialoge mit allen christlichen Gemeinschaften – sowie dem Judentum. Zum Judentum haben wir eine Beziehung, wie wir sie zu keiner anderen Religion haben. Ich bin allerdings nur zuständig für die religiösen Verbindungen, die politischen liegen beim Staatssekretariat. Wobei es im Judentum nicht so einfach ist, zu trennen zwischen Politik und Religion. Weiter bin ich Mitglied anderer Dikasterien, das gibt sehr viel Arbeit.

Weltwoche: Was ist das grösste Thema unter den christlichen Gemeinschaften?

Kardinal Koch: Wir sind uns in verschiedenen Glaubensfragen nähergekommen, doch gibt es noch keine gemeinsame

Vorstellung des Ziels der Ökumene [...] Die katholische Kirche hat die Überzeugung, dass man die Einheit sucht im Glauben, in den Sakramenten und in den Ämtern. Sobald man all dies gegenseitig anerkennt, hat man eine Kirchengemeinschaft. Viele aus der Reformation hervorgegangene Kirchen haben aber eine ganz andere Vorstellung: Alle sollen sich gegenseitig als Kirche anerkennen, und die Summe aller kirchlichen Gemeinschaften [...] soll dann die eine Kirche ergeben.

Weltwoche: Und wo liegt nun das Problem?

Kardinal Koch: Es ist ein grosses Problem: Wenn Sie am Flughafen Kloten in ein Flugzeug einsteigen, ohne zu wissen, wohin Sie reisen wollen, dürfen Sie sich nicht wundern, wenn Sie in Barcelona landen und nicht in Rom, was durchaus bedauerlich wäre. Darum glaube ich: Wir

«Es ist ja interessant: Jesus befiehlt die Einheit seinen Jüngern nicht. Er betet für sie.»

müssen uns neu darauf besinnen: Was ist das gemeinsame Ziel, was wollen wir erreichen?

Weltwoche: In ethischen Fragen gibt es ebenfalls grosse Unterschiede zwischen den kirchlichen Gemeinschaften.

Kardinal Koch: Das ist die zweite grosse, neue Herausforderung. In den achtziger und neunziger Jahren lautete ein wichtiger Satz in der Ökumene: Der Glaube trennt, das Handeln eint. Die Einheit würde sich aus dem Handeln ergeben. Heute ist es fast umgekehrt. In Glaubensfragen kamen wir uns näher, aber die Differenzen ergeben sich auf ethischem Gebiet, vor allem in zwei Bereichen: Ehe, Familie, Sexualität und Gender. Dann die bioethischen Fragen, Anfang und Ende des Lebens. Die dritte Herausforderung ist das rasante Wachstum der evangelikalen und pentekostalen Bewegungen. Das ist heute die zweitgrösste Realität nach der katholischen Kirche. Das sind ganz neue Herausforderungen.

Weltwoche: Warum ist es so wichtig, die unterschiedlichen christlichen Strömungen zusammenzubringen?

Kardinal Koch: Erstmals wurde diese Notwendigkeit erkannt 1910 an der ersten Weltmissionskonferenz in Edinburg. Die dort Versammelten kamen zur Überzeugung, dass das grösste Hindernis einer glaubwürdigen Weltmission die zertrennte Christenheit sei. Mit der Mission sind auf andere Kontinente nicht nur das Evangelium gebracht worden, sondern auch die europäischen Kirchenspaltungen. Diese Uneinigkeit und Zerstrittenheit der Christen schadet



Kochs Kardinalwappen.



«Jesus kommt als Lamm. Das ist die Erlösung der Welt»: Theologe Koch.

der Glaubwürdigkeit des Evangeliums. Zweitens ist es natürlich der Wille Jesu. Das Fundament ist das hohepriesterliche Gebet im 17. Kapitel des Johannes-Evangeliums. Dort betet Jesus zu seinem himmlischen Vater: Alle sollen eins sein, damit die Welt glaubt, dass Du mich gesandt hast. Es ist ja interessant: Jesus befiehlt die Einheit seinen Jüngern nicht. Er betet für sie.

Weltwoche: Weil sie möglicherweise schon damals nicht selbstverständlich war.

Kardinal Koch: Ja. Es waren halt Menschen.

Weltwoche: Was ist der Zustand des Christentums heute?

Kardinal Koch: Man muss unterscheiden nach Kontinenten. Das Christentum ist in einer sehr kritischen Situation in Europa. Das betrifft alle christlichen Kirchen, nicht nur die katholische. Obwohl das Christentum in Europa gross geworden ist, ist es in einer fundamentalen Krise. Ganz anders in Afrika. Dort wächst das Christentum, ebenso in Asien. Weltweit nimmt die katholische Kirche jährlich zu, während wir in Europa von Kirchenaustritten reden. Lateinamerika wird ziemlich herausgefordert von einzelnen pentekostalen Bewegungen, wenn sie katholischen und reformierten Kirchen Mitglieder abwerben wollen.

Weltwoche: Warum legen die Evangelikalen dermassen zu?

Kardinal Koch: Sie legen einen starken Akzent auf die Erfahrung des Glaubens im konkreten Leben. Und manchmal lautet ihre Botschaft: Nimmst du diesen Glauben an, geht es dir gut.

Weltwoche: Was ist der tiefere Grund für die Krise des Christentums in Europa?

Kardinal Koch: Ein Grund ist die schwierige Situation der Kirchen selber, wenn ich an das schmerzliche Problem der Missbräuche denke. Doch die Kirchenaustritte, denke ich, haben auch mit anderen, tieferen Ursachen zu tun. Nicht nur Katholiken, auch Reformierte treten aus den Kirchen aus.

Weltwoche: Dieser Tage melden Schweizer Medien, es gebe mehr Austritte bei den Reformierten. Sie geben allerdings der katholischen Kirche und dem Missbrauch die Schuld daran.

Kardinal Koch: Die katholische Kirche hat viele Untersuchungen gemacht, auch Ergebnisse geliefert. Dies steht den reformierten Kirchen erst bevor. Ich vermute, die evangelische Kirche könnte mehr Problemfälle in den Familien haben. Statistisch gesehen finden 90 Prozent aller Missbräuche in der Familie statt. In der katholischen Kirche ist das so nicht der Fall, weil die Priester nicht verheiratet sind.

Weltwoche: Was steckt hinter diesen Skandalen, was ist die tiefere Ursache?

Kardinal Koch: Bei der christlichen Kirche ist es ein besonders schwer wiegender Missbrauch, weil die zwei intimsten Bereiche des Menschen miteinander in Konflikt kommen, nämlich die Sexualität und die Religion. Wenn nun unter dem Baldachin des Heiligen der Missbrauch stattfindet, dann wird der Baldachin zur Staubwolke. Meines Erachtens haben aber die Kirchenaustritte noch tiefere Gründe. Sie sind interessanterweise in Ländern markant, in denen es Kirchensteuern gibt.

Weltwoche: Die staatliche Vereinnahmung, die Verweltlichung, Politisierung der Kirche?

Kardinal Koch: Ich kann verstehen, wenn ein Gläubiger, gibt es schwierige Situationen in der Kirche, von der Kirche eine Zeitlang nichts mehr hören, Kirchenferien machen will. Das aber ist prinzipiell ausgeschlossen. Spätestens bei der Kirchensteuer merkt er, dass er immer noch drin ist. Viele Austritte ergeben sich wohl daraus. Aber die eigentlichen Ursachen wurzeln tiefer. Man hat Mühe mit all den Institutionen. Könnte man aus dem Staat austreten, wie viele würden es machen? Amerikanische Religionssoziologen reden von einer «unbekirchten Religiosität». Menschen sind irgendwie religiös, aber sie wollen diese Religiosität nicht kirchlich leben. Und wahrscheinlich ist da schon auch ein fundamentaler Glaubensschwund.

Weltwoche: Die Priester, die Sachwalter des Glaubens, wenden sich vom Glauben ab?

Kardinal Koch: Dies wäre traurig. Manchmal setzen einzelne andere Akzente. Um ein Beispiel

zu nennen: Man sah es am Anfang des synodalen Wegs in Deutschland. Der Papst schrieb damals einen langen Brief an das «in Deutschland lebende Volk Gottes». Die Hauptherausforderung sei die Evangelisierung. Bis heute klagt der Papst ja immer wieder, man habe seinen Brief nicht ernst genommen.

Weltwoche: Was heisst Evangelisierung?

Kardinal Koch: Die Verkündigung des Evangeliums.

Weltwoche: Woran krankt es?

Kardinal Koch: Wir sind wahrscheinlich zu wenig überzeugt von der Kostbarkeit und Schönheit der Botschaft, die wir zu verkünden haben, und wagen dann nicht, sie wirklich zu verkünden. Vielleicht liegt es auch daran, dass man den eigenen Glauben gar nicht mehr kennt. Als ich Bischof von Basel war, habe ich einige Kirchengemeinden von Reformierten erhalten. Ein Reformierter schrieb mir, er habe jetzt genug von diesem Verein, er wolle austreten und möchte, dass sein oberster Chef dies wisse. Ich schrieb ihm, er wisse offenbar nicht einmal, woraus er austrete, und schickte ihm die Adresse des reformierten Pfarrers.

Weltwoche: Was ist der tiefere Grund des Glaubenszweifels?

Kardinal Koch: Auf der einen Seite hat die historisch-kritische Forschung viele Zweifel gebracht. Ich will dabei kein Wort gegen die historisch-kritische Forschung sagen. Die muss sein, weil der christliche Glaube ja nicht einfach eine Theorie verkündet, sondern ein geschichtlicher Glaube ist. Aber die Forschung kann verunsichern. Ist dieser Jesus wirklich in Bethlehem geboren worden? Ist er denn tatsächlich der Sohn Gottes? Ist er am Kreuz für uns gestorben und auferstanden? Weiter hängt es zusammen mit der Privatisierung der Religion, Religion als reine

«Bereits in der ersten Klasse wollte ich Priester werden. Der allererste Wunsch war, Samichlaus zu werden.»

Privatsache, die öffentliche Dimension der Religion wird in Frage gestellt.

Weltwoche: Wie lautet für Sie die zentrale Botschaft des Christentums? Was fasziniert, was begeistert Sie?

Kardinal Koch: Gott ist Liebe – und Vernunft. Deshalb sind Wahrheit und Liebe nicht zu trennen. Nur die Wahrheit der Liebe und die Liebe zur Wahrheit haben Zukunft. Das ist die entscheidende Botschaft, wie sie auch Papst Benedikt immer betont hat. Es gibt den Zusammenhang von Glauben und Vernunft. Benedikt ging davon aus, der Glaube sei wahr, darum müssten wir keine Angst haben, den Glauben der kritischen Vernunft auszusetzen. Er hat immer einen Weg gesucht jenseits von Fideismus, einer Einstellung, mit der man glaubt, auch wenn es absurd ist, und Rationalismus. Der Papst wollte



„Sorry, dass ich mich so spät erst zuschalte, aber ich steckte gerade im Datenstau ...“

einen vernünftigen Glauben, war aber gleichzeitig der Auffassung, der Vernunftbegriff müsse ausgeweitet werden, er sei zu sehr verengt aufs rein Mach- und Herstellbare, aufs Experimentierbare.

Weltwoche: Glauben heisst vertrauen auf das, was ich nicht gemacht habe, was mir aber ohne mein Zutun geschenkt wurde.

Kardinal Koch: Ja, die Vernunft muss den Glauben suchen und der Glaube die Vernunft. Oder wie es [...] Augustinus einmal ausgedrückt hat: Glaube, um zu erkennen. Erkenne, um zu glauben.

Weltwoche: Haben Sie jemals an Ihrem Glauben gezweifelt?

Kardinal Koch: Ich habe es immer als ein grosses Geschenk empfunden, dass ich glauben kann. Ich kam nicht durch Zweifel zum Glauben, sondern empfand den Glauben stets als etwas Schönes und Wahres. Erst später setzte das Nachdenken ein. Aber nicht, um den Glauben in Frage zu stellen, sondern um ihn besser zu verstehen. Dazu gehört das Fragen. Mein Glaube ist nicht mein Verdienst.

Weltwoche: Schon als Kind?

Kardinal Koch: Ja. Bereits in der ersten Klasse wollte ich Priester werden. Der allererste Wunsch war, Samichlaus zu werden, als Dreijähriger. Das habe ich nicht geschafft, aber ich musste ein wenig lachen, als Papst Johannes Paul II. mich am 6. Dezember 1995 zum Bischof ernannt hat. Es gab doch noch ein bisschen «Chlaus» für mich.

Weltwoche: Sprechen wir nochmals über den Glauben. Wie würden Sie diesen Zugang zur Wirklichkeit beschreiben? Was bedeutet Glauben? Im Unterschied zum Wissen und Forschen. Wie definieren Sie Gott?

Kardinal Koch: Gott ist nicht nur Mathematik, Physik, Vernunft, Naturgesetz, Logos, sondern eben vor allem auch Person und damit ansprechbar. Und Gott ist in sich Beziehung. Gott ist nicht der einsame Egoist im Himmel, er ist in sich selber Liebesbeziehung – in der Dreifaltigkeit von Vater, Sohn und Heiligem Geist.

Weltwoche: Wie kommt man darauf, dass die Macht, die allem zugrunde liegt, ansprechbar sei für den Menschen? Liegt hier nicht eine Anmassung? Wir können Gott als das Allumfassende wohl bestaunen, aber mit ihm in Dialog treten?

Kardinal Koch: Ich kann nur mit Gott reden, weil er zuvor mit mir geredet hat. Und dies ist der

Kerninhalt des christlichen Glaubens: Gott hat sich dem Menschen offenbart. Er ist kein stummer Gott, der schweigt, sondern ein Gott, der redet, der zum Volk Israel geredet hat, der zuhöchst in Jesus geredet und sich uns offenbart hat. Glauben heisst nicht erfinden. Glauben heisst: Gott hat sich mir offenbart, und meine Antwort lautet, dass ich ihm glaube.

Weltwoche: Wie stark hat diesen Glauben an Gott die Erfahrung zweier Weltkriege mit ihren ungeheuerlichen Gräueltaten erschüttert?

Kardinal Koch: Man muss schon sehen, dass die grössten Verbrechen im 20. Jahrhundert von antichristlichen, neuheidnischen Bewegungen vollzogen worden sind und gerade nicht aus religiösen Gründen. Hitler war nicht nur Antisemit, er war auch gegen das Christentum. Zunächst brauchte er es zwar, aber hätte er gewonnen, wäre es dem Christentum ähnlich ergangen wie dem Judentum.

Weltwoche: Warum hat Gott das unsägliche Leid zugelassen?

Kardinal Koch: Die Frage des Leidens ist schwierig. Wie kann Gott so etwas dulden? Ich muss sagen: Ohne Gott wäre das Leiden doch überhaupt nicht aushaltbar. Zudem erfordert es eine übergrosse Anstrengung, anzunehmen, die ganze Welt sei aus dem Zufall entstanden. Da brauche ich mehr Glauben, als wenn ich an Gott glaube. Wenn ich Gott als Vernunft und als Liebe sehe, kann ich auch verstehen, warum die Welt so ist. Ohne Gott könnte ich die Welt nicht verstehen.

Weltwoche: Was bedeutet für Sie der Begriff Hölle?

Kardinal Koch: Hölle ist die absurde, unmögliche Möglichkeit, wenn im Tod ein Mensch im Wissen um die Nähe Gottes sich Gott verweigert. Ich kann nicht wissen, wer in der Hölle ist. Ich kann auch nicht sagen, dass es keine Hölle gibt. Der christliche Glaube aber sagt uns, dass Gott den Menschen als freies Wesen erschaffen hat und deshalb seine Freiheit respektiert. Wenn aber ein Mensch in der letzten Begegnung mit Gott im Tod sich Gott weiterhin verweigert, dann wird Gott auch diese Freiheit respektieren und den Menschen nicht mit Gewalt in den Himmel zerrén. Dies aber bedeutet, dass der Mensch die Hölle im Grunde selbst wählen würde. Ob je ein Mensch sich so entscheidet, kann ich nicht wissen; ich kann nur hoffen, dass kein Mensch es tun wird. Ein protestantischer Theologe im 19. Jahrhundert hat gesagt: Wer nicht annimmt, dass es Gott gelingt, alle Menschen zu retten, ist ein Esel. Wer das aber lehrt, ist ein Ochse. Zwischen beidem muss man den Weg suchen.

Weltwoche: Der Theologe Karl Barth schrieb in seinem «Römerbrief», die Lebensproblematik eines Dschingis Khan oder eines Lenin, beide haben Millionen in den Tod gestürzt, sei die Lebensproblematik eines jeden Menschen, einfach ins Groteske überzerrt. Niemand solle sich deshalb einbilden, ein besserer Mensch zu sein,

denn niemand weiss, was er gemacht hätte, wäre er der Macht und den Versuchungen eines Dschinghis Khan ausgesetzt gewesen. Demnach käme ja wohl auch der Bösewicht in den Himmel, denn das Böse ist eine Möglichkeit des Menschen, und der Mensch, jeder Mensch, ist von Gott geliebt, angenommen.

Kardinal Koch: Ich kann Gott nur bitten, es möge ihm gelingen, auch den härtestgesottenen Sünder zu erweichen. Ich kann es aber nicht wissen und deshalb nicht lehren.

Weltwoche: Weil es eine Anstiftung zum Bösen wäre?

Kardinal Koch: Es gibt ein eindrückliches Bild bei Origenes. Bei Origenes ist das Böse kalt. Bei uns ist die Hölle heiss. Origenes ist der Überzeugung, der böse Mensch sei ein Eisschrank, aber wenn er in die strahlende Wärme Gottes komme, werde auch er noch auftauen. Darum kann ich beten, dass es geschieht, aber ich kann es nicht voraussetzen. Damit würde ich mich an die Stelle Gottes setzen und sein Gericht vorwegnehmen.

Weltwoche: Das Böse ist das überschüssende Gute. Der Mensch ist dann am gefährlichsten, wenn er glaubt, das Gute zu verwirklichen.

Kardinal Koch: Hitler war überzeugt, das Beste für Deutschland zu tun. Das zeigten auch die Nürnberger Prozesse. Die führenden Nazis glaubten, sie hätten nur das Gute gewollt. An der Wurzel des Bösen steht die Unfähigkeit, zwischen Gut und Böse zu unterscheiden.

Weltwoche: Kann der Mensch zwischen Gut und Böse unterscheiden, oder kann das am Ende nur Gott? Was bedeutet in diesem Zusammenhang das Gleichnis vom Sündenfall? Dort essen Adam und Eva ja verbotenerweise vom Baum der Erkenntnis des Guten und Bösen. Folgt daraus, der Mensch könne Gut von Böse scheiden, oder folgt daraus gerade das Gegenteil?

Kardinal Koch: Nach christlicher Auffassung kann der Mensch unterscheiden zwischen Gut und Böse, aber letztlich nur in der Beziehung zu Gott als dem schlechthin Guten. Der Mensch kann unterscheiden, wenn er konsequent auf sein Gewissen horcht, weil der christliche Glaube überzeugt ist, dass im Gewissen Gott sich vernehmbar macht mit seiner Wahrheit und seiner Unterscheidung zwischen Gut und Böse. Das setzt voraus, dass der Mensch aus Gewissensgründen und nicht einfach aus gewissen Gründen handelt.

Weltwoche: Aber der Mensch bleibt angewiesen auf seine Beziehung zu Gott.

Kardinal Koch: Und das Gewissen muss gebildet, orientiert sein.

Weltwoche: Was bedeutet für Sie die Figur Jesus, Gottes Sohn, geboren nicht in einem Palast als Grosskönig in Gold und Ornat, sondern als verletzliches Baby in einem Kuhstall, Schwächster der Schwachen, schliesslich gefoltert und ans Kreuz genagelt als Verbrecher, verspottet, ermordet, ohne dass er, der Allmächtige, seine

Macht gegen seine Peiniger gerichtet hätte, sondern, im Gegenteil, sie noch verteidigt hat, «denn sie wissen ja nicht, was sie tun», es sei ihnen also zu vergeben? Dies zu einer Zeit, als nur das Starke und Schöne vergöttert wurde im römischen Kaiserreich.

Kardinal Koch: Der reformierte Schriftsteller-Pfarrer Kurt Marti hat es einmal in einem Gedicht ausgedrückt: «Gott gerne klein». Man sagt von einem Kind, es sei der Gernegross. Gott ist der Gerneklein. Dass Gott sich so klein macht [...] Es gibt eine schöne Interpretation eines mittelalterlichen Theologen. Er sagt, Gott sei dem Menschen immer in seiner Allmacht begegnet und der Mensch habe Angst bekommen vor diesem Gott, habe sich in seiner Freiheit bedroht gefühlt, darum habe sich Gott entschieden, Mensch zu werden, Kind zu werden, damit er auf Augenhöhe dem Menschen begegne und der Mensch nicht mehr Angst haben müsse, sondern die Liebe Gottes nur noch mit Gegenliebe zu erwidern in der Lage sei. Gott selber wird so klein, dass er keine Bedrohung mehr ist für den Menschen. Dann muss sich aber auch der Mensch kleinmachen. Denn wenn ich das Kind in der Krippe anschauen will, muss ich in die Knie gehen.

Weltwoche: Ist ein Gott, der sich foltern und ans Kreuz nageln lässt, ohne seine Macht einzusetzen, ist dies nicht ein Gott, der im Moment seiner Kreuzigung seine Allmacht abgegeben hat?

Kardinal Koch: Was bedeutet Allmacht? Auf Allmacht im weltlichen Sinn verzichtet Gott, beweist aber eine neue Form der Allmacht, die der Liebe. Das ist die wahre Allmacht. Insofern ist Gott nie so allmächtig wie in der Ohnmacht am Kreuz. Das ist natürlich höchst paradox.

Weltwoche: Was ist der tiefere Sinn dieses Selbstopfers am Kreuz? Warum sagt man, Gott sei für die Menschen, für uns, für mich gestorben?

Kardinal Koch: Jesus hat in der Bergpredigt die Feindesliebe gelehrt: Ich soll auch meine Feinde lieben. Aber Jesus hat es nicht nur gelehrt, er hat es auch gelebt. Und das, glaube ich, wird sichtbar am Kreuz. Von seiner Liebe lässt er nicht los, auch wenn die bösen Mächte gegen ihn selber entbrennen. Lieber lässt er sich ans Kreuz nageln, als dass er selber Gewalt anwendet.

Weltwoche: Inwiefern ist Jesus Christus für mich, für die Menschen gestorben?

Kardinal Koch: Indem er uns erlöst von dem Bösen und der Sünde, die in jedem Menschen sind, was der christliche Glaube als Erbsünde bezeichnet.

Weltwoche: Worin besteht die Erlösung?

Kardinal Koch: Indem er uns seine ganze Liebe schenkt, selbst im Angesicht des Bösen, so dass auch wir durch ihn liebesfähiger werden und ewig bei ihm leben.

Weltwoche: Obwohl der Mensch, dieser himmeltraurige Kerl, den ihm mit Liebe begnadenen Gott auf schändlichste Weise er-

mordet, wird er nicht verworfen, bleibt er geliebt von Gott.

Kardinal Koch: Mit der Konsequenz, dass auch wir uns dann ändern. Wenn ein Auto im Morast ist, kann man die Räder drehen, wie man

«Die Frage des Leidens ist schwierig. Aber ohne Gott wäre das Leiden doch überhaupt nicht aushaltbar.»

will, es nützt rein gar nichts. Man muss ein Brett darunterlegen, dann fährt es weiter. Ich würde dieses Bild nehmen für das, was Jesus am Kreuz tut. Er legt sozusagen sich selbst als Brett hin, damit wir wieder fahren können.

Weltwoche: Wie ist es möglich, dass die Kirchen das Vertrauen, die Begeisterung für diese so faszinierende Geschichte verloren haben, eine Geschichte, die so gegen alles zielt, was der Mensch, schon damals, für göttlich hielt, Geld, Macht, Stärke, Sex, Schönheit, das Christentum ist das Gegenteil. Wo klemmt es?

Kardinal Koch: Weil viele eben doch wahrscheinlich glauben, wir hätten diese Geschichte selber erfunden, diese Geschichte sei nicht mehr glaubwürdig. Wir sind uns nicht mehr bewusst, dass wir diese Botschaft nicht erfunden haben, sondern dass sie uns von Gott geschenkt wurde. Stellen wir uns für einen Moment vor, Gott hätte uns gefragt, wie wir uns die Erlösung ausdenken. Ich glaube nicht, wir wären auf die Idee gekommen, er solle dies mit einem schreienden Säugling anfangen und mit einem Verbrechertod am Kreuz beenden. Wir hätten uns schönere, erhabener Vorstellungen ausgedacht.

Weltwoche: Die christliche Botschaft ist so gegen unsere vordergründigen Neigungen und Instinkte, dass wir sie uns nie selber hätten ausdenken können.

Kardinal Koch: Jesus ist Lamm. Das ist das biblische Bild dafür.

Weltwoche: Kein Wolf, kein Raubvogel, den die Legionen Roms auf ihren Standarten trugen.

Kardinal Koch: Wir hätten wohl einen Löwen als Sinnbild gewählt, den Löwen, der mit seinen Tatzen in diese Welt hineinschlägt. Darum haben Könige den Löwen im Wappen. Oder die Römer verehrten den Wolf, von dem die Stadtgründer abstammen sollen. Nein. Jesus kommt als Lamm. Das ist die Erlösung der Welt.

Weltwoche: Was bedeutet es, wenn unsere Welt den Glauben, das Christentum verliert?

Kardinal Koch: Der Volksmund drückt es so aus: Wer den Glauben zur Haupttür hinaus-schickt, empfängt den Aberglauben durch die Hintertür. Das ist immer der Fall. Überall dort, wo der Mensch nicht an die Transzendenz Gottes glaubt, steht er in der Versuchung, weltliche, endliche Dinge zum Höchstwert zu erklären – Ideologie. Der Tod Gottes hat letztlich den Tod des Menschen zur Konsequenz.

Weltwoche: Den Tod des Menschen? >>>

Kardinal Koch: Den Tod des Menschen in seiner Würde. Es ist kein Zufall, dass in der heutigen Leistungsgesellschaft zwei Probleme miteinander aufs Tapet gekommen sind. Da ist die Frage der Abtreibung und die Frage der Euthanasie. Wenn die Leistung zum Höchstwert wird, dann hat menschliches Leben, das noch nichts leisten kann, das ungeborene, kindliche Leben, und das menschliche Leben, das nichts mehr leisten kann, das alte, kranke, sterbende, keinen hohen Kurswert mehr. Dass wir heute die grossen Probleme am Anfang und am Ende des Lebens haben, hängt auch mit dem Verlust des Glaubens zusammen.

Weltwoche: Was ist heute für die Institution der Kirche die grösste Gefahr?

Kardinal Koch: Die grösste Gefahr ist, dass die Kirche von ihrer christlichen Botschaft nicht mehr ausreichend überzeugt ist und diese Botschaft auch nicht mehr weitergeben kann. Wenn sie Abstriche macht an der Botschaft, sich zurückzieht, sich nicht mehr vertieft in die Botschaft, sie verkündet, aus der Überzeugung, den Menschen das grösste Geschenk überhaupt geben zu können. Denn wenn der Mensch den Glauben verliert, sucht er Ersatz. Und Ersatz führt nicht weiter. Schon Ende der fünfziger Jahre prophezeite Joseph Ratzinger, in der Kirche entstehe ein neues Heidentum. Nicht Heiden werden Christen werden, sondern Christen werden Heiden werden, innerhalb der Kirche.

Weltwoche: Die Kirche rennt falschen Göttern hinterher, tanzt ums Goldene Kalb, verfällt der Anmassung, verliert die Demut und kann keine Fehler zugeben. Haben wir hier nicht die exakte Ursache für das Versagen der Kirche im Umgang mit den Missbrauchsfällen? Man wollte nichts auf den trügerischen Glanz der Institution kommen lassen.

Kardinal Koch: Das ist ein sehr komplexes Problem. Ich war als Bischof selber scho-

ckiert. Meine erste Reaktion, konfrontiert mit den Enthüllungen, war: Das ist doch nicht möglich. Das machen Priester nicht. Das war die erste Reaktion. Heute heisst es, man habe die Institution schützen wollen. Dies trifft sicher nicht in jedem Fall zu. Am Anfang war es auch eine Überforderung, eine Unfähigkeit: Wie geht man damit um. Zudem war es damals nicht absehbar, dass die Missbräuche ein solches Ausmass angenommen haben. Das Zweite: In der Vergangenheit haben Bischöfe oft Psychiater gefragt, was zu tun sei, und die Antwort erhalten, man solle den Betroffenen in die Therapie schicken, dann könne man ihn wieder einsetzen. Geändert hat sich das Verhalten in der Kirche erst, wenn die Opfer des Missbrauchs in die Mitte der Aufmerksamkeit gekommen sind.

Weltwoche: Missbrauchsfälle kommen überall vor, aber die Kirche hat im Umgang damit versagt – eben weil zu viele in der Kirchenhierarchie das Problem nicht sehen wollten.

Kardinal Koch: Sie haben recht. Sicher hat die Kirche einen sehr hohen Anspruch, sie muss ihn auch haben. Aber sie muss ihn auch an sich

«Schon Ende der fünfziger Jahre prophezeite Ratzinger, in der Kirche entstehe ein neues Heidentum.»

selber stellen. Und wenn sie das nicht tut, dann wird sie schuldig. Einer, der dies als Erster realisiert und ausgesprochen hat, war übrigens Kardinal Joseph Ratzinger. 2005 hielt er, weil Papst Johannes Paul II. schwerkrank war, den Kreuzweg in Rom. Bei einer Station sprach er vom «erbärmlichen Schmutz» innerhalb der Kirche und bat Gott um Verzeihung. Das wurde damals gar nicht so richtig realisiert.

Weltwoche: Lösen die Skandale einen Läuterungsprozess aus? «Brauchte» es diese Skandale gar, um die Kirche von der Anmassung zu befreien?

Kardinal Koch: Auch innerhalb der Kirche ist die Erbsünde nicht einfach überwunden, sie ist genauso da, aber vielleicht haben das einige vergessen, verdrängt, nicht wahrhaben wollen.

Weltwoche: Man wollte es sich nicht eingestehen.

Kardinal Koch: Kardinal Ratzinger ging noch weiter. 2009 war das Jahr des Priesters, und gerade damals rief er aus: Dass dieser Schmutz ausgerechnet im Priesterjahr aufscheine, müsse uns zu denken geben. Er handelte auch danach. Hans Küng warf ihm vor, er habe alle Fälle in die Glaubenskongregation gezogen, um sie zu vertuschen. Das Gegenteil war der Fall. Er sah, es passierte nichts, also bat er den Papst, seiner, Ratzingers Behörde, das Dossier anzuvertrauen. Er hat klar erkannt, dass wir versagt haben und schuldig geworden sind.

Weltwoche: Was wünschen Sie sich am Anfang dieses Jahres? Was muss passieren in der christlichen Welt?

Kardinal Koch: In erster Linie wünsche ich mir, dass der Mensch wieder zur Vernunft kommt und mit diesen schrecklichen Kriegen aufhört. Das Christentum hat hier einen wesentlichen Beitrag zu leisten, weil es eine klare Sicht hat, was Frieden heisst. Frieden muss mit Gerechtigkeit verbunden sein, gebunden auch an die Ehre Gottes. Nehmen wir den Weihnachtsgesang der Engel ernst – Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden den Menschen seines Wohlgefallens. Wir hören immer gern den zweiten Teil und vergessen den ersten. Nur wenn Gott die Ehre gegeben wird, die ihm gebührt, kann auch wirklich Frieden auf Erden sein. Der Missbrauch der Religion, um Kriege zu rechtfertigen, ist deshalb ein besonderes Übel.

Weltwoche: Was haben diese Kriege mit dem Glaubensverlust zu tun? Wer nicht an Gott glaubt, sucht sich Ersatzgötter, vergöttert sich selbst und ist unfähig, andere Menschen, andere Kulturen zu verstehen. Konflikte sind die Folge.

Kardinal Koch: Mag sein. Krieg ist immer ein Ende der vernünftigen menschlichen Auseinandersetzung. Eine wesentliche Wurzel der beiden mörderischen Weltkriege ist der Nationalismus gewesen, bei dem die Position der eigenen Nation verabsolutiert und gegen andere Sichten gestellt wird. Auch im Zeitalter der Globalisierung ist der Nationalismus noch nicht überwunden, sondern greift weiter um sich. Die Menschheit hat die Kriege gelernt, sie muss sie aber dringend wieder verlernen. Es wird zwar nie eine konfliktfreie Welt, aber es muss eine kriegsfreie Welt geben. Die Religion muss dazu ihren Beitrag leisten, indem sie nicht Teil der Konflikte, sondern Teil von deren Lösung ist. Die Zwillingschwester der Religion ist niemals Gewalt und Krieg, sondern Friede und Gerechtigkeit.



«Nur die Wahrheit der Liebe und die Liebe zur Wahrheit haben Zukunft»:

Kardinal Koch mit Papst Franziskus und Mitgliedern des Jüdischen Weltkongresses, 2013.

Quecksilbriges Talent

Carey Mulligan ist eine brillante Schauspielerin, doch leicht kann sie einen auch nerven.

Es fällt schwer, Carey Mulligan nicht zu mögen mit ihrem Strahlen und dem quecksilbrigen Talent. Sie überzeugt in jeder Rolle, von der jungfräulichen englischen Provinzlerin in «An Education» bis zur vom Leben gebeutelten, aus Costa Rica stammenden Ehefrau Leonard Bernsteins in «Maestro». Letztere Rolle könnte ihr nach der dritten Nominierung den Oscar für die beste Schauspielerin eintragen.

Doch leicht kann sie einen auch nerven. Denn die Unterhaltungsindustrie, die früher eine Fluchtmöglichkeit für begabte, nicht akademisch ausgebildete Kinder aus der Arbeiterschicht bot, ist unterdessen von den Wohlhabenden kolonisiert worden. In Großbritannien hat dies innerhalb der Schauspielgilde zu einem noch nie dagewesenen Klassenkampf geführt, und dies, obwohl Schauspieler einander in der Regel nicht attackieren.

Aura der Privilegiertheit

Der dank «Doctor Who» beliebte Fernsehdarsteller Peter Capaldi sagte neulich: «Es gibt eine gewisse Glattheit, ein Selbstbewusstsein, das von einer guten Schule herrührt – aber das kann dazu führen, dass auch die schauspielerische Leistung glatt ist, respektive öde.»

Mulligan ist die schöne, intelligente, an Privatschulen ausgebildete Tochter einer Universitätsdozentin, doch scheint es nur noch sie zu geben, wenn es um die Darstellung schräger Vögel, Aussenseiterinnen und schwächlicher, doch kämpferischer junger Frauen geht, die in der Welt vorwärtszukommen versuchen. War es heutzutage, da man in der Filmindustrie so krampfhaft bemüht ist, beim Casting die richtige Hautfarbe zu berücksichtigen, echt nicht möglich, eine geeignete Schauspielerin aus der Arbeiterschicht zu finden für die Hauptrolle der Wäscherin in «Suffragette»?

Die Aura der Privilegiertheit wird noch verstärkt dadurch, dass Mulligan mit Marcus Mumford von der gnadenlos woken Rockband Mumford & Sons verheiratet ist. Diese ist das Musterbeispiel für die Kolonisierung der Rockmusik durch Absolventen von Privatschulen,



Wo sind die Rebellinnen? Hollywood-Star Mulligan, 38.

und sie trennte sich vom Gründungsmitglied Winston Marshall, weil dieser es gewagt hatte, seine Bewunderung für den schwulen und der republikanischen Partei angehörigen Journalisten Andy Ngo zu äussern.

Es entbehrt nicht der Ironie, dass Mulligans Eltern anfänglich gegen ihre Absicht, Schauspielerin zu werden, waren und hofften, sie würde Akademikerin werden. Stattdessen hat sie den konventionellsten Weg beschritten, den eine vielversprechende junge Frau nehmen kann.

Früher waren an einer Schule die Schülerinnen und Schüler, die Theater spielten, die Rebellen und Aussenseiter; jetzt sind es eher diejenigen, die im Religionsunterricht sitzen.

Ich vermissе die Zeit, in der eine Mae West wegen Obszönität verhaftet oder Liz Taylor vom Papst verdammt wurde; stattdessen vermeldet *Vogue* heute: «Für Carey Mulligan ist es das Wichtigste, sich wohlfühlen auf dem roten Teppich.»

Aus dem Englischen von Thomas Bodmer

Titan aus Jerusalem

Israels Premierminister Benjamin Netanjahu ist der bedeutendste Staatsmann unserer Zeit. Er spielt in einer Liga mit Winston Churchill, Konrad Adenauer und Deng Xiaoping.

Francis Pike



Bedeutende Leistung für die globale Sicherheit: Visionär Netanjahu.

Bald liegt ein Viertel des 21. Jahrhunderts hinter uns – eine gute Gelegenheit, uns zu fragen, wer bislang als bester Politiker unserer Zeit gelten könnte. Die großen Führungsfiguren des vergangenen Jahrhunderts sind im Rückblick unschwer zu erkennen – Theodore Roosevelt, Winston Churchill, Franklin D. Roosevelt, Konrad Adenauer, Yoshida Shigeru, Charles de Gaulle, Lee Kuan Yew, Ronald Reagan, Margaret Thatcher und Deng Xiaoping. Sie alle fügten die Welt nach den Verheerungen der Weltkriege und des Sozialismus wieder zusammen und brachten sie auf einen guten Weg.

Bruchpiloten und Schürzenjäger

Nun zu den Kandidaten für das 21. Jahrhundert. Zunächst ein kurzer Blick auf diejenigen, die meines Erachtens nicht in Frage kommen. Angela Merkel galt einigen Beobachtern als durchsetzungstarke Politikerin à la Margaret Thatcher, als ebenso machtbewusste Iron Lady. Sie schwang keine Handtasche, aber sie wusste,

wie sie politische Rivalen aus dem Weg räumte. Sie war eine glänzende Strategin, aber ihre Entscheidungen im Bereich der Energie- und Einwanderungspolitik haben zu Deutschlands aktueller Malaise geführt.

Präsident Obama war ein Vorkämpfer jener beklagenswerten Woke-Ideologie, welche die Welt in den letzten Jahren erfasst hat. Statt sich für die Überwindung von Rassenkonflikten

Das israelische Wirtschaftswunder ist vor allem Benjamin Netanjahus Verdienst.

einzusetzen, hat er sie durch die Behauptung eines angeblichen institutionellen Rassismus weiter angefacht. Im Ergebnis nahm die absurde und zerstörerische «Black Lives Matter»-Bewegung an Fahrt auf. Zu Obamas eifrigsten Schülern zählten Jacinda Ardern, die ehemalige Premierministerin von Neuseeland, und Justin Trudeau, der Premierminister von Kanada.

Obama schlug sich auf die Seite der globalistisch ausgerichteten amerikanischen Unternehmer, gegen die Interessen der Arbeiter, denen er empfahl, ihre Lage einfach zu akzeptieren. Zu seinen aussenpolitischen Schnitzern gehört das Atomabkommen mit dem Iran. In Asien unternahm er nichts gegen das aggressive Vorgehen Chinas im Südchinesischen Meer. Und er umgab sich, wie seine Frau Michelle, mit der abstossenden Aura moralischer Überlegenheit.

Auch Xi Jinping steht auf meiner Liste un-guter Politiker. Nachdem er seine Macht ausgebaut und einen Personenkult installiert hatte, wie er seit Mao Zedong nicht mehr erlebt wurde, gelang es ihm, mit seinem aggressiven militärischen Vorgehen im Südchinesischen Meer und seinen massiven Drohungen gegenüber Taiwan die Welt gegen sich aufzubringen.

Wenn die chinesische Führung ausgesprochen miserabel ist, so haben sich die französischen Präsidenten schlicht als Reinform erwiesen. Sarkozy und Macron traten mit dem Versprechen

an, den aufgeblähten Verwaltungsapparat zu modernisieren, eine Aufgabe, an der beide kläglich gescheitert sind. François Hollande, der kleine Schürzenjäger, erwies sich als unfähiger Schwätzer.

Schweizer an der Spitze

Aber auch Grossbritannien kann nicht mit hervorragenden Führungsfiguren aufwarten. Zu Tony Blairs politischem Vermächtnis zählen getürkte Dokumente über Massenvernichtungswaffen im Irak, mit denen er katastrophale Invasionen im Irak rechtfertigte. Sein Nachfolger Gordon Brown agierte wie ein paranoider Soziopath. Für seinen gescheiterten Versuch, abermals ins Amt gewählt zu werden, gab er so viel Steuergelder aus, dass der Finanzminister seinen Nachfolger in einer Notiz darüber informierte, dass «die Staatskasse leider leer» sei.

David Cameron ergriff nach dem Ausgang des von ihm initiierten Referendums über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union die Flucht. Bedauerlicherweise bestimmten die Tories in der Folge drei inkompetente Politiker zum Regierungschef – Theresa May, eine überschätzte Null, Boris Johnson, einen brillanten Kampagnenorganisator, der, wie eine seiner vielen Freundinnen mir kürzlich erklärte, als Premierminister «völlig untauglich» war, und Liz Truss, die sich nur Tage nach ihrer Ernennung selbst aus dem Amt katapultierte.

Welche Kandidaten bleiben also übrig, die als grösste Politiker des 21. Jahrhunderts gelten könnten? Narendra Modi wäre für mich ein Kandidat. Er ist auf gutem Weg, die indische Wirtschaft, die auf dem Fundament von Nehrus sozialistischer Kongresspartei gegründet, radikal umzukrempeln. Auch Donald Trumps Vermächtnis harret noch der Vollendung. Neben seinen Wirtschaftsreformen waren vor allem die wegweisenden Abraham-Abkommen zwischen Israel und den arabischen Staaten ein Durchbruch, ein diplomatischer Triumph, für den jeder andere amerikanische Präsident mit dem Friedensnobelpreis geehrt worden wäre.

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán ist ebenfalls ein Kandidat. Er kurbelt die Wirtschaft seines Landes an und lässt sich von der sozialistischen EU-Elite nichts vorschreiben. Der Argentinier Javier Milei, der in Davos unlängst die versammelten Eliten kritisierte, könnte der südamerikanische Orbán werden. Und die Schweizer Politiker, von den internationalen Medien kaum beachtet, verdienen Anerkennung für die Art und Weise, wie die demokratischste und bestorganisierte Nation in Europa geführt wird.

Ganz oben auf meiner Liste der bedeutendsten Politiker des 21. Jahrhunderts steht jedoch Benjamin «Bibi» Netanjahu, mit insgesamt sechzehn Jahren der dienstälteste Ministerpräsident

in der Geschichte Israels. Das mag überraschen angesichts der massiven Vorwürfe, die ihm vom Gros der Medien gemacht werden. Er dürfte, abgesehen von Donald Trump, der unbeliebteste Politiker seiner Generation sein.

Die Kritik an ihm ist nicht aus der Luft gegriffen. Netanjahu ist arrogant, auf seinen eigenen Vorteil bedacht und eitel – typische Eigenschaften von Politikern. Vor allem ist er ein erbitterter Gegner von Linken und Palästinensern, womit er sich bei einer westlichen und jüdischen linksliberalen Elite unbeliebt gemacht hat. Sir Evelyn de Rothschild, Chef der Investmentbank NM Rothschild, bezeichnete Netanjahu in dessen erster Amtszeit als «diesen entsetzlichen Menschen».

In jüngster Zeit hat die von seiner Regierung geplante Justizreform für Unfrieden gesorgt. Ziel ist der Umbau des Obersten Gerichtshofs, der seit den 1990er Jahren unter seinem Präsidenten Aharon Barak sich zunehmend links positionierte und, indem er das Recht beanspruchte, Gesetze zu verwerfen, sich über die Souveränität des gewählten Parlaments stellte.

Netanjahu wird auch massiv dafür kritisiert, dass der israelische Sicherheitsapparat den barbarischen Anschlag der Hamas vom 7. Oktober nicht verhindert hat. Aber wären Oppositionspolitiker wie Benny Gantz oder Naftali Bennett nicht ähnlich überrascht gewesen? Vergessen wir nicht, dass nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbor 1941, den die Geheimdienste nicht verhindert haben, niemand den Rücktritt von F. D. Roosevelt forderte.

Thatchers Fussstapfen

Doch kommen wir nun zu Netanjahus grösstem Erfolg, der von den westlichen Medien fast vollständig ignoriert wird. Das israelische Wirtschaftswunder ist vor allem sein Verdienst. Israel ist heute die Nummer dreizehn auf der Liste der reichsten Länder der Welt. Das Pro-Kopf-Bruttoinlandprodukt ist seit 2003 von 17 000 Dollar auf 58 200 Dollar angestiegen.

Als Netanjahu 1996 erstmals Ministerpräsident wurde, war Israel eine sklerotische sozialistische Volkswirtschaft. 2003 entfiel die Hälfte des Bruttoinlandprodukts auf den öffentlichen Sektor. Für Bibi, der am Massachusetts Institute of Technology studiert und anschliessend für die Boston Consulting Group

gearbeitet hat, war das inakzeptabel. Er hatte in den USA nicht nur den Kapitalismus unmittelbar studiert, sondern auch die libertären Ideen von Ayn Rand kennengelernt, deren Roman «Der ewige Quell» er auf Empfehlung seines jüngeren Bruders Yoni gelesen hatte.

Bibi nahm sich ein Beispiel an Margaret Thatcher und schaffte die Devisenkontrollen ab (Reisende durften bis dahin höchstens 7000 Dollar ausführen). Zur Verblüffung linker Öko-

Wir sollten dankbar sein, dass Netanjahu entschlossen ist, die Hamas zu vernichten.

nomen blieb eine Kapitalflucht aus, dank des flexiblen Wechselkurses floss vielmehr ausländisches Kapital nach Israel.

Es folgten ein erfolgreiches Privatisierungsprogramm, Haushaltsdisziplin und Steuerenkungen. Die Staatsausgaben wurden gedrosselt, allerdings nicht auf Kosten von Investitionen in die Infrastruktur. Die Zahl der Absolventen in den Fächern Mathematik und Naturwissenschaften sollte um 50 Prozent erhöht werden – was dafür sorgte, dass Tel Aviv heute eines der führenden Technologiezentren der Welt ist.

Niederlage des globalen Dschihadismus

Bibi hat aber nicht nur im Bereich der Wirtschaft Bedeutendes geleistet, sondern vor allem in Sachen globale Sicherheit. Entschiedener als jeder andere Politiker auf der Weltbühne lehnt er es ab, einen palästinensischen Staat zu tolerieren, in dem aktuell Terrororganisationen die Macht haben – Fatah im Westjordanland und Hamas im Gazastreifen. Beide werden Israels Existenzrecht niemals anerkennen. Netanjahu weiss, dass eine Zwei-Staaten-Lösung die Instabilität der Region nur verschärfen würde. Das Massaker vom 7. Oktober hat der Welt vor Augen geführt, dass Bibi sich keine Illusionen über die wahre Natur der Hamas macht. Diese Terrororganisation ist nicht nur für Israel eine Bedrohung, sondern für die ganze Welt.

Wir sollten daher dankbar sein, dass Netanjahu entschlossen ist, die Hamas zu vernichten. Das Ergebnis wäre eine Niederlage des globalen Dschihadismus, so wichtig wie die Zerschlagung von al-Qaida und dem Islamischen Staat. Alles andere würde eine islamistische Bewegung, die in vielen westlichen Ländern längst präsent ist und sich ermutigt fühlt, nur stärken. Netanjahus Entschlossenheit, dem palästinensischen Terrorismus unbeirrbar die Stirn zu bieten, ist ein Hoffnungsschimmer für die krisengeschüttelte Region. Schon allein deswegen hat er es verdient, als grösster Politiker seiner Generation anerkannt zu werden.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork



Handtaschen-Babys

Amerikanische Promi-Frauen kaufen sich Babys wie Accessoires.

Eine Leihmutter trägt das Kind aus, eine Nanny betreut es. Windeln wechseln? Nein, danke!
Lieber posieren sie mit den Kleinen für Klischee-Fotos in den sozialen Medien.

Sarah Pines

New York

Kim Kardashian, Sarah Jessica Parker und Paris Hilton haben gleich zwei, Rebel Wilson bisher nur eines, Chrissy Teigen, Tyra Banks, Angela Bassett, Lucy Liu, Khloé Kardashian, Hilaria Baldwin ebenfalls, und Amber Heard hat sich während des Theaters mit Johnny Depp auch noch eins angetan: ein Leihmutterchaftsbaby, ihr Baby, ihr allein, wie sie nicht müde werden, die ganze Welt wissen zu lassen.

Amber «welcomed» ihre Tochter Oonagh am 8. April 2021, bei Paris war die Geburt am 24. Januar 2023 so weit, Rebel «setzte» ihre Tochter im November 2022 «in die Welt» und so fort. Die Liste wäre noch länger, nähme man noch zahlreiche homosexuelle Celebrity-Paare dazu wie Elton John und David Furnish, Ricky Martin und Jwan Yosef, Tom Ford und Richard Buckley, ausserdem unzählige *B-listers*. Ach ja, und Robert De Niro hat drei Babys, inzwischen Teenager, von einer Leihmutter.

Moderne Mutter Gottes

Während «ältere» Müttergenerationen – Tyra Banks, Angela Bassett oder Sarah Jessica Parker – die Umstände ihres Kinderkriegens nie an die grosse Glocke hängten, inszenierten die «neueren» Mütter, Hilton, Heard, Teigen oder Wilson, ihr Mutterwerden von Beginn an, als hätten sie ihre Schwangerschaft nicht in andere Frauenkörper ausgelagert, sondern als habe man sie frisch aus dem Kreissaal gerollt. Zwar sprechen sie freimütig und gleichgültig von der Tatsache, dass letztlich eine andere Frau das Kind ausgetragen hat, das sie dieser dann abkauften.

Auf sozialen Medien posteten sie hingegen postnatale Klischee-Bilder: spärlich bekleidet, glücklich-müdes Gesicht, mit nacktem Baby auf dem Bauch. Die Leihmutter existiert nicht, Amber, Paris et alii sprechen von «ihrer» Schwangerschaft und «ihrer» Geburt, nur dass es diese nicht gab und damit auch keine unteren Rückenschmerzen, keine Würgerei am Morgen, keine ausgelaugte Brust nach Geburt und Stillen.

Die Mutterschaft wurde frisch und ausgeruht gestartet, inszeniert wird sich im «Danach» einer fremden Schwangerschaft. Sie habe ein Baby ganz für sich haben wollen, ohne Mann, ohne Heirat dahinter, sagte Heard; Paris Hilton gab als Grund für ihre Leihmutterchaft Angststörungen an, die sie nicht an ihr Kind weitergeben wollte, wäre es in ihrem Bauch herangewachsen.

Keine der Celebrity-Mütter erwähnt die Leihmutter, oder höchstens kurz am Rande, als selbstloses Wesen, dessen einziger Zweck darin zu bestehen schien, den Kinderlosen das «Geschenk» des Lebens zu geben. Aufgeladen mit

*Frei nach dem neoliberalen Motto:
ob Vuitton-Tasche oder Baby, das
Schickste für mich, egal, was es kostet.*

der unbefleckten Empfängnis eingepflanzter Eier, ist die Leihmutter so etwas wie eine moderne Mutter Gottes, Letztere wurde allerdings schon von Baudelaire in seinem ersten grossen Gedicht, «Bénédiction», als Abfallprodukt des Egoismus der modernen Gesellschaft beschrieben. Es besteht kein feministisches Band zwischen (vertraglicher) Mutter und (biologischer) Leihmutter.

Leihmutterchaft ist eine philanthro-kapitalistische Industrie, deren Wert 2022 in den USA bei 14 Milliarden US-Dollar lag; für das Jahr 2032 wird ein Marktwert von 129 Milliarden US-Dollar antizipiert. Grund für das Wachstum ist die abnehmende Fruchtbarkeit der westlichen Bevölkerungen; etwa 30 Prozent der amerikanischen Männer sind unfruchtbar, zurückzuführen auf hormonell veränderte Lebensmittel und Bewegungsarmut.

Proportional zum Wachstum der Leihmutterchaftsindustrie bricht der Wille zur Adoption ein: Zwischen 2019 und 2020 gingen Adoptionen laut des amerikanischen National Council for Adoption um 24 Prozent zurück, internationale Adoptionen um 45 Prozent. Man will das «eigene», frische, neue Kind und nicht das ausgediente «alte».

Leihmutterchaft ist auf zweierlei Weise möglich: nicht-kommerziell, privat vereinbart, mit Aufwandentschädigung (diese Variante ist meist verboten), oder bezahlt. Die Kosten für eine in Auftrag gegebene Schwangerschaft belaufen sich im Durchschnitt auf 60 000 bis 80 000 Dollar. Leihmutterchaft wird über nationale oder internationale Agenturen wie Surrogacy Beyond Borders oder The Fertility Institutes abgewickelt.

Leihmütter sind jung und gesund, ohne Einkommen; viele werden von gewalttätigen Partnern in die Leihmutterchaft getrieben. Im Mai 2022 verabschiedete das EU-Parlament eine Richtlinie zum Verbot der Leihmutterchaft mit dem Vermerk, es handle sich dabei um eine «inakzeptable sexuelle Ausbeutung und Verletzung der Menschenwürde und der Menschenrechte» von Frau und Kind.

Ein Kind sei ein Mensch, kein Geschenk für andere, sagt die britische Akademikerin Julie Bindel. Im *Spectator* schreibt sie: «Die Auslagerung der Schwangerschaft ist Ausbeutung, sei es gegen Spesen oder zu einem kommerziellen Preis.» Bei der Leihmutterchaft handle es sich nicht um ein emanzipatorisches Prinzip, sondern um Menschenhandel – genauer: um Kinderhandel und um die Vermarktung des Körpers der prekären Frau; der Westen beute über die Leihmutterchaft ohnehin schon arme Menschen noch einmal mehr aus.

Sorgfältig kuratiert

Zu der Frage, ob sie das eigene Ei in die Gebärmutter der «Leihmutter» verpflanzen liessen oder eine Eispenderin wählten, deren Aussehen und genetische Anlagen meist sorgfältig kuratiert werden, schweigen die meisten der Celebrity-Mütter. Niemand möchte sich vorwerfen lassen, sie sei Biokonsumentin reproduktiver Technologien nach dem neoliberalen Motto: ob Vuitton-Tasche oder Baby, das Schickste für mich, egal, was es kostet.

Als ihr Sohn Phoenix einen Monat alt war, habe sie zum ersten Mal seine Windeln gewechselt, sagte Paris Hilton im Dezember 2023 in ihrer Sendung «Paris in Love»



Unbefleckte Empfängnis: Paris Hilton mit Söhnchen Phoenix.

«Ich würde mit jedem reden»

Martin Sellner heisst die rechte Reizfigur beim angeblichen «Geheimtreffen» mit der AfD. Wer ist der Mann, der die deutsche Politik an den Rand eines Nervenzusammenbruchs bringt? Wir haben mit ihm gesprochen. Er sieht sich als eine Art Greenpeace für Konservative.

Philipp Gut

Deutschland ist in Aufruhr. Nach dem Aufstand der Bauern und der Traktoren gegen die links-grüne Bundesregierung schlägt nun das Pendel in die andere Richtung – im ganzen Land demonstrieren die Massen gegen «rechts». Im Visier haben die Demonstranten die Oppositionspartei Alternative für Deutschland (AfD), die gemäss Umfragen stark zulegt und bei den kommenden Landtagswahlen im Osten zur ersten politischen Kraft werden könnte. Anlass für die Aufregung

Was meint er mit «Remigration» – einem Begriff, der zum «Unwort» des Jahres 2023 gekürt wurde?

ist ein angebliches «Geheimtreffen» in Potsdam zwischen AfD-Vertretern und Martin Sellner, dem ehemaligen Sprecher der Identitären Bewegung Österreich.

Medien und Politiker überbieten sich seither in historischen Schreckensvergleichen, schrillen Warnrufen und Untergangsszenarien. Das Treffen in Potsdam wird allen Ernstes mit der Wannseekonferenz vom 20. Januar 1942 verglichen, an der die Nationalsozialisten den millionenfachen Massenmord an der jüdischen Bevölkerung Europas organisierten. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) verstieg sich in einer Videobotschaft zur Aussage, die Demonstranten verteidigten die Republik und das Grundgesetz gegen ihre «Feinde». Es brauche jetzt «ein Bündnis aller Demokratinnen und Demokraten», auf dem Spiel stehe «die Zukunft unserer Demokratie».

Es rumpelt in der AfD

Wer also ist Martin Sellner? Wer ist dieser Mann aus Wien, der die deutsche Politik mit seinen Thesen an den Rand eines Nervenzusammenbruchs bringt? Was meint er mit «Remigration» – einem Begriff, der soeben zum «Unwort» des Jahres 2023 gekürt wurde?

Ich habe mit Sellner gesprochen und ihn letzte Woche auch in meinen «Polit-Talk» auf Hoch-2-TV eingeladen, um aus erster Hand zu



«Giftiges böses Tier»: Philosoph und Aktivist Sellner.

erfahren, was in Potsdam gelaufen ist, wie er denkt, was er vorhat. Der 35-Jährige, der einen Bachelor-Abschluss in Philosophie vorzuweisen hat und sich selbst als «Autor und Aktivist» bezeichnet, hat sofort zugesagt. Sei es doch selten, dass Journalisten mit ihm redeten – statt nur über ihn.

Der Darstellung der Mainstream-Medien widerspricht Sellner vehement: Der Austausch von «Ideen» in Potsdam sei nicht geheim, sondern privat gewesen. Das Framing als «Geheimtreffen» sei «lächerlich», insbesondere, da er auch schon zuvor öffentlich mit AfD-Vertretern über «Remigration» gesprochen habe. Man missbrauche ihn jetzt als «eine Art Billardkugel, die man in die AfD hineinschiessen will». Teilweise, so muss man feststellen, mit Erfolg: In der AfD rumpelt es schon hörbar.

Groteske Diabolisierung

Ziel seines Aktivismus und seiner Bücher sei es, eine «seriöse Debatte» zu starten, sagt Sellner. In Potsdam, wo neben ihm auch andere Referenten auftraten, sprach er vor allem über sein jüngstes Buch, «Regime Change von rechts», eine Analyse von Bürgerrechtsbewegungen aus Vergangenheit und Gegenwart mit dem Ziel, Lektionen für «Patrioten» von heute herauszudestillieren.

«Am Rande» sei es in Potsdam auch um «Remigration» gegangen, wie der eigentlich harmlose, aber neuerdings als toxisch gehandelte Begriff lautet. Es sei schlicht «gelogen», dass man sich dabei abgesprochen und auf bindende politische Pläne geeinigt habe. Wie denn auch, wenn gar keine Amtsinhaber und Entscheidungsträger am Tisch sassen? «Erst recht gelogen» sei, wie das kolportiert wurde, dass von «Deportation» und der Vertreibung von «Staatsbürgern» die Rede gewesen sei.

«Remigration», kontert Sellner, sei nicht das Unwort, sondern eigentlich das «Wort des Jahres», das zeige auch die Tradition dieser Unwörter, die eine Geschichte der Regierungs- und Globalisierungskritik offenlege. Er definiert die Remigration als «Rückkehr von Migran-

Sellner klingt fast wie Steinmeier, wenn er sagt, es gehe ihm um eine «Wiederherstellung der Demokratie».

ten an den Ausgangspunkt der Migration», also als «Minus-Migration», ein Vorgang, der ständig stattfindet. Erreichen will er dies durch eine «Umkehr der Push- und Pull-Faktoren» oder eine Asylgesetzrevision, damit der «Überfremdungsdruck» nachlasse. Dabei betont er, die Remigration müsse «massgeschneidert», «mit Augenmass» und «gerecht» sein – kein pauschales «Alle müssen raus».

Neben Problemen wie Kriminalität und Gewalt sowie den Kosten der unqualifizierten

Zuwanderung sieht Sellner die grösste Gefahr für die Einwanderungsländer in der nicht-europäischen muslimischen Migration – sie mache es wahrscheinlich, dass irgendwann die Demografie die Demokratie überwältige. Auf diesem Weg, so befürchtet er, könnte dann auf demokratischem Weg auch bei uns die Scharia eingeführt werden.

Vor diesem Hintergrund laute die grosse Frage, die auch seine grosse Sorge sei: «Wie soll Assimilation, Integration funktionieren, wenn es keine einheimische Mehrheitsgesellschaft mehr gibt?» Statt Import von unqualifizierten Arbeitskräften fordert Sellner eine «Willkommenskultur für die eigenen Kinder», etwa durch Familienförderung.

Den Einwand, es gebe doch auch eine gute, eine nützliche Zuwanderung, bejaht Sellner. Er zitiert eine Studie aus den Niederlanden, die berechnet hat, dass beispielsweise amerikanische Einwanderer einen Nettogewinn brächten, während ein durchschnittlicher Asylant den Staatshaushalt belaste. Er sei darum auch nicht generell gegen Zuwanderung. Diese müsse aber «dem Volk dienen» und dürfe nicht negativ zu Buche schlagen.

Einschub: Als Schweizer Beobachter ist es interessant, zu sehen, mit welcher unterschiedlichen Ellen in dieser Debatte gemessen wird. Hat nicht SPD-Kanzler Olaf Scholz erst im letzten Oktober gefordert: «Wir müssen endlich im grossen Stil diejenigen abschieben, die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben»? Hat nicht seine Vorgängerin Angela Merkel (CDU) Anfang 2017 eine «nationale Kraftanstrengung» bei der Abschiebung abgelehnter Asylbewerber verlangt, um die desolote Sicherheitslage in Deutschland zu verbessern?

Inspiration bei linken Denkern

Der Eindruck verfestigt sich: Wenn das politische Establishment abschiebt, ausschafft, rückschafft, ist alles kein Problem. Aber wehe, ein Martin Sellner oder die AfD fordern daselbe: Dann steht die Menschlichkeit auf dem Spiel, dann gehen Demokratie und Rechtsstaat unter. Ein intelligenter junger Mann wie Sellner, der durchaus seine Jugendsünden haben mag, wird dann ein «ganz giftiges böses Tier, das man durch zwei Glaswände hindurch betrachten muss». Mit Blick auf die jüngsten Protestwellen in Deutschland bleibt es erstaunlich, dass eine solch grotesk überhöhte Diabolisierung der «Rechten» überhaupt und immer noch funktioniert.

Sellner selbst gibt sich bescheiden. Die Zuschreibung als rechter «Vordenker» sei vielleicht etwas zu hoch gegriffen. Lieber sieht er sich als Aktivist der «Neuen Rechten», seiner Ansicht nach der «interessantesten, spannendsten, zukunftsweisendsten Denkströmung in Europa». Er ist jedenfalls überzeugt: Die Idee einer Remigration lasse sich nicht aufhalten, die schwei-



gende Mehrheit wolle sie. Auch wenn derzeit in Deutschland eher der gegenteilige Eindruck entsteht.

Die geheimnisumwitterten, skandalisierten Identitären – «eine aktivistische, patriotische Jugendbewegung für unsere Heimat und Identität und gegen den menschengemachten Bevölkerungswandel» – sieht er dabei als eine Art Katalysator, der politische Parteien inspirieren könne, ähnlich, wie das etwa Greenpeace für die Grünen tue.

Dieser Vergleich ist typisch für Sellner: Er liest Heidegger, Nietzsche, Spengler, Aristoteles und Rilke, lässt sich aber auch gerne von kommunistischen Denkern wie Karl Marx, Antonio Gramsci oder Louis Althusser befruchten. Denn von den Linken lernen heisse in vielen Fällen siegen lernen. Davon zeugt auch sein erwähntes jüngstes Buch, in dem es wesentlich um zivilen Ungehorsam sowie «demokratische friedliche Techniken» geht, um die «Macht der Globalisten» zu brechen. So könnte tatsächlich auch eine linke globalisierungskritische Organisation wie Attac tönen.

Am Ende klingt das «giftige böse Tier» namens Sellner sogar fast wie ein Steinmeier, wenn er sagt, es gehe ihm um eine «Wiederherstellung der Demokratie». Allerdings sieht er diese nicht durch eine Trendwende in der Migrationspolitik bedroht, sondern durch die zunehmenden «Denk- und Sprechverbote», die eine nüchterne, seriöse Debatte über zentrale Probleme verunmöglichen. Sagt's und fügt wie als Tatbeweis an: «Ich würde mit jedem reden.»

Unter Ausschluss der Wirklichkeit

Caren Miosga modelt Deutschlands wichtigste Talkshow zur WG der Republik um. Die Bürger müssen leider draussen bleiben.

Claus Strunz

Es gibt ein ungeschriebenes Gesetz im TV, eine leidvolle Erfahrung, fast schon eine Prophezeiung: Wenn man nach zehn Sendungen eines neuen Formats zurückblickt, war die erste fast nie die beste. Caren Miosga hat gute Chancen, diese Regel zu bestätigen. Die 54-jährige Journalistin – erfahren, kompetent, roter Teppich nur, wenn es Sinn hat, also bei Charity oder Preisverleihungen – hat eine Premiere hingelegt, mit der sie sich am heiligen Sonntagabend, dem wichtigsten Talkshow-Termin der Woche, sehen lassen kann. Aber auch eine, die gezeigt hat, wie schmal der Grat zwischen Seriosität und Langeweile ist. Und wie gut und professionell Maischberger, Lanz und Illner sind, die das Land und seine Bürger während der Woche besprechen.

Fehlen nur Tee und Räucherstäbchen

An konzeptionellem Mut mangelt es Miosga nicht. Sie beginnt mit der Königinnen-Disziplin, dem Einzelgespräch. Das ist bisher die Domäne von Maischberger. Niemand macht das besser, mit ehrlichem Erkenntnisinteresse und echter oder manchmal auch nur gut gespielter Empathie. Sie kreierte regelmässig Momente, über die danach ganz Deutschland spricht. Wirtschaftsminister Robert Habeck scheiterte bei ihr grandios, als er versuchte, zu erklären, was eine Insolvenz ist. Andere liefern verlässlich über-

raschende Einblicke in ihr Tun oder richtungsweisende Nachrichten für den Politikbetrieb der nächsten Tage. Maischberger ist eine Virtuosin, wenn es darum geht, Seriosität und gehobene Unterhaltung zu einem journalistischen Gesamtkunstwerk zu vereinen.

Miosgas Entscheidung, gleich zu Beginn ein Maischberger-Solo anzustimmen, zeugt von einem gesunden Selbstbewusstsein. Das ist allerdings auch schon das Beste, was man über ihr Interview mit dem CDU-Chef und Möchte-ger-nill-es-aber-noch-nicht-sagen-Kanzlerkandidat Friedrich Merz berichten kann. Er sagte einfach gar nichts, was irgendwie interessant oder gar wichtig gewesen wäre. Er sagte, was er immer so sagt, wenn er nichts Neues sagen will. Er wurde nicht inhaltlich gestellt, nicht in Erklärungsnot gebracht, nicht hart konfrontiert. Das alles hätten die frühere (und dienstälteste!), überaus Interview-erprobte «Tagesthemen»-Sprecherin und ihre Redaktion aber eigentlich im Repertoire. Warum haben sie es nicht herausgeholt? Mögliche Antwort: Premieren-Tod durch zu viel Höflichkeit! Im Schnitt 4,4 Millionen Zuschauer, eine Rekordkulisse, hätten etwas mehr verdient.

Wir stellen uns kurz vor: Donald Trump wäre zum Auftakt zu Gast gewesen – und Miosga hätte ihn nach allen Regeln journalistischer Kunst filetiert. Wie viele der 7,5 Millionen Zuschauer, die

die letzten Szenen des «Tatorts» gesehen haben, wären wohl bei Miosga dabeigeblichen, anstatt vor Beginn oder während der Sendung wegzuschalten, wie es 3,6 Millionen Menschen getan haben? Oder der AfD-Rechts-Draussen Björn Höcke wäre mit sauberem Scheitel angetreten – und komplett zerzaust nach Thüringen zurückgetaumelt. Oder Greta Thunberg wäre auf dem Fahrrad aus Schweden ins Berliner Studio gekommen und hätte freimütig über ihre «Free Palestine»-Mädelsabende mit Luisa Neubauer

Man stelle sich vor, Greta Thunberg wäre auf dem Fahrrad aus Schweden ins Berliner Studio gekommen.

und bunten Plüsch-Kraken geplaudert und sich damit live im Fernsehen endgültig als linke Antisemitin enttarnt. Das alles kann Miosga leisten, das Potenzial dafür hat sie, und das Format hat die Kraft. Jetzt muss sie beides nur noch Woche für Woche abrufen. Das beginnt genau da, wo der nichts-sagende Merz-Talk aufgehört hat. Kommen Sonntag, so gerüchtelte es Anfang der Woche durch die Redaktionsflure, soll der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj zu Gast sein. Neuer Talk, neues Glück.

Nach dem Solo ging es in eine Runde mit zwei weiteren Gästen. Eine schlaue Journalistin, ein erfahrener Experte, und Merz war natürlich auch noch da. Vollkommenes business as usual. Jedes Bürgergespräch im Sauerland ist anstrengender für ihn. Niemand sagt irgendetwas wirklich Konfrontatives, alle haben irgendwie Verständnis füreinander. Wie bei Illner wird am fast runden Tisch gesessen, aber das ganze Bühnenbild sieht nicht so sehr nach Fernsehstudio aus, sondern wirkt mehr wie der Küchentisch zu Hause. Dadurch entsteht eine heimelige, vertraute Atmosphäre, die aber eher das Miteinander stützt, anstatt das Gegeneinander zu stimulieren. Miteinander vergewissert man sich seiner Positionen, gleicht ab, entgegnet – wenn überhaupt – sanft. Man bleibt ganz unter und bei sich.

Während draussen das Land auseinanderzufallen droht, macht es sich das Medien-, Uni-



Bitte nicht stören: Moderatorin Miosga, Gesprächspartner Merz.

versitäts- und Politik-Establishment drinnen in der heimeligen Küche unter Ausschluss der Wirklichkeit so richtig schön muckelig. Fehlen eigentlich nur noch Tee, Räucherstäbchen und schwerer Rotwein – und fertig ist die Wohn-gemeinschaft. Und wer weiss: Vielleicht wird es eines Tages als medienhistorischer Moment betrachtet, dass Miosga die Talkshow vom bisher gängigen, kompromiss-sehnsüchtigen therapeutischen Stuhlkreis zur nationalen WG-Küche weiterentwickelt und damit die Entkoppelung der Elite von den Bürgern vollendet hat.

«Tellerwäscher des Zeitgeists»

Das Parteiensystem zeigt Auflösungserscheinungen, oder sagen wir es sicherheitshalber öffentlich-rechtlich: Es verändert sich. Die Wirtschaft bricht ein, Inflation peinigt die Menschen, Familien wissen nicht mehr, wie sie finanziell über die Runden kommen sollen. Die Migration ist so gewaltig, dass sie vielen Angst macht. Wer nur ein bisschen darüber nachdenkt, bekommt das Gefühl, die Sozialsysteme, in die alle ein Leben lang eingezahlt haben oder einzahlen müssen, halten das nicht mehr lange aus. Deutschland wird von Russland bedroht und geht – obwohl man das seit 1949 nie mehr wollte – weltweit einmalige Sonderwege, etwa bei der Energieversorgung. Antisemiten marschieren durch die Strassen, das Land ist gespalten wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Das ist die Realität ausserhalb der Quassel-WG. Aber davon lassen sich die WG-Insassen an diesem Abend nicht stören.

Miosga will drinnen am Küchentisch vielmehr wissen, ob Merkel für Merz Wahlkampf machen wird (Antwort: «Wenn sie will, gerne!»), ob die CDU die «Brandmauer» nach rechts wirklich ernst meint und nimmt, ob die AfD wirklich so schlimm ist, wie die aktuellen Massendemonstrationen glauben machen sollen, und – ganz wichtig – ob Deutschland ein Konflikt- oder ein Durchsetzungsproblem hat, oder vielleicht beides? Und ob Regierung und Opposition etwas besser zusammenarbeiten sollten.

So blieb es für Friedrich Merz bis zum Schluss ein netter Ausflug in Deutschlands wichtigste Wohn- und Plaudergemeinschaft. Er musste am Ende nicht mal den Tisch abräumen oder abspülen. Dabei hätte das Form und Inhalt noch einmal schlüssig vereint: Wer immer nur abräume, was andere auftischten, hat der Historiker Andreas Rödder mit Blick auf die Themen- und Gedankenarmut der CDU und ihres Vorsitzenden kürzlich das Hauptproblem der grössten Oppositionspartei kurz und klug zusammengefasst, der «wird zum Tellerwäscher des Zeitgeists». Darüber wurde in der Tellerwaschanlage der Nation natürlich nicht geredet.

Der Politikwissenschaftler Claus Strunz ist Journalist und Moderator. Er war Chefredaktor von *Bild* und *Bild am Sonntag*, Vize-Chef der *Welt* und moderierte mehrfach vor Bundestagswahlen das Kanzlerduell.

Buddhisten verfolgen Christen

Myanmars Militärdiktatur macht Jagd auf Minderheiten. Die Weltöffentlichkeit bleibt seltsam still.

Giuseppe Gracia

Abseits der Aufmerksamkeit westlicher Medien und Politiker wütet in Myanmar seit Jahrzehnten ein Bürgerkrieg, angeheizt durch den buddhistischen Nationalismus einer brutalen Militärelite. Die Folgen sind für die christliche Minderheit verheerend.

Die Gewalt gegen christliche Gemeinschaften hat massiv zugenommen, seit Myanmars nationalistisches Regime die hybride Regierungsvereinbarung mit den demokratischen Kräften der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi aufgehoben hat. Seither herrscht Krieg gegen die prodemokratische Bewegung und gegen die ethnischen und religiösen Minderheiten im Land.

Seit längerem versucht man, die nationale Einheit auf der Grundlage der Vorherrschaft der burmesischen Ethnie und des Buddhismus durchzusetzen, gegen die Minderheiten, die rund einen Drittel der Bevölkerung ausmachen, 6 Prozent davon Christen. Diese sind, wie auch der muslimische Stamm der Rohingya, grausamen Säuberungsaktionen ausgesetzt. Das treibt die Menschen in den Busch, in Flüchtlingslager oder Siedlungen der Nachbarländer Thailand, Bangladesch und Indien. Dort gibt es wenig Nahrung und Gesundheitsdienste, auch keine Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Myanmars Militärmachthaber sind bestrebt, die ethnisch und religiös Unerwünschten verarmt, unterentwickelt und machtlos zu halten.

Es besteht Hoffnung

Das Drama stösst im Westen – auch in der Schweiz – auf wenig Beachtung. Viele Medien folgen den geopolitischen Prioritäten der westlichen Grossmächte. Vor diesem Hintergrund besteht mehr Interesse am Krieg in der Ukraine, an den Spannungen zwischen dem Westen einerseits und Russland und China andererseits oder am Krieg zwischen Israel und der Hamas. Neben Myanmar bleibt überhaupt die Christenverfolgung ein Randthema.

Das Christentum wurde ursprünglich im 17. Jahrhundert in das heutige Gebiet von Myanmar gebracht, von katholischen Priestern aus Portugal, dann im 19. Jahrhundert von weiteren

Missionaren aus Europa und den USA, unter dem Schutz der britischen Kolonialherren. Ein Schutz, der von der birmanisch-buddhistischen Elite missbilligt und nach der Unabhängigkeit im Jahr 1948 bekämpft wurde.

Entstanden ist eine Militärdiktatur, welche die Missionare und Christen im Land verfolgte. Dies hat sich 2021 verschärft, mit dem Zusammenbruch der gemischten Militär- und Zivilregierung. Allein aus der Region Sagaing, wo Hunderte von Dörfern ganz oder teilweise zerstört wurden, wurden letztes Jahr 816 500 Frauen, Kinder und Männer vertrieben oder getötet.

Dennoch ist die Lage nicht hoffnungslos. 2023 haben China und die Vereinigten Staaten hinter den Kulissen zusammengearbeitet, um Druck auf die Militärdiktatur Myanmars auszuüben. Man möchte eine Koalition aus ethnischen Minderheiten und prodemokratischen Birmanen. Die Grossmächte sind am Frieden inter-

Der internationale Druck muss erhöht werden, soll sich die Situation für die Verfolgten verbessern.

essiert, weil sie Wirtschaftswachstum brauchen und der Bürgerkrieg dies verhindert. Deutschland, als Teil der von den USA geführten westlichen Allianz, handelt ebenfalls im Einklang mit Washington, um die Militärdiktatur zu Verhandlungen mit der inländischen Opposition zu zwingen.

Ist es möglich, dass die Militärmachthaber die Opposition nicht nur zu Verhandlungen auffordern, wie sie dies bisher ohne ernsthafte Absicht taten, sondern dass sie in einen Dialog treten, damit die Anliegen der Minderheiten und der prodemokratischen Gruppen Gehör finden? Mit dem Ausschluss Myanmars von der Führung des regionalen Asean-Blocks im Jahr 2026 sendet die internationale Gemeinschaft inzwischen eine klare Botschaft. Der internationale Druck muss erhöht werden, soll sich die Situation für die Hunderttausende von Verfolgten und Unterdrückten verbessern. Dazu braucht es dringend auch eine grössere, lautere Öffentlichkeit.



«Die Würde des Menschen ist unantastbar»: Michelangelos «Jüngstes Gericht» (um 1540).

In Deutschland sind fast alle Parteien rechts

Beschworen Linke früher Solidarität, geht es ihnen heute um Selbstverwirklichung. Wo ist der Geist Willy Brandts geblieben?

Oskar Lafontaine

Wie kein anderer hat der österreichische Dichter und Schriftsteller Ernst Jandl die Orientierungslosigkeit und Widersprüchlichkeit der heutigen deutschen Politik vorausgesagt. In seinem berühmten Gedicht «Lichtung» heisst es:

*viele meinen
lechts und links
kann man nicht verwechseln
werch ein illtum*

Und in der Tat, die deutschen Bundestagsparteien kennen die Richtung nicht mehr. Sie wissen kaum noch, wo es langgeht. Dabei ist es doch nicht so schwer zu begreifen: Mit Krieg, Steuererhöhungen für die Mehrheit und sozialen Kürzungen kann man keine Wahlen gewinnen.

Die herkömmliche Unterscheidung zwischen rechten und linken Parteien trägt nicht mehr. In der französischen Nationalversammlung sassen am Beginn der Revolution

die Vertreter des Adels rechts und die Vertreter des Bürgertums und des Volkes links. Im Laufe der Zeit wurde der Adel durch die Vertreter der Wirtschaft und des Besitzbürgertums ersetzt, und die Arbeiterparteien übernahmen die Vertretung des Volkes.

Lernen von Thukydides

Schon der 454 v. Chr. geborene griechische Historiker Thukydides bezeichnete eine Gesellschaft dann als demokratisch, wenn sich in ihr die Interessen der Mehrheit durchsetzten. Er definierte die Demokratie vom Ergebnis her. Wenn Thukydides heute wieder auf die Welt käme, welchem Land würde er wohl angesichts der Einkommens- und Vermögensverteilung das Gütesiegel der Demokratie verleihen?

Nach dem Krieg wussten die Gründer der Bundesrepublik Deutschland noch, dass die Ansammlung von grossen Vermögen in den Händen Einzelner Demokratie verhindert. Aber die Regierungsmehrheiten der letzten Jahrzehnte taten, unabhängig von ihrer Zusammen-

setzung, kaum etwas, um der die Demokratie gefährdenden Entwicklung der zunehmenden Vermögenskonzentration etwas entgegenzusetzen. Auch die AfD ist schon deshalb keine Alternative für Deutschland, weil sie die Erbschaftssteuer schlicht abschaffen will und in der Tradition rechter Parteien dem grossen Kapital ihre Dienste anbietet. Vorschläge, die in Konzernen anfallende Vermögenssteuer in nicht ver-

Die Gewerkschafter haben vergessen, warum ihre Vorgänger verhinderten, dass Arbeiter aufeinander schiessen.

äusserbare Belegschaftsanteile umzuwandeln, werden in dieser Partei schon gar nicht diskutiert.

Um zu belegen, dass es in Deutschland überwiegend rechte Parteien gibt, muss man nicht nur das klassische Kriterium der gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung heranziehen. Es genügt, sich daran zu erinnern, dass

nach dem Zweiten Weltkrieg die Formel «Nie wieder Krieg» von allen Parteien übernommen wurde. Dass die rechten Parteien diese Forderung bald aufgeben würden, war abzusehen, aber dass ehemals linke Parteien wie SPD oder Grüne zu Kriegsparteien mutieren würden, war vor einigen Jahrzehnten noch nicht vorstellbar. «Krieg ist kein Mittel der Politik», das war ein Grundsatz des Friedensnobelpreisträgers und ehemaligen Bundeskanzlers Willy Brandt. Mit dieser Maxime führte er die einst linke Volkspartei SPD zum grössten Wahlsieg ihrer Geschichte. An der Haltung zu Krieg und Frieden wird auch sichtbar, welches das entscheidende Kriterium linker Politik war und ist: die unabdingbare Beachtung der Menschenwürde.

Ausmass des Werteverfalls

«Die Würde des Menschen ist unantastbar» ist der erste Satz des deutschen Grundgesetzes. Er ist auch, in den alten Kategorien gesprochen, die Zusammenfassung linker Politik. Wer Aufrüstung, Kriege und Waffenlieferungen in Kriegsgebiete befürwortet, missachtet die wichtigste Forderung des Grundgesetzes. Wenn heute auch, wie bereits in der Vergangenheit, Vertreter der Kirche Kriege und Waffenlieferungen befürworten – der Papst ist eine rühmliche Ausnahme –, dann zeigt das das Ausmass des Werteverfalls.

Bedauerlicherweise haben auch führende Gewerkschaftsfunktionäre vergessen, warum ihre Vorgänger verhindern wollten, dass Arbeiter aufeinander schiessen. Es gab Streiks, um die Produktion von Waffen zu stoppen. Und in dieser Tradition weigern sich heute Hafentarbeiter in Italien, Schiffe mit Waffen zu beladen. Aber Teile der deutschen Gewerkschaften folgen brav der US-Politik und rechtfertigen trotz des täglichen Sterbens und der fortschreitenden Zerstörung der Ukraine weitere Waffenlieferungen in das geschundene Land.

Die Vertreter des Volkes sassen in der französischen Nationalversammlung auf der linken Seite. Vertreter des Volkes kann aber nur sein, wer dessen Sprache spricht. Der Adel oder die Besitzenden, sie hatten schon immer ihre eigene Sprache. Zur Zeit Napoleons war es Französisch, heute ist es Englisch. Und auch das Gendern, wer hätte es gedacht, ist eine Klassensprache. Die Arbeiter verstehen das nicht. Wenn man auf grossen Betriebsversammlungen die Beschäftigten mit «liebe Kolleg:innen» oder «liebe Mitarbeitende» ansprache, dann würde man bestenfalls Kopfschütteln ernten. Wahrscheinlich würde man ausgelacht. Auch in der Politik kann Lächerlichkeit tödlich sein.

Standen früher das Gemeinwohl und der Zusammenhalt der Gesellschaft im Vordergrund der Politik linker Parteien, so wenden sie sich heute mehr und mehr der aus den USA stammenden Identitätspolitik zu. Es geht nicht mehr um die Verbesserung der Lebensbedingungen

der Mehrheit, sondern um die Stärkung der Rechte einzelner Minderheiten. Die Gesellschaft zerfällt in einzelne Gruppen, die oft ohne Rücksicht auf andere ihre Interessen vertreten. Wurde früher der Wert der Solidarität beschworen, so geht es heute um Selbstverwirklichung. Wenn jeder an sich denkt, ist an alle gedacht, scheint da das Motto zu sein.

Typisch für die Orientierungslosigkeit der ehemaligen Linken ist auch die Migrationspolitik. Das Eintreten für offene Grenzen für alle schadet den Schwächsten in den Herkunftsländern und in den Aufnahmeländern. Alte und Kranke können die Strapazen einer langen Reise in der Regel nicht auf sich nehmen, und die Ärmsten können die Schlepper nicht bezahlen. In den Aufnahmeländern steigen die Mieten in den Wohnquartieren der Menschen mit niedrigem Einkommen, und im Niedriglohnbereich führt die Zuwanderung zu Lohndrückerei.

Wenn noch hinzukommt, dass man den Fachkräftemangel im Gesundheitswesen durch das Anwerben von ausgebildeten Ärzten und Krankenschwestern aus den Entwicklungsländern beheben will, dann haben wir es mit einem rücksichtslosen Neokolonialismus zu tun, der heute zum Markenzeichen sich als

Typisch für die Orientierungslosigkeit der Linken ist auch die Migrationspolitik.

links missverstehender Parteien geworden ist. Wie es auch anders gehen kann, hat einst Albert Schweitzer gezeigt. Man baut beispielsweise in Afrika Krankenhäuser, bringt ausgebildete Ärzte mit und bildet medizinisches Personal aus. Auch Universitäten mit Wissenschaftlern könnten von Industriestaaten finanziert werden, um die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern.

So würde man den Ärmsten helfen und wäre auch unter ethischen Gesichtspunkten berechtigt, die Einwanderung aus Afrika zu stoppen, um so die Milliarden einzusparen, mit denen der Aufbau vor Ort finanziert würde.

Das Leben der Menschen verbessern

Ungerechte Vermögensverteilung, zunehmende Militarisierung, Vergewaltigung der Sprache und neokoloniale Migrationspolitik belegen das Versagen der politischen Linken und das Aufsteigen der politischen Rechten.

Erst eine Politik, die die Menschenwürde in den Mittelpunkt stellt, führt zum Frieden und bietet die Chance, das Leben der Menschen zu verbessern.

Oskar Lafontaine ist Finanzminister Deutschlands a. D. und ehemaliger Vorsitzender der SPD.

Bezahlkarte statt Bargeld: und tschüs

Deutschland hat ganz offenbar ein kleines, flaches, handliches Instrument gegen die massenhafte Migration gefunden: Es ist eine Bezahlkarte, die Flüchtlinge anstelle von Geld in die Hand gedrückt bekommen.

Die Geschichte geht so: Unter Schmerzen hatten sich die Bundespolitiker im November auf die Erkenntnis geeinigt, dass die Barauszahlung von 300 bis 400 Euro im Monat an Flüchtlinge, die sich Deutschland leistet und die Weltspitze ist, möglicherweise dazu beiträgt, dass mehr Flüchtlinge kommen, als man sich das wünschen mag. Deswegen wurde eine Regelung beschlossen, die es erlaubt, einen Teil des Geldes auf eine Bezahlkarte zu laden, mit der die Menschen einkaufen gehen können. Und zwar nur in der Region, in der sie untergebracht sind. Geld abheben geht auch nicht. Der Landkreis kann das Guthaben jederzeit sperren oder einziehen, wenn es Ärger gibt.

Was folgte, war deutsche Gründlichkeit: Jedes Bundesland muss bis März erklären, ob es mitmacht. Anschliessend folgt eine europaweite Ausschreibung unter Bezahlkartenanbietern und, und, und. Vor Jahresende wird es nichts, aber vor Ort brennt die Hütte, denn die Landräte als oberste Verantwortliche wissen nicht, wohin mit all den Flüchtlingen. Landrätin Martina Schweinsburg aus Greiz in Thüringen handelte: «Entweder ich mache es allein, oder es wird wieder mal dauern», sagte sie sich. Innerhalb eines Monats brachte sie das System zum Laufen. Inzwischen verlassen die ersten Migranten den Landkreis freiwillig.

Um die Ecke im Kreis Eichsfeld macht Landrat Werner Henning das Gleiche und stellt fest, dass insbesondere Familien aus Mazedonien und Serbien ihre Zelte abbrechen und ausreisen. Andere wiederum haben sich einen Minijob gesucht, um Bargeld zu bekommen. Henning findet das klasse: Es gehe um die Unterscheidung zwischen Leistung zum Lebensunterhalt und Geld für geleistete Arbeit. «Ich möchte, dass Flüchtlinge sich Arbeit suchen, damit wir ihnen langfristig bei alledem, was wir Integration nennen, helfen können.»

Nebst Greiz geht im benachbarten Saale-Orla-Kreis die Bezahlkarte nächste Woche an den Start. Dort hat das Thema politische Signalwirkung: Am Sonntag steht für den Posten des Landrats eine Stichwahl an. Der AfD-Bewerber hat gute Chancen, ihn zu stellen – nicht zuletzt, weil er das Thema Asylmissbrauch besetzt. *Oliver Stock*

Silber: der Super-Rohstoff der Zukunft

Elektromobilität, Photovoltaik, Telekom und Medtech: Ohne Silber würden diese Branchen still stehen. Das Edelmetall ist gefragter denn je – und im Vergleich zu Gold viel günstiger zu haben. Investieren Sie einfach in reines Silbergranulat mit dem S-Deposito von BB Wertmetall.

Reines Silbergranulat.
Mit jeder Einzahlung ins S-Deposito erwerben Sie Silbergranulat, den Grundrohstoff für alle Silberanwendungen.

Wichtigstes Geldmetall.
Der Wirtschaftsnobelpreisträger Milton Friedman stellte fest: Silber ist das wichtigste Geldmetall der Geschichte.

Win-win-Partnerschaften.
Über das S-Deposito lassen sich Tauschgeschäfte abwickeln. So kann man bei vielen Firmen Einkäufe gegen Silber tätigen.

Smart in Silber investieren.
Das S-Deposito vereint die Eigenschaften von physischem Silber mit der Flexibilität eines Depots. Tägliche Ein- und Auszahlungen sind möglich.

Sichere Lagerung in der Schweiz.
Die BB Wertmetall bewahrt Ihr Silber in einem Zollfreilager in der Schweiz auf – sicher und zu 100% versichert.

Inflationsschutz.
Silber hat seine Kaufkraft über Jahrtausende behalten und schützt vor einer Geldentwertung.

Unabhängig.
Das S-Deposito funktioniert unabhängig von Banken und Staat. Ihr physisch vorhandenes Silbergranulat gehört ausschliesslich Ihnen.

Begehrte in der Industrie.
Silber ist ein hervorragender thermischer und elektrischer Leiter. Der Weg zu einer emissionsarmen Wirtschaft führt über Silber.

Schützen Sie
Erspartes vor
Bankenkrisen
und Inflation!

DEUTSCHLAND

Ein Land in Panik



Warum nicht auch ein bisschen Schutzhaft und Lager? Reichstag in Berlin.

Die Correctiv-Recherche liefert keinerlei Beleg, dass irgendjemand die Ausbürgerung von Deutschen gefordert hätte. *Seite 33*

Das Berliner Ensemble brachte die Story in Zusammenarbeit mit dem Volkstheater Wien und Correctiv sogar auf die Bühne. *Seite 35*

Wir stehen tatsächlich an einem Kipppunkt. Nur eben in eine etwas andere Richtung, als man es uns glauben machen will. *Seite 38*

Moralputsch der Wohlgesinnten

Am 10. Januar berichtete die Plattform Correctiv über einen angeblichen «Geheimplan»: Die AfD wolle Menschen aufgrund rassistischer Kriterien aus Deutschland vertreiben. Belege für diese krassen Vorwürfe fehlen. Trotzdem steht die Bundesrepublik seither kopf. Sogar die Regierung demonstriert gegen die Opposition. Erinnerungen an die DDR werden wach.

Alexander Wendt

Der Text, der auf vielfachen Wunsch aus öffentlich-rechtlichen Anstalten, Politik und staatlich finanzierter Zivilgesellschaft einen Wendepunkt darstellen soll, veröffentlicht auf der Plattform Correctiv unter der Überschrift «Geheimplan gegen Deutschland», hebt so an:

Es ist der Morgen des 25. November, kurz vor neun Uhr, ein trüber Samstag. Auf den geparkten Autos im Hof sammelt sich Schnee. [...] Hier zeigt sich, was passieren kann, wenn sich rechtsextreme Ideengeber, Vertreter der AfD und finanzstarke Unterstützer der rechten Szene mischen. Ihr wichtigstes Ziel: Menschen sollen aufgrund rassistischer Kriterien aus Deutschland vertrieben werden können. [...] Womöglich ist es auch Zufall, dass die Organisatoren gerade diese Villa für ihr konspiratives Treffen gewählt haben: Knapp acht Kilometer entfernt von dem Hotel steht das Haus der Wannseekonferenz, auf der die Nazis die systematische Vernichtung der Juden koordinierten.

Nicht nur womöglich, sondern mit Sicherheit handelt es sich nicht um Zufall, wenn die Autoren mit dem Signalwort «Wannseekonferenz» ihren Lesern gleich zu Beginn den Wink mit grösstmöglichem Pfahl geben, auf welcher Bedeutungsebene sie das von ihnen dargestellte Ereignis und damit auch den Text selbst sehen. Die Bedeutungsbrücke führt von der historischen Berliner Villa am Wannsee bis zum Lehnitzsee in Potsdam, nicht umgekehrt: Weil es im Januar 1942 die Wannseekonferenz gab, muss es bei dem Treffen in dem anderen am Wasser gelegenen Haus im November 2023 ebenfalls um einen Zivilisationsbruch gegangen sein.

Lauschposten im Hotel

Diesen Abgrund umreisst Correctiv mit der Behauptung, bei dem Geheimtreffen in dem Potsdamer Hotel «Landhaus Adlon» sei ein Geheimplan zur Deportation von Millionen Menschen mit Migrationshinter-

grund vorgestellt worden, darunter auch von deutschen Staatsbürgern mit Einwanderungsgeschichte. In vielen Medien gibt es zu wichtigen Ereignissen das Erklärformat: «Was wir bisher wissen – und was nicht», das sich hier anbietet. Das Wissen über die Correctiv-Veröffentlichung unterteilt sich in mehrere Hauptpunkte. Erstens fand in Potsdam kein Geheimgespräch statt, son-

«Es ist der Morgen des 25. November, kurz vor neun Uhr, ein trüber Samstag.»

dern eine private Veranstaltung mit ziemlich grossem Verteiler. Andernfalls hätte sich Correctiv nicht rechtzeitig in das Hotel einbuchen können, um sich dort auf Lauschposten zu begeben.

Zweitens stellte der Österreicher Martin Sellner dort keinen Geheimplan vor, sondern im Wesentlichen den Inhalt seines Buchs «Regime Change von rechts», das es inzwischen in vierter Auflage gibt. Zur Informationsbeschaffung bedurfte es also keiner klandestinen Operation, der Gang in einen Buchladen hätte genügt.

Drittens liefert Correctiv wiederum an keiner Stelle einen Beleg, dass Sellner oder jemand anders in Potsdam tatsächlich die massenhafte oder auch nur gelegentliche Ausbürgerung von Deutschen mit Migrationshintergrund gefordert hätte. Der Begriff «Deportation» kommt noch nicht einmal im Correctiv-Text selbst vor,

sondern erst im medialen Echo, etwa beim *Spiegel*, der in dem Treffen, an dem neben Sellner auch einige AfD- und zwei CDU-Mitglieder ohne jedes öffentliche Amt teilnahmen, einen «Deportationsgipfel» ausmacht.

Und viertens ähnelt der faktische Kern, der noch übrigbleibt – in der Diskussion ging es tatsächlich um die Ausweisung beziehungsweise Abschiebung von Migranten ohne dauerhaftes Bleiberecht unter dem Stichwort «Remigration» –, wiederum zum Verwechseln den Stichworten von SPD- und Unionspolitikern zum gleichen Thema. Noch vor kurzem erklärte Bundeskanzler Olaf Scholz auf dem Titelblatt des *Spiegels*: «Wir müssen endlich im grossen Stil abschieben». Der Ampel-Koalitionsvertrag sieht ausdrücklich eine «Rückführungsoffensive» unter genau diesem Begriff vor. Dann gab es zwar keine Offensive, aber kleine Änderungen, um ein wenig abgelehnte Asylbewerber mehr als bisher abzuschieben. Rhetorisch stellte die zuständige Ministerin die Massnahmen als sehr viel schärfer dar, als sie es in Wirklichkeit waren. Im Umkreis von Innenministerin Nancy Faeser überlegten Beamte 2023 übrigens, eingebürgerten Migranten, die sich antisemitisch betätigen, bis zu zehn Jahre rückwirkend den Pass zu entziehen.

Banalisierung des Nationalsozialismus

Dass es bisher nicht zu der von Scholz verkündeten Abschiebung im grossen Stil kam, liegt jedenfalls nicht an fehlender politischer Macht. Die Überlegungen des Bundesinnenministeriums zum Passenzug wiederum bewegten sich ein gutes Stück ausserhalb des geltenden Rechts, deshalb verschwanden sie auch in aller Stille in der Ablage. Aber immerhin handelte es sich überhaupt um Pläne. Bei der Zusammenkunft in Potsdam plante niemand irgendetwas; dort fand die Vorstellung eines schon bekannten Buchs statt, über das eine Handvoll Leute ohne die geringste staatliche Entscheidungsbefugnis diskutierten. Übrigens auch



«Wie ein Kammerstück»: Correctiv-Recherche als Theateraufführung am Berliner Ensemble, 17. Januar.



Alle haben einen Block zu bilden: «Geheimplan»-Recherche von Correctiv, 10. Januar.

ohne jede Öffentlichkeitswirkung. Die stellte erst der Correctiv-Text her.

Was wir nicht wissen: wie viel Planung in dem Beitrag und dessen Verwertung steckt.

Der Beitrag brauchte also unbedingt die Wannseekonferenz-Anbindung, um es überhaupt zur beabsichtigten Wahrnehmungshöhe zu schaffen. Denn faktisch gibt der Text so gut wie nichts her. Was er berichtet, ist weitgehend unspektakulär; gibt es eine Skandalbehauptung wie die angebliche Forderung nach massenhafter Vertreibung von Migranten mit deutschem Pass, fehlt wieder jeder Beleg. Und nicht nur das: Teilnehmer der Veranstaltung bestreiten ausdrücklich, dass dort Begriffe wie «Deportation» oder «Vertreibung» fielen. Es entspricht also einer inneren Logik, wenn es in der Verwertungskette, die sich nach der Correctiv-Veröffentlichung in Gang setzte, überhaupt nicht mehr darum ging und geht, was jemand in dem Potsdamer Hotel tatsächlich sagte, sondern nur noch um alles, was sich um das Stichwort «Wannsee 2.0» gruppieren lässt.

Diese Metaebene entsteht nicht einfach so. An ihr wirken viele mit, und das mit grosser Hingabe. Vor allem um diese politische Verwertungskette soll es in diesem Text gehen und um ihre wichtigste Voraussetzung: die völlige Banalisierung des Nationalsozialismus, die ihrerseits nur deshalb kaum noch auf Widerspruch stösst, weil eine Mehrheit von Politikern, Medienmitarbeitern und sonstigen Influencern noch nicht einmal mehr über rudimentäre Geschichtskennntnisse verfügt.

In den meisten Medienbeiträgen zur Weiterverarbeitung der Correctiv-Vorlage spielt der Inhalt des Ursprungstextes so gut wie keine Rolle mehr, sondern nur noch das darübergelegte NS-Wannsee-Holocaust-Deutungsrastrer. *Zeit* online stellt schon in der Überschrift zu einem Interview mit einem akademischen Stichwort-

Teilnehmer bestreiten ausdrücklich, dass Begriffe wie «Deportation» oder «Vertreibung» fielen.

geber fest, das Hotel in Potsdam liege «nicht weit von der Wannseekonferenz-Villa», und fragt: «Nur Zufall?» Um den Artikel noch ein bisschen stärker auf «Wannsee» zu trimmen, steht sicherheitshalber neben einem Foto von Martin Sellner eine Abbildung, die das Modell der Wannsee-Villa zeigt.

Wie muss man sich eigentlich eine nicht-zufällige räumliche Nähe zweier älterer Gebäude vorstellen, zwischen denen keinerlei inhaltliche Verbindung existiert? Die ARD-«Tageschau» weist in ihrem Beitrag sogar ganz exakt auf eine Luftlinienentfernung von sieben Kilometern zwischen dem «Landhaus Adlon» und der Villa am Wannsee hin. An dieser Stelle ein grundsätzlicher Rat an alle wohlmeinenden Medienredaktionen des Landes: Der sehr gründliche Amateurhistoriker Harald Sandner dokumentiert in den vier Bänden seines Werks «Hitler – das Itinerar» dessen Aufenthaltsorte Tag für Tag von 1889 bis 1945 und dann noch einmal den Weg seiner Asche samt Knochenresten von

Berlin bis an die Schweinebrücke bei Biederitz, wo sowjetische Soldaten sie 1970 in das Flüsschen Ehle streuten.

Wer Sandners Liste gründlich studiert, merkt schnell, dass jeder beliebige Ort in Deutschland nur wenige Kilometer Luftlinie entfernt von irgendeinem Punkt liegt, der sich mit Hitler verbinden lässt, und damit auch jedes denkbare Datum aus seinem Leben mit einem Termin der Gegenwart. Falls also das komplette Itinerar nicht schon längst in der *Zeit*-online-Zentrale in Berlin steht, also nur wenige Kilometer Luftlinie entfernt vom ehemaligen Reichspropagandaministerium, dann sollte sich der Verlag schleunigst die Komplettausgabe besorgen. Wer auch noch die Daten zu anderen NS-Funktionsträgern dazunimmt, erhält zwar kein inhaltliches, aber ein räumlich-zeitlich-symbolisches Bezugsnetz. Und darauf kommt es offensichtlich an.

Pläne der britischen Regierung

Der von *Zeit* online interviewte Historiker Martin Roth streift zwar kurz den Umstand, dass auf der Wannseekonferenz Entscheidungsträger des Dritten Reichs zusammensassen, in dem Saal des Potsdamer Hotels aber ausschliesslich Leute, die gar nichts zu melden haben, wischt dieses Detail aber mit der Bemerkung zur Seite, die Runde vom Lehnitzsee stünde trotzdem in einer «fatalen Traditionslinie». Beziehungsweise, so müsste der Synthesebegriff eigentlich lauten, in einer historischen Luftlinie. Beide Häuser liegen an Gewässern. So viel steht fest. Die *Sächsische Zeitung* geht noch einen Schritt weiter, indem sie die Überschrift «Deportation für Staatsbürger:

Wer hinter Correctiv steckt – und wer die Plattform finanziert

Das Medienunternehmen Correctiv, dessen Veröffentlichung über einen angeblichen Abschiebungs-Geheimplan der AfD in Deutschland eine gewaltige politisch-mediale Welle auslöste, sieht sich als Dienstleister für die Demokratie. Das Motto der Plattform mit Gemeinnützigkeitsstatus lautet: «Recherchen für die Gesellschaft». Ihre selbsterklärte Vision: «Eine Gesellschaft, die immun ist gegen Desinformation».

Anders als viele private Medien in Deutschland verfügt Correctiv, gegründet 2014, über eine gutgefüllte Kasse, in die sowohl staatliche als auch Stiftungsgelder fließen. Die Überweisung aus dem Topf «zur strukturellen Stärkung des Journalismus» der deutschen Staatsministerin für Kultur und Medien, Claudia Roth (Grüne), aus dem Jahr 2022 nimmt sich mit 198 500 Euro im Vergleich zu anderen Fördersummen eher bescheiden aus. Im Jahr 2023 erhielt Correctiv nach eigenen Angaben noch deutlich mehr Geld aus Staatshand: 431 059,85 Euro aus der Bundeskasse, 145 338 Euro aus der Landeshauptkasse Nordrhein-Westfalen.

Deutsche Bank und Telekom

In den vergangenen Jahren gehörten auch die Staatskanzlei NRW, die Bundeszentrale für politische Bildung und die mit Steuergeld ausgestattete Grünen-nahe Heinrich-Böll-Stiftung zu den Gebern. Unter den Stiftungen, die mehrfach spendeten, ragen zwei wegen ihrer Bekanntheit heraus: die Luminate Foundation des Milliardärs und Ebay-Gründers Pierre Omidyar, die Correctiv 2023 die Summe von 661 018,53 Euro zur Verfügung stellte, ausserdem die Open Society Foundations von George Soros. Die Brost-Stiftung wiederum, deren Kapital aus dem Vermögen des Verlegers Erich Brost stammt, stand am Anfang der Correctiv-Geschichte: Die von dem ehemaligen Kanzleramtschef unter Gerhard Schröder, Bodo Hombach, geleitete Stiftung stellte mit einer Spende von 675 000 Euro 2014 gewissermassen das Startkapital. Ausserdem erhält das Medienhaus Zuwendungen von nicht namentlich aufgeführten Gönnern, die sich 2023 auf insgesamt 1,894 Millionen Euro beliefen. Ausserdem zählten in den vergangenen Jahren zwei Grossunternehmen zu den Gönnern: die Deutsche Bank und die Telekom.

Eine Nähe zu den Grünen und ihren Strukturen lässt sich nicht übersehen: Den Aufsichtsrat von Correctiv leitet Lukas Beckmann, von 1991 bis 2010 Geschäftsführer



«Hillary Clinton hat gewonnen»: Correctiv-Gründer Schraven, November 2016.

der Grünen-Bundestagsfraktion, ausserdem Gründungsgeschäftsführer der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung und Vorstandsmitglied der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg. Den Zuwendungen aus der Kasse der grünen Kulturstaatsministerin und der grünen Stiftung dürfte der gute Kontakt des Aufsichtsratschefs nicht geschadet haben. Ausserdem sass Beckmann bis 2017 im Vorstand der GLS Treuhand e. V., einer Stiftung, die progressive politische Projekte fördert – und auch zu den Spendern für Correctiv zählte.

Correctiv setzt sich, wie es im Namen schon anklingt, für journalistische Korrektheit ein, ausserdem, siehe oben, gegen Desinformation. Die Realität sieht etwas anders aus. Im November 2016 blamierte sich Correctiv-Gründer David Schraven, als er am frühen Morgen nach der Wahlnacht in den USA das Ergebnis so zusammenfasste: «Nun ist es vorbei und fast amtlich. Donald Trump hat die Präsidentschaftswahlen verloren. Hillary Clinton hat gewonnen. [...] Trump: ein anderes Wort für mieser Verlierer. Erinnert an den Kampf «Rumple in the Jungle» von Muhammed Ali gegen George Foreman im Jahr 1974. Nachdem Foreman verloren hatte, musste er wegen Depressionen behandelt werden. Das steht jetzt Trump bevor.» Da sei ihm ein kleines Missgeschick passiert, meinte Schraven damals: Er habe eben für jeden Ausgang einen Text vorbereitet und dann den falschen herausgeschickt. Und dann gleich noch gespickt mit Spekulationen über Trumps mentale Gesundheit? Erstaunlich.

Ein Jahr später veröffentlichte Schraven mit einem Co-Autor kurz vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen eine krawallig angekündigte Geschichte über einen angeblichen «Sexskandal bei der AfD NRW». Den

gab es allerdings gar nicht: Den Kern der aufgeblasenen Story bildete die Tatsache, dass eine Landtagskandidatin der AfD sich früher in einer Internetanzeige als Prostituierte angeboten hatte, wohl eher, weil das für sie einen Fetisch darstellte. In jedem Fall handelte es sich um eine schon länger zurückliegende private und legale Angelegenheit der Politikerin, nicht um einen «Sexskandal», schon gar keinen in der Partei.

Enthüllungen? Fehlanzeige

«In unserer Arbeit setzen wir uns für Transparenz, die Enthüllung systematischer Missstände sowie freien Zugang zu Informationen ein», erklärt Correctiv auf seiner Website. Allerdings fällt auf: An wirklich wichtigen Enthüllungen der vergangenen Jahre hatte Correctiv keinen Anteil.

Nicht an den Recherchen zu dem grosszügigen Steuererlass, den das Hamburger Bankhaus Warburg in der Regierungszeit des damaligen Ersten Bürgermeisters und heutigen Bundeskanzlers Olaf Scholz erhielt – hier tat sich der Journalist Oliver Schröm hervor. Auch an der Aufdeckung des hemmungslos geschönten Lebenslaufs der heutigen Aussenministerin Annalena Baerbock und ihrer Buchplagiate kam Correctiv nicht vor: Dort leisteten die staats- und stiftungsgeldfreien Blogger Hadmut Danisch und Don Alphonso die Arbeit.

Das ganze Ausmass des Berliner Wahl-skandals, der in eine Wiederholung der Landtagswahl mündete, recherchierte ein Team von *Tichys Einblick* – ein Medium, vor dessen Publikationen Correctiv lange im halbamtlichen Stil warnte, wenn sie auf Facebook verlinkt wurden. Ein Gericht untersagte Correctiv 2020 die Herabsetzung des Konkurrenten. Neben anderen Medien gehörten Journalisten von *Tichys Einblick* auch zu den hartnäckigen Schreibern, die 2023 das Freundes- und Verwandtennetzwerk des grünen Staatssekretärs Patrick Graichen aufdröselten. Die Veröffentlichungen kosteten Robert Habecks bis dahin wichtigsten Mann das Amt. Correctiv spielte bei der Aufklärung keine Rolle.

Im «Ethikrat» von Correctiv sitzt ein prominentes Mitglied: Peter Schaar, ehemaliger Bundesbeauftragter für Datenschutz und Grünen-Mitglied. Es wäre interessant, zu hören, wie er den heimlichen Kameraeinsatz bewertet, mit dem Correctiv das private Treffen in Potsdam filmte. Bis jetzt gibt es von ihm dazu noch keine Stellungnahme.

Was die «Remigration»-Pläne der AfD bedeuten» mit einem Foto kombiniert, das Juden zeigt, die einen Viehwaggon besteigen müssen.

Die Bildunterschrift dazu lautet: «Deutschland hat schon einmal massenhaft Menschen deportiert. So sahen die Nationalsozialisten zunächst vor, die Juden nach Afrika zu schaffen, was auch die AfD nun für Zuwanderer plant, mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft.» Das lässt sich nur im Stil der Sender-Eriwan-Geschichten entwirren: Im Prinzip richtig, nur dass es keine AfD-Pläne gibt, massenhaft deutsche Staatsbürger nach Afrika zu bringen, sondern nur einen noch nicht verwirklichten Remigrationsplan der britischen Regierung, der allerdings nicht vorsieht, britische oder sonstige europäische Bürger, sondern abgelehnte Asylbewerber überwiegend aus Afrika zurück nach Afrika zu fliegen, konkret nach Ruanda. Das englische Wort *deportation* entspricht übrigens der deutschen «Abschiebung», die das Gesetz nach wie vor für abgelehnte Asylbewerber ohne Bleiberecht vorsieht.

Nicht die «Recherchen zu Potsdam» selbst können und sollen ein «Wendepunkt» sein, wie der Korrespondent im ARD-Hauptstadtstudio, Gábor Halász, hofft, wohl aber ihre Fortsetzung, konzipiert als serielle Veroperung durch Medien, Polit- und Kulturbetrieb.

Schiessbudenfiguren im Frack

Auffallend oft tauchen Begriffe aus der Film- und Theaterwelt auf. Die Correctiv-Schreibmannschaft stellt fest, die Zusammenkunft in Potsdam wirke «wie ein Kammerspiel – ist aber Realität». Bei *Zeit* online: «Es könnte eine Netflixserie sein. Es ist aber Realität.» Das Berliner Ensemble brachte die Story in Zusammenarbeit mit dem Volkstheater Wien und Correctiv sogar auf die Bühne. Das Stück zeigt in einer Art Revue zum einen Verschwörer haarscharf vor der Machtergreifung, gleichzeitig aber auch eine Ansammlung von Schiessbudenfiguren im Frack, die mit ihrer unentwegten Selbstkommentierung nicht bedrohlich, sondern lächerlich wirken.

Wer fragt, wann das Musical folge, liegt gar nicht so weit weg von der Entwicklung. Die SPD-Bundestagsfraktion schickte ein Video in die Social-Media-Kanäle, in dem Laienschauspieler AfD-Agitatoren mimen und Rollenprosa in die Kamera sprechen, mit der sie sich selbst als Menschenfeinde überführen, und zwar in einer Weise, gegen die das DDR-Staatskabarett im Rückblick geradezu subtil wirkt.

Auch in der Selbstdarstellung im Auditorium des Berliner Ensembles und den Demonstrationen der extrabreiten Bündnisse gegen rechts von Extinction Rebellion bis Junge Union unter Teilnahme von Regierungsvertretern setzt sich der bühnenhafte Stil fort. Was in Köln, Potsdam, Leip-

zig und anderswo stattfand, wirkt eher wie ein bundesweiter Sophie-Scholl-Ähnlichkeitswettbewerb. «Das Auffälligste an den vielen Anti-AfD-Demos», heisst es in der *Zeit*, sei «die besondere Energie, die hier zu spüren war: Freudige Gesichter überall, gerötet nicht nur von der Kälte, sondern auch vom erhebenden Gefühl, endlich zu handeln, statt zu hadern.»

Hätte sich die Potsdamer Veranstaltung auch nur annähernd in dem Bereich echter Verschwörung bewegt, wäre das Unterstellte dort tatsächlich besprochen worden, gäbe es auch nur die leiseste Möglichkeit der Umsetzung, stünde ernsthaft eine Abschaffung der parla-

Karnevaleske Aufführung und Faschismusbeschwörung passen hier mühelos zusammen.

mentarischen Demokratie bevor – dann fänden die Demonstrationen nicht vermutlich als erhebendes Event der Moralelite statt, untergehakt mit den Regierungsspitzen und begleitet von einem Medienorchester. Dann würden die Demonstranten sich nicht für X und Instagram wechselseitig fotografieren als vor Selbsterhebung gerötete Helden der Zwischenzeit; für die eine Diktatur acht Jahrzehnte zu spät, für die kommende Machtergreifung der Lehnitzsee-Runde aber noch ein bisschen zu früh. Wäre es wirklich ernst, würde die drohende Gefahr nicht auf der Bühne nachgespielt und mit albernem Agitprop-Videos bekämpft.

Grosskundgebungen mit Politikern, illuminierte Marschblöcke, Aufrufe zum Zusammenstehen und zur Einebnung aller Parteidifferenzen stellen überhaupt die denkbar schlechtesten Mittel zur Bekämpfung einer angeblich drohenden Diktatur dar, erst recht,

wenn das Bild dieser Diktatur auch noch konsequent nach NS-Schablonen gezeichnet wird. Hätte Correctiv wirklich eine echte Gefahr aufgedeckt, dann hätte die Plattform mit der Publikation kaum von November bis Januar gewartet. Aber die spontanen Kundgebungen musste ja schliesslich erst jemand organisieren. Auch einen Abend im Spielplan samt Kapazitäten räumt niemand von jetzt auf gleich frei.

Sophie Scholl als Bloggerin

Für die Protagonisten selbst passen karnevaleske Aufführung und Faschismusbeschwörung mühelos zusammen. Das liesse sich nicht erklären ohne das hemmungslos banalisierte Gegenwartsbild des Nationalsozialismus. Dass in der Verkoppelung Potsdam-Wannsee der mindestens zwanzig Jahre alte Forschungsstand zur Wannseekonferenz über Bord fliegt und stattdessen die längst widerlegte Behauptung wieder nach oben treibt, in der Wannsee-Villa sei der Holocaust beschlossen worden, stellt noch das kleinste Problem dar. (Der Holocaust begann schon im Jahr vorher, Himmler erteilte den Auftrag zur Errichtung von Auschwitz-Birkenau im März 1941, die ersten Vergasungen fanden einige Monate später statt, die ersten Erschiessungen von Juden mit deutscher Staatsbürgerschaft im Getto von Riga ebenfalls. Die Wannseekonferenz 1942 diente der effizienteren Verzahnung verschiedener NS-Bürokratieebenen in einem Massenmordprozess, der bereits lief.)

Das fällt in den Bereich von Historikern, die ohnehin das öffentliche Bild der NS-Zeit kaum noch beeinflussen. Sie stöhnten schon, als weiland Guido Knopp Hitler durch den Serienfleischwolf drehte («Hitlers Helfer», «Hitlers Frauen», «Hitlers Kinder») und jede Möglichkeit irgendwelcher struktureller Erkenntnisse unter einer dicken Melange aus Personalisie-



Grosskundgebungen mit Politikern: Kanzler Scholz (M.), Aussenministerin Baerbock (r.), 14. Januar.



«Ich glaube an Deutschland»

**Roger Köppel spricht in Magdeburg
Alle sind herzlichst willkommen!**

Dienstag, 6. Februar 2024

Ort: AMO Kulturhaus
Erich-Weinert-Strasse 27
39104 Magdeburg

Beginn: 19.00 Uhr, Türöffnung: 18.00 Uhr

Eintritt: Euro 15,-

Bitte melden Sie sich an: www.weltwoche.de/magdeburg

Teilnehmerzahl beschränkt. Wir freuen uns auf Sie!

zung, hochbedeutender Musik und Kommentaren erstickte. Die «Knoppagenda» wirkt allerdings vergleichsweise noch seriös im Vergleich mit der Verhäxselung der Geschichte von Sophie und Hans Scholl zur Instagram-Story, die Bayerischer Rundfunk und Südwestrundfunk 2022 speziell einem jungen Publikum servierten. Darin tritt Sophie Scholl ganz ernsthaft als «Widerstandskämpferin/Bloggerin» auf, die ihren Untergrundkampf gegenüber imaginären Followern auf Social Media kommentiert, «hautnah, emotional und in nachempfunderer Echtzeit», wie die ARD ihre Geschichtsumarbeitung lobt.

Das sieht dann folgendermassen aus: In einem ihrer Instagram-Einträge unter dem Serientitel «Meine Woche» berichtet die Scholl-Figur, sie habe sich beim Verteilen der Flugblätter schon ein bisschen «mulmig» gefühlt. In einer Spielszene erzählt der Hans-Scholl-Darsteller, blondgescheitelt und idealtypisch für die Hitler-Jugend (HJ), in der der echte Hans Scholl ja auch Mitglied war, ihn hätten «Typen auf der Strasse verfolgt. Wahrscheinlich, weil denen mein Gesicht nicht gefiel.»

Willkommen im Instagram-Nazireich

Hans führt auch eine neue Mitstreiterin in die geheime Flugblattwerkstatt, die Neue erklärt: «Ich finde wichtig, was ihr macht», die ARD-Sophie erwidert ohne jede Nachfrage: «Wir können jede Hilfe brauchen.» In diesem Instagram-Nazireich finden am Ende zwar die Hinrichtungen statt, ansonsten zeichnet sich das Regime dort aber dadurch aus, dass finstere Typen blonden deutschen Jugendlichen auf der Strasse nachschleichen und Figuren des Widerstands so reden, als sässen sie heute im Büro einer steuergeldfinanzierten NGO.

Den religiösen Hintergrund, der für die echte Sophie Scholl eine grosse Rolle spielte, liessen ihre Instagram-Verwerter mit sicherem Instinkt weg; er hätte ihr Zielpublikum nur irritiert. Nur diese hemmungslose Banalisierung macht es überhaupt möglich, Wieder-gänger der Nazis und Hitler in allem und jedem zu beschwören. Nur durch dieses Doppeldenk konnten Wohlgesinnte während der Corona-Zeit auf Twitter Demonstranten gegen die Corona-Massnahmen als Nazis beifern und parallel fordern, sie in Konzentrationslager zu sperren. Nur diese Geisteshaltung macht es möglich, den protestierenden Bauern «völkische» und rechtsextreme Beweggründe zu unterstellen, kurzum, sie einzubräunen, und für sie mit dem allerbesten Gewissen «ein bisschen Sippenhaft» zu fordern, wie in der *Wirtschaftswoche* geschehen. Warum nicht auch ein bisschen Schutzhaft und Lager? Ein Redakteur des *Tagesspiegels* erkannte erschüttert eine Nähe der protestierenden Bauern zum Nürnberger Reichsparteitag und liess sich

auch nicht davon bremsen, dass die Traktoren auf dem Volksfestplatz in Nürnberg parkten (auf seinem mitgetwitterten Foto ist das frühere Reichsparteitagsgelände nicht einmal zu sehen).

Wenn Traktoren in Nürnberg Angehörige dieses Milieus schon an Reichsparteitage gemahnen, wenn der Vizekanzler schon friedliche Bauernproteste zum Umsturzversuch aufbläst, dann, so die umgekehrte Wirkung, handelte es sich beim Nationalsozialismus inklusive Schoah auch nicht mehr um einen zivilisatorischen Abgrund, sondern um eine Requisitenkiste, aus der sich jeder greifen kann, was gerade zu seinen politischen Zwecken passt.

Mit dieser Wahrnehmungsspaltung stellen Politiker und sonstige Demonstranten auch ihren Massnahmenkatalog zusammen, der die drohende Diktatur im letzten Moment noch verhindern soll: Verbot der zweitgrössten und der im Osten stärksten Oppositionspartei, Aberkennung der Bürgerrechte für einen ihrer Politiker, Grosskundgebungen ausdrücklich «gegen rechts», also gegen das gesamte politische Spektrum jenseits von Ruprecht Polenz, und, wie von Familienministerin Lisa Paus angekündigt, noch mehr Geld für staatsfinanzierte «zivilgesellschaftliche Kräfte», die nach ihren Worten mit der «Polizei und Sicherheitskräften» als halboffizielle Ordnungsmacht zusammenwirken sollen. Ob eine Aberkennung des aktiven und des passiven Wahlrechts überhaupt möglich ist, das nur nebenbei, darüber streiten Verfassungsrechtler. Der einschlägige Artikel 18 zum Grundrechtsentzug lässt die Möglichkeit offen, erwähnt aber dieses Grundrecht in seiner Aufzählung nicht. Dafür ein anderes: Wer das Asylrecht dazu missbraucht, die freiheitliche Ordnung anzugreifen, dem kann es entzogen werden. Darüber entscheiden aber wie über jeden Grundrechtsentzug nicht eine Petition

und die fordernde Menge, sondern das Bundesverfassungsgericht im Einzelfall.

Die kognitive Dissonanz, die schon am Anfang der Inszenierung stand, setzt sich wie eine Welle in die Grosskundgebungen fort, die am Wochenende in Dutzenden deutschen Städten stattfanden. Einerseits behaupten die Initiatoren, hier würden die ganz grossen Bündnisse aller Demokraten geschlossen. Andererseits hiess es auf Hunderten Schildern: «gegen rechts», also gegen ein ganzes politisches Spektrum. In München hiess es auf mitgeführten Demo-Papen: «Menschenrechte statt rechter Menschen». Auf anderen: «Kein Mensch ist illegal». Auf der Leopoldstrasse skandierten Demonstranten: «Ganz München hasst die AfD» – und zwar auch diejenigen, die fröhlich Schilder mit dem Spruch «Hass ist keine Meinung» vor sich hertrugen. In Hamburg störte sich offenbar niemand an einer

Niemand mehr darf mit einer Ansicht aus der Reihe tanzen, die der AfD auch nur nahekommt.

Gruppe von Teilnehmern mit Palästinaflaggen und dem Transparent «Zionismus ist rechts» – «Zionismus» gilt in diesen Kreisen als Chiffre dafür, dass überhaupt Juden im Nahen Osten leben. Die Verantwortlichen der vorgeblichen Demokratieschutz-Kundgebungen sahen auch kein Problem darin, dass Organisationen wie Extinction Rebellion mitmarschieren, die gar keinen Hehl aus ihrer Gewaltbereitschaft machen. Auf X schrieb die Organisatorin der Münchner Demonstration, Lisa Poettinger, sie habe kein Problem damit, private Adressen von «Nazis, Klimafaschisten, Konzerneigentümer:innen» zu veröffentlichen, und teilte auch gleich mit, zu welchem Zweck: «Haus mit Farbe bemalen,



Sieben Kilometer zum Wannsee: «Landhaus Adlon».

Graffiti, cool». Nur Gewalt finde sie «schwierig». Eine direkte Ablehnung muss man darin nicht lesen. Ein Münchener Demonstrant brachte auf seinem Pappschild das Motto der Bewegung auf einen Satz: «Alles ausser rechts».

Besser könnten diejenigen, die aus der Correctiv-Kolportage einen realen Wendepunkt für das ganze Land machen wollen, ihre Gesellschaftsvorstellung gar nicht beschreiben. Alle Parteien ausser der einen dürfen sich nur noch in ihren Farben

unterscheiden, alle haben einen Block zu bilden, und in dieser Blockbildung darf bei den Themen Migration, aber auch bei allen anderen niemand mehr mit einer Ansicht aus der Reihe tanzen, die der AfD auch nur nahekommmt – etwa bei der Abschiebung von Migranten ohne Bleiberecht im grossen Stil, wie sie Scholz eben noch ankündigte. Unter diesen Bedingungen wäre selbst ein Rest letzter Rationalität in politischen Debatten nicht mehr möglich. Eigentlich gar keine politische Auseinandersetzung, weil alles und jedes sofort zum Gefühlsbekenntnis erstarrt und die Staatsspitze keine Parteien mehr kennt, sondern nur noch «Weisse Rosen» auf der einen und künftige Naziherrscher auf der anderen Seite. Vor allem muss die Regierung sich nicht mehr damit beschäftigen, wieweit sie selbst mit ihrer Politik die Bauernproteste und die Umfrageergebnisse der AfD verursacht. Denn jedwede Opposition ist neuerdings nur die Wiederholung von AfD-Narrativen.

Wie damals in der «Aktuellen Kamera»

Zur Begründung des Ausnahmezustands – und darauf läuft es hinaus – führen Politiker wie Nancy Faeser, Lars Klingbeil und viele ihrer Verstärker in den Medien an, jetzt, mit Wannsee-Potsdam, habe die AfD endgültig «ihre Maske fallengelassen». Abgesehen davon, dass es sich in Potsdam gar nicht um eine AfD-Veranstaltung handelte: welche Maske? Schon der längst aus der Partei ausgetretene Mitgründer und Wirtschaftsprofessor Bernd Lucke, der sich eigentlich nur mit dem Euro beschäftigte, war bekanntlich in der medialen Darstellung ein Rudolf Höss im Karstadt-Pulli. Das Bild Frauke Petrys, ebenfalls Ex-Führungsfigur und heute Kronzeugin für die Radikalisierung, hob der *Spiegel* vor dem Hintergrund des echten Reichsparteitagfeldes aufs Titelblatt. Aber eben deshalb, weil die Dauerentlarvung nach diesem Schema sich schon längst nicht mehr steigern lässt, beginnt jetzt der Versuch – da die Regierenden die Möglichkeit, ihre Politik zu ändern, offensichtlich von vornherein verwerfen –, den Charakter des Landes ganz real zu verändern.



«Rückführungsoffensive»: Spiegel-Cover, Oktober 2023.

UdSSR». Wie jeder in der DDR wusste, standen an dem Denkmal immer Polizisten Wache – nur in dieser Nacht nicht, als die Buchstabenmaler kamen. Sämtliche SED-Blätter und die «Aktuelle Kamera» machten daraus umgehend ein Fanal für eine bevorstehende rechtsradikale Macht ergreifung. In dem Land, in dem sonst wenig funktionierte und das an Benzinmangel litt, karrten Busse wenig später eine Viertelmillion Menschen aus allen Republikwinkeln nach Treptow, damit sie einer Ansprache des damali-

Wer alles zusammenzählt, der kann den Plan einer renovierten DDR nicht übersehen.

gen SED-PDS-Vorsitzenden Gregor Gysi lauschten. Jetzt müssten umgehend Massnahmen ergriffen werden, rief er in die Menge, «sonst brauchen wir über demokratische Entwicklung gar nicht zu reden». *Das Neue Deutschland* machte mit der Forderung auf: «Unser Land braucht jetzt eine breite Einheitsfront gegen rechts».

Für diesen Versuch der SED, mit dieser Aktion noch einmal die Meinungshoheit an sich zu reissen, war es Anfang 1990 zu spät. Die Lawine vom Herbst 1989 liess sich nicht mehr stoppen. Das, was sich ein Spektrum von Faeser bis zu Antifa und Extinction Rebellion als neue Ordnung erträumt, gleicht allerdings verblüffend dieser DDR-Spätphase nach dem Mauerfall, in dem Gysi und andere noch versuchten, einen sanften Autoritarismus zu etablieren, idealerweise später auch mit Westgeld. Es sollte keinen Erich Honecker mehr geben, aber eben Gysi und einen auf DDR-Antifaschismus verpflichteten Parteienblock unter der Führung einer etwas umgebauten SED und eine Diffamierung all derjenigen, die dabei nicht mitmachen wollten. Keine Stasi mehr, aber ein «Amt für Nationale Sicherheit», keine strikte Zensur mehr, aber ein informelles Einverständnis darüber, wer Zugang zu den grossen Bühnen erhält und wer als Hasser und Hetzer unter Beobachtung steht.

Einen ähnlichen Versuch, mit einem bis heute nicht aufgeklärten Ereignis einen politischen Umschwung zu bewirken, gab es schon einmal, nämlich im Januar 1990. Damals schmierte ein unbekannter Trupp Parolen auf den Sockel des sowjetischen Ehrenmals in Treptow im Osten Berlins, sehr gross, ausführlich und noch nicht einmal spezifisch rechtsradikal: «Nationalismus für ein Europa freier Völker» hiess es da, und: «Sprengt das letzte Völkergefä(ng)nis, sprengt die

Wer alles zusammenzählt, was derzeit geschieht und noch geschehen soll, der kann die Ähnlichkeiten – und hier sind es echte Ähnlichkeiten – mit dem Plan einer renovierten DDR nicht übersehen. Da beginnt der «Tagesthemen»-Kommentator mit einem Lob für den Chef des Inlandgeheimdienstes und endet mit einem Tadel für die Union, weil sie es in dieser Ausnahmelage immer noch wagt, die Regierung zu kritisieren. Da spricht ein WDR-Reporter die engagierte Kundgebungsrede gegen rechts gleich selbst ins Mikro. Eine grüne Rundfunkrätin lobt sich öffentlich dafür, in die Berichterstattung der «Tagesschau» eingegriffen zu haben, weil die ARD zuerst die Aufmärsche gegen rechts in ihren Nachrichten nicht ausreichend würdigte. Und der Sender parierte.

Kolonnen der Wohlgesinnten

Die neue politische Ordnung nach einem abgeschlossenen Moralputsch würde dann von einer übergrossen Koalition von Berufspolitikern bis Berufsaktivisten unter Begleitung fast aller Medien beherrscht, die einen permanenten Ausnahmezustand erklären, weil im Wochentakt Berichte über immer neue hochgefährliche Netzwerke erscheinen. Parteiverbote, Aberkennung von Grundrechten und staatlich gelenkte und mitfinanzierte Kundgebungen, gut und gern auch vor Privathäusern, wären die Instrumente gegen alle, die noch ernsthaft abweichen. Diese Machtanwendung würde sich natürlich nicht auf die AfD beschränken. Wenn sie tatsächlich verschwände, würden einfach die politisch Nächstgelegenen als Hitler-Wiedergängerverein gelten, der mindestens finanziell erdrosselt gehörte. Einige CDU-Mitglieder vermelden schon stolz ihre Teilnahme an den Gegen-rechts-Märschen, in der nicht unberechtigten Erwartung, das möge wohlwollend registriert werden.

In dieser Gesellschaft neuen Typs gäbe es – falls nicht noch echte Bürger sich gegen die Entwicklung stellen – nur noch zwei Richtungen: Zum einen führt die Kolonne der Wohlgesinnten in die bessere Transformationszukunft, mit der Begründung, das sei der einzige Weg, der NS-Vergangenheit zu entkommen, die immer ganz dicht auf den Fersen folgt. Auf der anderen Seite laufen alle, die nicht mitwollen, folglich dem Faschismus in die Arme. Das Dritte Reich beziehungsweise seine zurechtgeknetete Theaterbühnen-Steinmeier-Reden-Instagram-Version wäre dann endgültig das Mass aller politischen Dinge. Wir stehen tatsächlich an einem gesellschaftlichen Kippunkt. Nur eben in eine etwas andere Richtung, als es diejenigen glauben machen, die gerade wirklich den Hebel am alten und schon etwas schwachen Verfassungsstaat ansetzen.

Alexander Wendt ist Journalist und Buchautor in München. Dieser Text erschien zuerst bei *Tichys Einblick* und *Publico*.

Zeitalter der Sophie Scholls

Wohlfühlprotest der Selbstbeweihräucherer, die den ganzen Staatsapparat hinter sich haben.



Es ist der 21. November 2020, als eine junge Frau die Bühne einer Querdenken-Kundgebung in Kassel betritt. Sie ist zum damaligen Zeitpunkt 22 Jahre alt. «Ja hallo, ich bin Jana aus Kassel», beginnt die Blondine ihre Rede. Dann fallen die fatalen Worte, für die sie anschliessend bundesweit durch die sozialen Medien gejagt werden wird: «Ich fühle mich wie Sophie Scholl, da ich hier seit Monaten im Widerstand bin.»

Weiter kommt Jana nicht, weil sie von einem Ordner der Demonstration unterbrochen wird, der seine Weste auf die Bühne wirft. «Für so einen Schwachsinn mach' ich doch keinen Ordner mehr. Das ist Verharmlosung des Holo-

Wer derart unkritisch dem Zeitgeist hinterherhechelt, hätte sich damals nicht im Widerstand befunden.

caust!», ruft er wütend. Jana fängt daraufhin an zu weinen und muss die Bühne frühzeitig verlassen. Die Szene landet als Video im Internet. Häme und Spott ergiessen sich über die junge Frau. «Jana aus Kassel» wird zum Running Gag.

Heute, mehr als drei Jahre später, lassen sich in Deutschland wieder allerhand junge Menschen finden, die sich wie Jana aus Kassel in geistiger und aktivistischer Nähe zur NS-Widerstandskämpferin Sophie Scholl wähnen. Seit den «Enthüllungen» des Medienkollektivs Correctiv zu einem angeblichen «Geheimtreffen» von AfDlern, Unternehmern und Mitgliedern der Werteunion in Potsdam ist die

deutsche Kollektivpsychose namens «Kampf gegen rechts» reaktiviert.

«Jetzt können wir endlich herausfinden, was wir anstelle unserer Urgrosseltern getan hätten», liest man auf einigen Schildern der Demonstranten, die sich seit Tagen in ganz Deutschland zum gemeinsamen Protestieren einfinden. Auf einem anderen Schild wird man noch deutlicher: «Im Namen der Weissen Rose!!! Stoppt Nazis!!!», steht hier in grossen schwarzen Lettern.

«Demo gegen rechts» in Deutschland ist halt in allererster Linie auch immer eine Selbstvergewisserung, dass man damals auf der richtigen Seite gestanden hätte. Dahinter verborgen ist der feste Wille, den Holocaust doch noch nachträglich verhindern zu können. Ein wahrer Wohlfühl-Event für gratismutige Selbstbeweihräucherer.

Dass man hierfür selbst Holocaust-Relativierung betreibt, sieht man genauso wenig als Widerspruch an wie die Tatsache, dass man Seite an Seite mit propalästinensischen Antisemiten demonstriert. Wessen Erinnerungskultur vor allem aus einstudierter Betroffenheit und weniger aus wirklichem Bewusstsein über die Strukturen und Mechanismen von Faschismus und Nationalsozialismus besteht, der denkt eben auch, dass er etwas gegen Totalitarismus tut, wenn er anderen die Grundrechte aberkennen will.

Interessant daran ist lediglich die geradezu lächerlich offensichtliche Doppelmoral, mit der hier auch von Seiten der Medien und Politik agiert wird. Denn – o Wunder – dieses Mal wird niemand für seine obskuren Geschichtsver-

gleiche ausgelacht. Dabei steht Jana aus Kassel, wenn man das Bullshit-Bingo der geschmacklosen Vergleiche doch einmal mitspielen will, Sophie Scholl tatsächlich näher als jeder dieser «Antifaschisten», die in den letzten Tagen «gegen rechts» demonstriert haben.

Denn Jana befand sich, im Gegensatz zu den jetzigen Schmalspur-Scholls, tatsächlich im Widerspruch zum vorherrschenden Zeitgeist. Hinter Janas Protest stand nicht ein «breites Bündnis aus Medien, Politik und Zivilgesellschaft». Natürlich hatte sie keine Gefahr für Leib und Leben zu befürchten, aber sie galt mit ihrer Haltung während der Corona-Zeiten als Aussätzige.

Es ist kein Protest, wenn man für etwas demonstriert, wofür man den ganzen Staatsapparat hinter sich hat. Und schon gar nicht steht man damit in irgendeiner wie auch immer gearteten Nähe zu jemandem, der wusste, dass er für seinen Widerstand sein Leben lassen muss. Wer heute derart unkritisch dem Zeitgeist hinterherhechelt, hätte sich damals nicht auf der Seite des Widerstands befunden, sondern auf der Seite derjenigen, die brav das Ärmchen gehoben haben.

Dass sowohl Jana aus Kassel als auch die heutigen Demonstranten einen abstrusen Vergleich ziehen, liegt auf der Hand. Dass der eine dafür (zu Recht) verlacht wird und der andere nicht, zeigt indes, wie gratismutig dieser heutige «Protest» ist, für den man nicht einmal etwas zu befürchten hat, wenn man sich wie der grösste Vollidiot in unmittelbarer Nachfolge der NS-Widerstandskämpfer verortet.

Peter Gross (1931–2024) Mary Louise Weiss (1948–2024)



Sanierer und Erneuerer: Peter Gross.

Seine hohe Gestalt gebot Respekt. Sein freundliches Wesen war einnehmend, seine Intelligenz messerscharf. Der gelernte Rechtsanwalt, Sohn eines Berufsmilitärs und Artillerie-Oberst im Generalstab, besass die Gabe, auch schwierigste Probleme zu zerlegen und gangbare Lösungen auszuhandeln. Dass er nach dem Studium als Assistent eines hohen Bundesbeamten und eines amerikanisch-schweizerischen Industriellen gearbeitet hatte, kam ihm ebenso zu-statten wie seine ausgeprägte Sprachgewandtheit. Mit diesem Profil wurde Peter Gross – neben Walter Frehner vom Bankverein und Nicolas Hayek – einer der Retter der Schweizer Uhrenindustrie, nicht mehr und nicht weniger!

Als Respektsperson in der überalterten und von Staatseingriffen beschädigten Uhrenbranche galt er schon mit weniger als vierzig Jahren, nämlich als Leiter der als Selbsthilfeprojekte gedachten Quarzuhren- und Halbleiterfirmen (Centre électronique horloger, Faselec).

1970 wurde Peter Gross Generaldirektor «für Technik und Dienste» in der Schweizerischen Bankgesellschaft, der mit Abstand grössten Gläubigerin der Uhrenindustrie. Zunächst gab es aber bei der SBG ein enormes Computer-Chaos aufzuräumen. In den 1980er Jahren verloren die hochverschuldeten Konzerne SSIH und Asuag trotz guter technischer Leistungen jedes Jahr Marktanteile an Japan und USA und insgesamt Hunderte von Millionen Franken. 1981 reichte das Geld gerade noch für zwei Wochen.

Der Zeitzeuge Bruno Bohlhalter, damals selbst als Bankdirektor mittendrin, schrieb über Gross, er habe «dank seines Durchsetzungsvermögens und seiner Beharrlichkeit alle Beteiligten auf die gleiche Linie gebracht». Damit war das Fundament gelegt für die nötigen Reformen nach dem Drehbuch von Hayek, der im Auftrag der Banken arbeitete.

Frehner und Gross brachten die weltweit beachtete Sanierung zustande, die in der Fusion der beiden kranken Holdings und der Gründung der SMH gipfelte (seit 1998 Swatch Group). Die beiden unternehmerisch denkenden Bankiers waren die Regisseure des Neubeginns, der zu dem bis heute anhaltenden Welterfolg der Schweizer Horlogerie führte. Ohne sie hätte Hayek nie die Chance gehabt, vom Berater zum Unternehmer aufzusteigen.

Dank erntete Gross im eigenen Hause nicht. Präsident Robert Holzach bugsierte ihn 1987 weg, Gross wandte sich, wiederum als Sanierer und Erneuerer, dem Speditionsriesen Danzas zu. Später räumte er als Präsident des ausserordentlichen Bankrates das Chaos bei der Solothurner Kantonalbank auf. Auch hier machte er Nägel mit Köpfen, indem er den Verkauf der Kantonalbank – einen bislang undenkbbaren Vorgang! – durchsetzte. Das Volk von Solothurn vertraute ihm und stimmte dem radikalen Konzept Ende 1994 an der Urne mit eindrucklichem Mehr zu.

Karl Lüönd

Nach nur einer Minute fünfzig krachte es, und Jimmy war tot. Das war 1964, und seitdem ist Jimmy unsterblich, denn er war der «Leader of the Pack» und auch sonst die Nummer eins. Daran waren einige beteiligt. Zunächst George «Shadow» Morton, Co-Autor und Produzent des Songs, zuständig vor allem für die präzisen Einsätze des Motorradlärms und am Ende eben auch für das grausame Getöse des tödlichen Unfalls («akustisches Kino», schrieb Steven Van Zandt in seinem Nachruf).

Neben Morton sorgten Ellie Greenwich und Jeff Barry, die Genies hinter «River Deep – Mountain High», für die Schwungkraft des Hits. Doch die an sich muntere Tanznummer wurde erst durch die fünfzehnjährige Göre Mary Weiss zum stilprägenden *teenage tragedy song*. Sie und ihre ältere Schwester Betty hatten sich mit den Zwillingen Marge und Mary Ann Ganser angefreundet und sangen so herz-erweichend miteinander, dass sie sich fortan als The Shangri-Las zusammaten.

Bald schon trafen sie auf Morton, der ihnen sein Debüt als Songwriter andrehte – und tatsächlich: «Remember (Walking in the Sand)» wurde ein erster Hit. Doch es war vor allem die vorlaute Stimme von Mary Weiss, die dem Quartett die provokante Trademark verlieh. Ellie Greenwich dachte auch später noch mit «ziemlichem Respekt» über die Power-Schwestern: «They had an attitude before they made it.» Nach mehreren kleineren Comebacks und dem Flop eines Pro-Vietnam-Songs («Take the Time») gingen die Damen nach 1968 schliesslich getrennte Wege, Mary Weiss reüssierte als Innenarchitektin und nahm 2007 noch eine hörens-werte (kommerziell erfolglose) Solo-CD auf. Der Ruhm war verblasst – die Legende wird sich halten.

Thomas Würdehoff



Power-Schwester: Mary Louise Weiss.

LITERATUR UND KUNST

Herausgegeben von Daniel Weber

Die Kuh ist keine
Umweltsünderin –
im Gegenteil!
Cora Stephan,
Seite 42



Sein Weg schien klar.

Louis Soutter, *The Empty Cross*, 1939 – Ganz zuletzt gab es nur noch die Malerei, nichts anderes mehr, keine Menschen, nur noch mehr Flucht in sich selbst. Der Waadtländer Louis Soutter (1871–1942) malte jetzt mit den Händen diese verzweifelt wilden Bilder seiner nackten Seelen.

Er hatte alles verloren, alles Weltliche, schon lange, ob er sich dann fand oder nur die Erfüllung im eigenen Wahnsinn, ist nicht klar. Hermann Hesse dichtete über ihn: «Nicht korrekt, nicht schön, sondern richtig. Mal ich mit Tinte und Blut, male ich wahr. Wahrheit ist schrecklich.»

Soutter kam aus gutbürgerlichem Hause in Morges, der Vater Apotheker, die Mutter Musikerin. Der Vater ein Ignorant, die Mutter boshaft streng. Louis flüchtete nach Brüssel, wurde Violinist, ein guter, studierte nebenher Malerei in Lausanne und Paris. Sein Weg schien klar.

In Brüssel lernte er eine Frau kennen, eine Amerikanerin, heiratete sie, zog mit ihr nach Colorado Springs. Er kam von seinem Weg ab. Er landete als Kunstprofessor in einem College. Aus seinem Traum wurden zwei Alpträume: Seine Bilder blieben in ihm drin und metastasierten wie ein Geschwür. Die Ehe machte ihn zusätzlich krank. Er kehrte zurück in die Schweiz, halber ausgelöscht, fand Platz im Genfer Sinfonieorchester unter den ersten Geigern. Glücklicherweise machte ihn das auch nicht. Er versank immer mehr in sich selbst. Seine Familie entmündigte ihn und steckte ihn in ein Seniorenheim. Louis war zu einer Gefahr für das Familienvermögen geworden. Anfangs kam ihn Le Corbusier, ein Cousin, noch besuchen, aber sie zerstritten sich. Le Corbusier mochte den Faschismus, Soutter nicht.

Neunzehn Jahre verbrachte er im Heim, allein. Drei Jahre vor seinem Tod malte er dieses Kreuz ohne Jesus, die Menschen, die sich zu ihm hindrängen, die nur zu ahnen scheinen, wenn überhaupt, was ihm das Leben mit auf den Weg gab – dass es keine Erlösung gibt, vielleicht nicht mal im Tod. *Michael Bahnerth*

Lob des Rindviehs

Zwischen Klimadebatten und Bauernprotesten nimmt uns Florian Schwinn mit auf eine Reise, die unseren Blick auf Naturschutz und Biodiversität grundlegend verändern könnte.

Cora Stephan

Florian Schwinn: Die Klima-Kuh.
Von der Umweltsünderin zur Weltenretterin.
Westend. 240 S., Fr. 34.90

*Alle guten Dinge haben etwas Lässiges
und liegen wie Kühe auf der Wiese.*

Friedrich Nietzsche

Es säuft, furzt, rülpt unaufhörlich: das Rindvieh. Es jagt das Treibhausgas Methan in die Luft, es säuft kostbares Wasser, es verseucht den Boden mit seinen Verdauungsprodukten. Kurz: Klimatod, dein Name sei Kuh! Also weg mit den Viechern, meinen nicht nur Veganer. Der Ruf nach Rindermetzeln liegt regelrecht im Trend. Irlands Regierung etwa schlug im Juli 2023 in einem internen Papier vor, 200 000 Kühe zu keulen – keulen, das heisst töten ohne Verwertungsabsicht.

Die niederländische Partei für die Tiere (PvdD/Grüne) fordert in ihrem Wahlprogramm eine Verringerung des Viehbestands um 75 Prozent. «Die Viehwirtschaft ist einer der grössten Emitenten von Treibhausgasen und die Ursache für die Naturkrise. Sie führt zur Verschmutzung unseres Grundwassers, [...] zu gesundheitlichen Schäden für die Anwohner, zum Verlust von fruchtbaren Böden, zur Abholzung von Wäldern und zu einem grösseren Risiko einer weiteren Pandemie», heisst es im Parteiprogramm. Genau: Sind nicht überhaupt die Bauern schuld an Corona, wie einst Renate Künast behauptete?

Auch die niederländische Regierung hat Reduktionsziele für die Stickstoffemissionen im ganzen Land vorgeschlagen. Rund ein Drittel der Landwirte würde danach voraussichtlich die Tierhaltung aufgeben müssen.

Kein Wunder, dass nun auch die deutschen Bauern auf die Barrikaden gehen – nein, nicht nur weil sie für Traktoren samt Anhängern plötzlich Kfz-Steuer zahlen sollen, obwohl sie diese nur wenige Strassenkilometer vom Hof aufs Feld überhaupt nutzen. Sondern weil sie mit immer mehr Vorschriften kujoniert werden – von einer Regierung, die freudig Mistkübel über die verachteten Bauern ausschüttet. Aus-

gerechnet der Agrarminister ist Veganer, also kein Freund von Schwein und Rind. Was brauchen wir nationale Landwirtschaft, scheinen viele Fleischverächter zu denken, wenn wir Bio umweltfreundlich (für uns) aus dem Ausland importieren können?

Wie sähe es also bei uns aus, wenn wir keine Kühe mehr hätten? Man stelle sich die Kulturlandschaft ohne grasende Rinder vor: Fröhlich drehen sich Tausende von Windmaschinen über verkrauteten Wiesen und Krüppelwäldchen, durchzogen von Fahrradwegen, die indes niemand mehr benutzt. Denn das Szenario ist trostlos.

Weidekühe haben keine Lobby

Die Sehnsucht geht eher nach jener bukolischen Landschaft, für die insbesondere die Schweiz bekannt ist: weite grüne Matten, durchsetzt mit Bächen und Hecken, Wiesen, auf denen sie liegen und wiederkäuen, die Schwarzbunten, das Fleckvieh, die Gehörnten und die hornlosen Galloways. Das milchkaffee-farbene Braunvieh, die freundlichen Limousins. Ohne sie gäbe es diese Landschaft nicht.

Ein «landschaftliches Zuhause» nennt Florian Schwinn das in seiner Liebeserklärung an die Kuh – eine Pastorale, auch ohne Hirten. Sein Buch ist die passende Gegenerzählung zu jener Verachtung, die die Bauern etwa in Deutsch-

land derzeit auf die Strasse treibt. Mehr als zwei Drittel der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche der Erde sind Grünland, aus dem kein Acker werden kann. Und niemand sonst als die Kuh ist in der Lage, das Weidegras zu verdauen – und dabei, lautet prompt der Einspruch, Methan in die Atmosphäre zu entlassen, das weit gefährlicher sei als CO₂ (allerdings weit schneller zerfällt).

Dabei produziert nicht die Kuh Methan; das tun die Mikroorganismen, mit denen sich die Rinder im Laufe der Evolution symbiotisch eingelassen haben. Denn nur mit Hilfe der kleinsten Lebewesen ist es ihnen gelungen, die Energie der Zellulose für sich nutzbar zu machen. Menschen können sich von Gras nicht ernähren. Sie haben die Graslandschaften im Laufe der Evolution zwar genutzt. Hergestellt und erhalten haben diese allerdings die Weidetiere. Mit einem «Wunderding», dem Magen der Wiederkäuer.

Kühe können etwas Einzigartiges: Unverdauliches verdauen. Beim Weiden gestalten sie eine ganze Kulturlandschaft, indem sie Wege anlegen, durch Beweidung Artenvielfalt bewirken, Humus bilden, kurz: Landwirtschaft und Naturschutz versöhnen. Denn Weideland ist der beste Kohlenstoffspeicher, effektiver als der Wald. Der Rinderkult sei eine unserer ersten Religionen gewesen, schreibt Schwinn: «Unsere Ahnen verehrten das Tier, das ihr Überleben sicherte. Auf dem Rücken der Rinder haben sie unsere Kultur aufgebaut.»

Doch nur eine Minderheit der Landwirte lässt Rinder heute noch das ganze Jahr über auf der Weide. Dabei haben einzelne Projekte bereits überzeugend bewiesen, wie das Zusammenspiel von Kuh und Grünland Fruchtbarkeit und Artenvielfalt generiert. Florian Schwinn hat einige von ihnen besucht, etwa «Bunde Wischen» (Bunte Wiesen) bei Schleswig oder das Hofgut Lindenberg im hessischen Hügelland am Flüsschen Kinzig, den Hof Sophiental in Schleswig-Holstein. Oder die «Wilde Rinder Weide» der Stiftung Insel Hombroich. Oder die einst militärischer Nutzung überlassenen Gebiete in der Oranienbaumer Heide. Heute sind sie wieder Pioniere, die das einst Übliche tun: die Kühe auf



„Da sucht mal wieder jemand nach günstigen Preisen...“



Kühe können etwas Einzigartiges: Unverdauliches verdauen.

die Weide treiben. Denn erst mit der Industrialisierung sind die Rinder im Stall gelandet.

Da fragt man sich mit dem Autor, warum Ackerland weiterhin höher subventioniert wird als Grünland und Weide? Die Kühe haben keine Lobby. Ganz im Gegenteil. Nicht nur rülpsen und furzen sie Klimagifte in die Luft, sie verbrauchen auch, so will es eines der modernen Märchen, Unmengen an Wasser – die Produktion eines Kilos Rindfleisch koste 15 000 Liter Wasser, so tönt es in Radio und TV. Eine Legende: Demnach müsste ein Bulle bei einer Mastdauer von achtzehn Monaten jeden Tag über 11 000 Liter Wasser trinken. Ein Ding der Unmöglichkeit, ein Märchen, das mittlerweile kaum noch aus der Welt zu schaffen ist.

Die Romantiker bevorzugen im Übrigen eher den Wolf als das dicke, dumme Rind – mit der Folge, dass Weidehaltung immer schwieriger

wird, vor allem wenn man den Wolf nicht schießen darf. Und so verschwinden immer mehr Schafe von den Deichen, die das Gras kurz fressen, die Grasnarbe festtreten und damit die Deiche stabilisieren, da man sie dort vor dem Wolf

Die Bauern können alles, von Klimaschutz bis Artenschutz. Sie müssen nur davon leben können.

nicht schützen kann. Ein naturgeschütztes Tier stört also den Naturschutz, den Nutztiere auf der Weide herstellen könnten.

Herdenschutzhunde? Ja, aber nur, wenn sie nachts nicht bellen: Eine Schäferin muss absurderweise ihre Hunde nachts im Haus halten, also just dann, wenn sie dringend gebraucht werden.

Schwinn's Blick auf die pastorale Idylle mag auf manchen romantisch wirken, doch romantisierend ist eher die Vorstellung, ein von Weidetieren befreites Land sei naturnah und artenreich. Das Gegenteil ist der Fall, wie Schwinn an vielen Beispielen belegt. Seine Liebeserklärung an das Rindvieh fliegt auf in lichte Höhen, wenn es tief in die Materie geht – wenn es sich um das dreht, was nach Äsen und Verdauen entsteht: das braune «Gold der Biodiversität», der Kuhfladen.

Allein dieses Biotops wegen ist die Kuhweide ein Paradies der Artenvielfalt, denn damit hat das Rind «eine Kinderstube gepflanzt». Erst für die Dungfliegen, dann für die Dungkäfer und Regenwürmer, die den Dung in Humus verwandeln. Australien jedenfalls hat 43 Dungkäfer-Arten aus Europa importiert und damit die Anzahl der krankheitserregenden Buschfliegen verringert.

Nukleus unserer ganzen Kultur

Womöglich ist es übertrieben, wenn ein Forscher behauptet, ein 600 Kilogramm schweres Rind liefere im Laufe eines Jahres über elf Tonnen Dung auf Weideflächen, der durch 120 Kilogramm Insektenlarven genutzt wird – auch ein bisschen weniger wäre viel. Die allseits beliebten Blühstreifen neben der Mais-Monokultur helfen wenig im Vergleich mit einer ordentlichen Sammlung Kuhfladen. Womöglich hat das allseits beklagte Insektensterben weniger mit diesem oder jenem Pflanzenschutzmittel zu tun, sondern mit dem Rückgang der Weidehaltung?

Wichtiger als die Aufforstung wäre ein fließender Übergang zwischen Wald und Weide. Vieles spricht dafür, dass die natürliche Landschaft Mitteleuropas kein dichter Hochwald war, sondern eine Landschaft, die von Weidetieren gestaltet wurde. Vom Rind, dem frühen Begleiter der Menschen. So wie die Kuh der Nukleus unserer ganzen Kultur ist, weil wir unsere Zivilisation auf dem Rücken der Rinder aufgebaut haben, so kann die «Kuhwende» der Nukleus einer umfassenden Agrarwende werden, behauptet Schwinn – und nicht nur er. Besser Rinder auf der Weide als mit Windmühlen zubetonierte Wälder.

Romantische Wunschvorstellung? Ganz im Gegenteil. Es ist, wie auch der bekannte Agrar-blogger «Bauer Willi» schreibt: Die Bauern können alles, von Klimaschutz bis Artenschutz. Sie müssen nur davon leben können. Viele von denen, die jüngst auf die Strasse gingen, warten nur auf den entsprechenden Auftrag.

Erfinder des HD Läppli

Rolf Hürzeler

René Lüchinger, Birgitta Willmann:
Rasser – Kabarett Schweiz.
Christoph-Merian-Verlag. 376 S., Fr. 61.90

Nach dem Schrecken des Zweiten Weltkriegs kommt die Heiterkeit. Das Publikum ist «von seinen Lachkrämpfen erst erlöst, als nach Mitternacht der letzte Vorhang fällt – tosender Applaus». Der Kabarettist Alfred Rasser feierte im Basler Kuchlin-Theater am Silvester 1945 einen grossartigen Auftritt mit seiner neuen Bühnenfigur HD Läppli. Er mimte im Stil des braven Soldaten Schwejk den schlitzohrigen «Theophil

Das Publikum fand Rasser vor allem lustig; er verstand sich indes politisch.

Läppli us Buckte», damals der Inbegriff des Provinzlers. Nach den Grauen des Krieges durfte das Publikum endlich von Herzen über das Militär lachen.

Das Autorenpaar René Lüchinger und Birgitta Willmann erinnert in «Rasser – Kabarett Schweiz» an den Erfolg des Volksschauspielers Alfred Rasser. Sie schildern die Höhen und Tiefen dieser Drei-Generationen-Dynastie. Sie reicht von den Anfängen in den 1920ern mit Alfred Rasser über dessen Sohn Roland bis zu den Geschwistern Caroline und Claude, die das Theaterunternehmen mit dem Stamm-

haus «Fauteuil» am Spalenberg heute führen. Die Autoren haben einen aufwendigen Band gestaltet mit Abbildungen zahlreicher Dokumente und zeitgeschichtlichen Fotografien. Sie erzählen ein Stück Schweizer Kulturgeschichte und erweisen prominenten Protagonisten die Ehre, von Emil Steinberger über Franz Hohler bis zu Bänz Friedli, die allesamt am Spalenberg auftraten.

Schon zehn Jahre vor seinem grossen Kuchlin-Applaus erlebte der Stammvater Alfred Rasser Publikumserfolge, etwa mit seinem überkandidelten «Professor Cekadete» im Zürcher Cabaret Cornichon. In der Paradenummer erfasst der «Profässer» die dreissigjährige Tätigkeit eines «Kaiglers», eines Keglers, statistisch: «Wenn man seine Durchschnittsleistung auf 5,12 umgeworfene Kaigel pro Schuss feststellt, so ergibt sich die Summe eines Riesenkaigels in der Höhe der beiden Grossmünstertürme.»

Neigung zur Egozentrik

Alfred Rasser war in der damaligen Bühnenvelt kein Überflieger. Zu Beginn seiner Laufbahn erlebte er zahlreiche Rückschläge. Auch neigte er zur Egozentrik, legte sich gern mit vielen an und konnte schlecht mit Geld umgehen. Dazu kam ein grundlegendes Missverständnis zwischen Rasser und seinem Publikum: Dieses fand ihn vor allem lustig; er verstand sich indes politisch. Genau so sahen ihn auch die Behörden, die ihn im Kalten Krieg ins Visier nahmen. Rasser reiste in die Volksrepublik China, trat am Parteitag der schweizerischen kommunistischen Partei, der Partei der Arbeit (PdA), auf und besuchte regelmässig Prag hinter dem Eisernen Vorhang. Letzteres allerdings nicht aus politischen Gründen, sondern um mit

den Rechteinhabern des «Schwejk» über eine «Läppli»-Verfilmung zu verhandeln.

Einerlei, Rasser geriet in Teufels Küche, auch in den Pressekommentaren. So schrieb der damalige *Freie Rätler*: «Man weiss nun, aus welcher Gesinnung und Einstellung heraus Rasser seinen uniformierten Trottel kreiert hat.» All das beeindruckte den Kabarettisten nicht. So liess er sich in den 1960ern auf der Liste des Landesrings der Unabhängigen in den Nationalrat wählen, überwarf sich schnell mit seiner Fraktion und stimmte gern mit der PdA.

Später kamen das «Fauteuil» und dessen jüngere Schwester, das «Tabourettl», unter der Leitung von Roland Rasser politisch in ruhigere Fahrwasser – selbst wenn sich ihre Bühne als gesellschaftskritisch versteht, was die kommende Vorfasnachts-Show, das «Pfyfferli», auch 2024 wieder einlösen wird. Doch die Zeiten haben sich geändert, was einst provozierte, ist heute verbreitete politische Anschauung – und interessiert längst keinen Staatsschützer mehr.

Kafkaesker Albtraum, made in Germany

Milosz Matuschek

Michael Ballweg, Mathias Bröckers,
Ralf Ludwig: Richtigstellung!
Es war noch nie falsch, quer zu denken!
Tiger Press. 196 S., Fr. 36.90

Was passiert eigentlich, wenn man «im besten Deutschland aller Zeiten» eine Protestbewegung startet, mit Demonstrationen gegen Grundrechtseinschränkungen, Covid-Massnahmen und staatliche Repression? Nun ja, es beginnt ein kafkaesker Albtraum.

In einem Gespräch mit Mathias Bröckers lassen Michael Ballweg, Gründer von «Querdenken», und sein Anwalt Ralf Ludwig die letzten Jahre Revue passieren. Es ist vor allem die Erfolgs- und Leidensgeschichte von Michael

Von den Sit-ins der sechziger Jahre kopierte man die ostentative Gewaltfreiheit.

Ballweg, einem Stuttgarter Software-Unternehmer, die hier erzählt wird. Einst erarbeitete er erfolgreich IT-Lösungen für grosse Firmen, irgendwann merkte er, dass bei Corona etwas nicht stimmte. Ein grosser Protestler und notorischer Demogänger war er nie. Die erste Demo, die er anmeldete und auf der er eine Rede hielt, war zugleich die erste seines Lebens. Die Forderungen: unverfänglich. Einfach ein Hoch auf das Grundgesetz. Das wird man ja wohl noch dürfen. Oder?



Schlitzohrig: Kabarettist Rasser als HD Läppli.



«Für den Tanz auf dem Vulkan eignet sich der Dreivierteltakt nicht besonders gut.»
Kurt Steinmann

Mit dem Unmut der Bevölkerung über Corona wuchs die Bewegung rasant, Ballweg wurde zum Staatsfeind Nummer eins, auch weil er Kontaktschuld immer ablehnte. Der Begriff Querdenker wurde vom Kompliment zur Beleidigung, Ballwegs «Karriere» folgte dem Begriff parallel. Im Sommer 2020 füllte seine Bewegung die Strassen in den grossen Städten der Republik. Die grössten Demonstrationen aller Zeiten fanden in Berlin statt – sogar Robert F. Kennedy junior sprach dort –, Erinnerungen an die erste Love-Parade wurden wach. Die Botschaft: Gewaltfreiheit, Grundrechte, Demokratie. Die Bewegung: dezentral, von unten nach oben – einfach Querdenken plus Postleitzahl. Von den Sit-ins der sechziger Jahre kopierte man die ostentative Gewaltfreiheit. Elektrischer Widerstand bemisst sich in Ohm, dieser Widerstand bemass sich im meditativen Om.

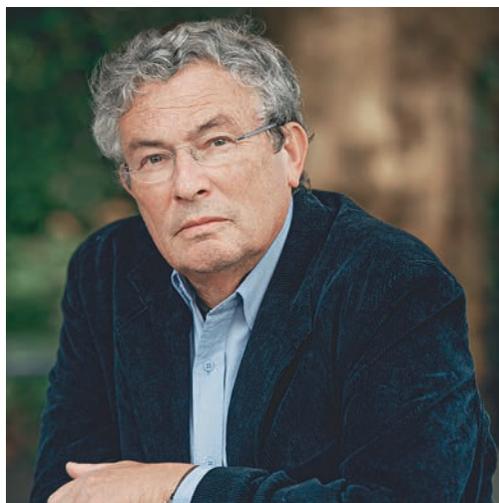
Herzblut und Geld

Für das System und sein Corona-Narrativ war das gefährlich, denn die Bewegung war zuerst kaum angreifbar. Doch die Zersetzungsmethoden liessen nicht lange auf sich warten: Spiessrutenlauf bei der Anmeldung von Demonstrationen und seltsame Auflagen. Prozesse und Verfassungsklagen konnten den Weg nur teilweise ebnen. Ballweg ging aufs Ganze, gab sein Herzblut hin und steckte viel eigenes Geld in die Bewegung, rieb sich auf. Protestzüge wurden von der Polizei in Sackgassen gelockt, mit dem selbstfabrizierten Stau wollte man diese «wegen fehlender Abstände» auflösen. Dann noch der inszenierte Reichstagssturm, der den Querdenkern in die Schuhe geschoben werden sollte. Aus friedvollen Bürgern sollten gefährliche Aufrührer gemacht werden.

Ballweg zog sich nach dem heissen Herbst 2020 eher zurück, das Nachspiel traf ihn aus heiterem Himmel: Verhaftung und Wohnungsdurchsuchung wegen des Verdachts auf Untreue von Spendengeldern. Was dann passierte, hätte Franz Kafka wohl nicht besser beschreiben können: neun Monate U-Haft, Vermögensbeschlagnahmung, eine Litanei an Unregelmässigkeiten und Demütigungen, klare Verstösse gegen rechtsstaatliche Prinzipien. Bei einer richterlichen Anhörung konnte er nicht einmal richtig in der Akte blättern – er war mit einer Hand an den Tisch gekettet. Selbst der Uno-Sonderberichterstatter über Folter, Nils Melzer, wurde auf den Plan gerufen. Dass das Ganze ein brutales Possenspiel einer politischen Justiz war, zeigte sich, als das Gericht am Ende die Eröffnung des Hauptverfahrens ablehnte – so dürftig war die Anklage.

Politische Justiz ist ein hässlicher Zentaur, es darf sie eigentlich in einer Demokratie nicht geben. Doch wo Staatsanwaltschaften weisungsgebunden sind, werden sie eben zwangsläufig instrumentalisiert. Was mit Diffamierung und medialer Ausgrenzung beginnt, endet irgendwann in den Fängen einer Maschinerie, die sich einem «Feindstrafrecht» eher verpflichtet fühlt als den Grundsätzen des Rechtsstaats. Am Ende zählt für einen übergriffigen Staat stets eines: Überschütte deine Kritiker mit Schwierigkeiten, halte sie beschäftigt und die Solidarität mit ihnen klein, so verschaffst du dir Luft.

«Richtigstellung!» ist ein faszinierender Einblick ins Innere der wichtigsten deutschen Protestbewegung der jüngsten Zeit. Ein Gespräch wacher Zeitgenossen, das sich liest wie eine Mischung aus Biografie, politischem Krimi und Mängelbericht der deutschen Justiz. Ein etwas weniger eiliges Lektorat hätte dem Buch allerdings gutgetan.



Erfindungsreich: Autor Lewinsky.

Wenn Musen versagen

Kurt Steinmann

Charles Lewinsky: Rauch und Schall. Diogenes. 304 S., Fr. 33.90

«Goethe hatte Hämorrhoiden.» So lautet der erste Satz des Romans. Der erste Satz ist der schwierigste. Er bestimmt den Ton, den Rhythmus, den Inhalt des Folgenden. Man denke an Kafkas «Der Prozess», an Büchners «Lenz» oder an Gontscharows «Oblomow». In «Rauch und Schall» erklärt Goethe selber, «wie wichtig die ersten Worte für ein Buch waren: ein Signal für den Leser, [...] eine Fanfare.»

Ein Goethe-Bewunderer könnte möglicherweise nach diesem fulminanten Auftakt das Buch gleich zur Seite legen und sich der Schlagzeile im *Spiegel* anschliessen: «Ein Buch

für Oberlehrer und Goethe-Hasser». Die Goethe-Hasser wurden schon ausreichend bedient durch Tilman Jens' Schmähchrift «Goethe und seine Opfer» von 1999. Lenz, Kleist, Hölderlin stehen auf seiner Opferliste. Charles Lewinsky aber geht es keinesfalls darum, den Geheimrat

Der Roman enthält in nuce eine Abhandlung über das Geheimnis der Inspiration.

vom Piedestal seiner Glorie zu stürzen, sondern mittels einer spassreichen Versuchsanordnung der Zierde Weimars eine – nicht bezeugte – Schreibhemmung anzudichten und den «Hoflieferanten für Geistiges» einem reichlich verschlungenen Therapieprozess zu unterziehen.

Perfektion und Selbstüberforderung

Goethe kommt nach einer endlosen Kutschenfahrt von seiner anstrengenden Schweizreise nach Weimar zurück, ohne die erhoffte Inspiration für neue Werke gewonnen zu haben. Zu Hause warten auf ihn Christiane, seine Lebenspartnerin, sein kleiner Sohn August und – von Goethe gehasst – Christian August Vulpius, Christianes Bruder, Bibliotheksangestellter. Den Moment, da sich der Heimgekehrte seiner Schreibimpotenz bewusst wird, beschreibt Lewinsky in einer eine ganze Seite umfassenden, rhetorisch brillanten, eines Cicero würdigen Satzperiode, um gleichsam zu zeigen, wozu der von den Quellen der Inspiration abgeschnittene eigentlich fähig wäre, wenn ihm die Musen nicht auf einmal jede Unterstützung verweigerten. Erlösen von seinem poetischen Eunuchentum wird ihn Christian August, in Goethes Augen ein talentfreier Vielschreiber. Dieser rät Goethe, irgendetwas zu schreiben, ohne Anspruch auf Qualität. Perfektionswahn und Selbstüberforderung hätten zur *impotentia scriptoria* geführt. Goethe befolgt den Rat, am Schluss ist, nach wilden Wirren, Goethes Schaffenskraft wiederhergestellt.

Lewinskys neuer Roman ist ein Meisterwerk hinsichtlich des Erfindungsreichtums, der Stimmigkeit des historischen Kolorits, der Zusammenführung der Erzählstränge, der exquisiten Formulierungskunst und der homerischen Fülle der Vergleiche. Mir hat «Rauch und Schall» ein beglückendes Leseerlebnis beschert. Spannung auf den Fortgang wie auf den Ausgang fesselte mich. «Scherz, Ironie und tiefere Bedeutung» könnte man auch von Lewinskys Roman sagen, wobei sich mehr «tiefere Bedeutung» hinter den Eulenspiegelereien und den handfesten Spässen tarnt, als der flüchtige Leser ahnen mag. Der Roman enthält in nuce eine Abhandlung über das Geheimnis der Inspiration und des schöpferischen Schaffens sowie über das Verhältnis von Qualität und Verkaufserfolg von Literatur.

Denken und Handeln

Sylvie-Sophie Schindler

Thomas Meyer: Hannah Arendt. Die Biografie.
Piper. 528 S., Fr. 39.90

Eine nächste Apokalypse gefällig? Könnte ja sein, dass man mit den gegenwärtigen Bedrohungsszenarien nicht ausgelastet ist. Sich mehr bei den Sterbenden zu wähen als bei den Lebenden, ist heute gross in Mode und muss bedient werden. Mit Hannah Arendt (1906–1975) wäre das nicht zu machen gewesen. In ihrer Philosophie ging es nicht darum, dem Ende zuzustreben, sondern den Neubeginn in den Blick zu nehmen. Und dieser beginnt mit jeder Ge-

In Paris engagierte sich Arendt um die sechs Jahre lang für die Rettung junger jüdischer Menschen.

burt – Arendt prägte dafür den Begriff «Natalität». Jeder, der auf die Welt kommt, kann die Initiative ergreifen, um etwas entstehen zu lassen, was vorher noch nicht da gewesen ist.

Man darf also für die Welt hoffen. Auch, weil jemand wie Hannah Arendt möglich gewesen ist. Im Westen gibt es kaum eine Denkerin, die mehr begeistert; ihre Zitate sind auch in den sozialen Netzwerken sehr beliebt, wenn gleich mitunter aus dem Zusammenhang gerissen und dadurch verfälscht. Sie ist ebenso aktuell wie nahbar: Fast schon scheint sie, da sie als Mensch unmittelbar den Menschen anspricht, wie eine enge Vertraute. Dass es allerdings noch ausreichend Unerzähltes über Arendt mitzuteilen gibt, zeigt Thomas Meyer mit seiner Biografie über die eigenwillige Intellektuelle, die nicht als Philosophin, sondern als politische Theoretikerin verstanden werden wollte.

Vertiefte Sicht

Auf über 500 Seiten breitet der Münchner Philosoph seine Recherchen aus, die wesentlich auf Archivfunden und vernachlässigten Dokumenten beruhen. Damit bekommt die Biografie Arendts erstmals einen durch und durch archivarischen Klang. Zeitzeugenberichte und die üblichen Anekdoten wird man vergeblich suchen, zugleich weitet und vertieft das Unveröffentlichte die Sicht auf Arendt. So gibt ein Fund im Jerusalemer Archiv von etwa 300 bisher unbekanntem Dokumenten einen erhellenden Einblick in die Jahre unmittelbar nach Arendts Emigration im August 1933 – sie war 26 Jahre alt, als sie für einige Tage verhaftet wurde und dann illegal aus Deutschland floh.



Aktuell und nahbar: Philosophin Arendt.

Sie, selbst Jüdin, hatte den Reichstagsbrand erlebt und die Jagd auf unzählige Juden, die unter anderem in Gestapo-Keller und Konzentrationslager verschleppt wurden. Das hat sie politisiert; seitdem hat sie sich verantwortlich gefühlt. In Paris angekommen, unterbrach sie ihre wissenschaftlichen Arbeiten – sie hatte bei Martin Heidegger und Edmund Husserl studiert und 1928 bei Karl Jaspers promoviert – und engagierte sich um die sechs Jahre lang für die Rettung junger jüdischer Menschen. Über die Organisation Jugend-Alijah wurden Jugendliche aus dem Deutschen Reich, mitunter auch osteuropäischer Herkunft, nach Palästina in Sicherheit gebracht.

Diese sonst nur wenig beleuchtete, aktivistische Seite Arendts bekommt durch Meyer ein Gewicht, das einen entscheidend anderen Verständniszugang zu ihrem Leben und Werk gibt. «Mit dem 1933 einsetzenden Traditions- und Zivilisationsbruch flüchtete sie aus dem Denken ins Handeln», schreibt Meyer und verweist darauf, dass die denkende Arendt immer auch mit der handelnden Arendt zusammengeht. Wie sie selbst schreibt, müsse man «zweimal den vollen Kreis durchlaufen», zuerst würde man aus dem Denken in das Handeln flüch-

ten, dann wieder treibe das Gehandelthaben zurück ins Denken. An anderer Stelle führte sie dazu aus: «Ich glaube nicht, dass es irgendeinen Denkvorgang gibt, der ohne persönliche Erfahrung möglich ist. Alles Denken ist Nachdenken, der Sache nach-denken.»

Meyer gelingt nicht nur, die Perspektive auf Arendt vollständiger zu machen, indem er neben den Pariser Jahren auch ihre Kindheit, Jugend und soziale Herkunft umfassender als üblich betrachtet, auch scheut er sich nicht, sich mit den Widersprüchlichkeiten in ihrem Denken auseinanderzusetzen und sie dadurch mitmenschlich besonders erfahrbar zu machen.

Bedauerlich ist allerdings, dass der Autor kaum herausfindet aus einer Behäbigkeit, die sich auch auf die Sprache niederschlägt. So wichtig das Buch auch ist, insbesondere für Arendt-Kenner, so muss man eine gewisse Beschwerlichkeit auf sich nehmen, da es sich auf weiten Strecken so liest, als hätte sich der Staub der Archive darauf gelegt. Vielleicht würde das gar nicht so auffallen, wäre nicht Hannah Arendt Gegenstand der Betrachtungen; sie wird immer das Gegenteil dessen bleiben, was unbelebt erscheint.



Was bleibt, wenn man geht?

Gerhild Heyder

Bernhard Schlink: Das späte Leben.
Diogenes. 240 S., Fr. 36.90

Ein Mann bekommt die Diagnose Bauchspeicheldrüsenkrebs, er hat noch wenige Wochen zu leben. Martin, 76 Jahre alt, hat erst spät eine Familie gegründet und möchte seinem kleinen Sohn etwas Bleibendes hinterlassen, also beginnt er nach dem ersten Schock und dem vorsichtigen Gespräch mit Frau und Kind, einen Brief an den sechsjährigen David zu verfassen, der den Jungen in späteren Jahren an seinen Vater erinnern soll.

Vermeintlich sachlich geht der frühere Professor für Rechtsgeschichte mit seiner Krankheit und der Unausweichlichkeit des bevorstehenden Todes um, er überlegt, was noch gemeinsam mit der Familie unternommen werden kann, solange die Erschöpfungszustände und die Schmerzen dies zulassen. Mit anderen vorsorglichen Massnahmen muss er sich nicht beschäftigen. Geldsorgen haben sie nicht, seine

dreissig Jahre jüngere, höchst lebendige und temperamentvolle Frau Ulla ist Malerin und Galeristin, es gibt Haus und Garten.

Der Brief an den Sohn zieht sich durch das Buch und behandelt Fragen der Religion, der Liebe, der Arbeit, der Gerechtigkeit; die philosophischen Reflexionen führen aber nicht zu bahnbrechenden Erkenntnissen: Das Leben ist nicht gerecht, und Gerechtigkeit ist kompliziert. Als Ulla den Brief findet, ist sie entrüstet, obwohl sie ihn angeregt hatte – sie meint, dass Martin seinem Sohn seine eigenen Überzeugungen oktroyieren will: «David muss dich loslassen, er muss sich finden – und mich.»

Irgendwann entdeckt der Moribunde, dass seine Frau eine Affäre hat, wohl schon länger, und ihm wird schmerzlich bewusst, dass das Leben seiner kleinen Familie auch ohne ihn weitergehen wird. Auch damit setzt er sich sachlich auseinander, behält seine Erkenntnis vorerst für sich und lässt sich von gelegentlich auftretenden seelischen Erschütterungen nicht die Kontrolle aus der Hand nehmen. Nur in den Gesprächen mit dem Sohn brechen manchmal die durchaus vorhandenen Gefühle durch.

Bitternis des endgültigen Abschieds

Das mag ein wenig hölzern klingen. Dem ist aber nicht so, obwohl Schlink – selbst ein emeritierter Professor für Verfassungsrecht – ja in all seinen Romanen einen eher nüchternen Stil pflegt. Dem fast achtzigjährigen Autor gelingt es mit seinem Protagonisten, uns Lesern gerade durch die zurückhaltende Sprache das nun einmal jeden angehende existenzielle Thema vor Augen zu führen. Noch im Sprechzimmer beantwortet Martin die Therapievorschlüsse des Arztes kühl mit dem Satz, er lehne jegliche Behandlung ab und wolle die ihm verbleibende Zeit mit schmerzbegleitenden Mitteln möglichst normal verleben. Dazu gehört Mut.

Natürlich wird auch dieser so beherrschte Mann von Selbstzweifeln und Trauer heimgesucht. Natürlich möchte er miterleben, wie sein Sohn aufwächst. Natürlich weiss er, dass er den Jungen nicht loslassen kann und ihn mit dem Brief über den Tod hinaus an sich binden will. Natürlich würde er vielleicht auch um seine Frau kämpfen wollen, die sich trotz der Affäre um ihn kümmert und sorgt. Das wird ihm nicht vergönnt sein.

Die Familie fährt noch einmal an die Ostsee, bevor Martin einen Platz im Hospiz annimmt. Und nun würde man doch gerne erfahren, wie der Todkranke das Ende seines Lebens erlebt, welche Gedanken ihn noch bewegen und am Leben festhalten lassen, oder ob er seinen Frieden mit dem Schicksal machen kann. Man kann es nur hoffen und vielleicht errahnen nach dem Vorangegangenen, erzählt wird es uns leider nicht – der Text endet ziemlich abrupt, als wolle der Autor uns (und sich) die Bitternis des endgültigen Abschieds ersparen.



Fernsehen Schulterschluss gegen die AfD Sylvie-Sophie Schindler

Wir waren in der AfD – Aussteiger berichten: Dokumentation. ARD. 18. Januar

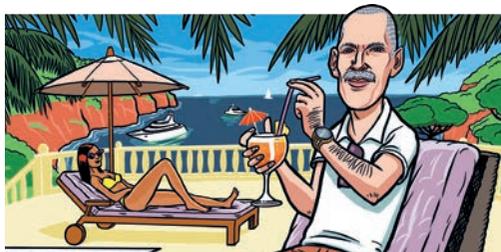
Der Sendetermin war für den 24. Februar angesetzt, aber die ARD zog die Ausstrahlung auf den 18. Januar vor. Und begründete das mit der «aktuellen Debatte über ein mögliches Parteiverbotsverfahren sowie die Befassung im Bundestag zum Thema <Wehrhafte Demokratie in einem vielfältigen Land – Klare Kante gegen Demokratiefeinde und Vertreibungspläne>». Die Rede ist von der neunzigminütigen Dokumentation «Wir waren in der AfD – Aussteiger berichten».

Zu Wort kommen darin sechs einstige Mitglieder der Partei, darunter der ehemalige Bundessprecher Jörg Meuthen. Sie berichten, unterlegt von penetrant tragischer Musik, von ihren grossen Hoffnungen, die sie in die AfD setzten, und von der Hölle, in der sie landeten. Die Intention ist klar: Man will die sich aktuell entladende Aggression «gegen rechts» weiter befeuern. Im konsequenten Schulterschluss von Regierung und Medien gegen die AfD stehen die öffentlich-rechtlichen Sender wie immer stramm.

Die Berichte der Aussteiger sind verstörend. Und bestätigen, dass die Partei Mitglieder hat, die den mitmenschlichen Kompass völlig verloren haben und enthemmt Rassismus propagieren. Das zu thematisieren, ist notwendig. Es in eine adäquate Relation zu setzen, auch. Anders gesagt: Alle Grünen sind nicht automatisch Pädophilen-Freunde, weil Parteikollegen einst Sex mit Kindern legalisieren wollten.

Der geschundenen Ampel freilich ist jedes Propagandamaterial gegen die AfD recht. Blind dafür, dass Oppositions-Allergie und Demokratie nicht zusammengehen. Und blind für die eigene Selbstherrlichkeit, mit der man im Glashaus sitzt.

LEBEN HEUTE



WUNDERBARE WELT

Meine Witwe

Mark van Huissingling

«Worin sind Amerikaner besser als Europäer?», habe ich mal Tommy Hilfiger gefragt. «Im Kommerziellen», antwortete der ehemalige amerikanische Modeunternehmer (er kann das beurteilen, er arbeitete in der Firma, die seinen Namen trägt, mit europäischen Kaderleuten zusammen). Und zwar nicht bloss im geschäftlichen, sondern auch im privaten Leben respektive sogar darüber hinaus, habe ich jetzt dazugelernt.

Auf meinen *courtesy call*, meine Anstandsnachricht zum neuen Jahr an eine (mir nicht besonders nahestehende) Bekannte, eine Amerikanerin, erhielt ich die traurige Rückmeldung, sie mache eine schwere Zeit durch – ihr Mann sei vor wenigen Monaten nach kurzer, schwerer Krankheit überraschend verstorben. Die elektronische Textbotschaft

Dennoch schienen mir, ehrlich, ein Todesfall und ein Crowdfunding schwer vereinbar auf den ersten Blick.

war mit einem Link versehen, der zum Nachruf führt. Dieser befindet sich auf der Webseite eines Unternehmens, dessen Geschäftsmodell die Vermittlung von Spendengeldern ist. Es gibt dort auch ein Bild der Trauerfamilie, und im Text wird über deren finanzielle Lage berichtet. In einer Spalte ist zu sehen, welcher Anteil des Spendenziels der Hinterbliebenen bereits erreicht wurde beziehungsweise welcher Gönner wie viel gegeben hat.

Und Ihr Kolumnist als Europäer, oder zumindest Schweizer, fragt: «Darf man das?»

Damit wir uns richtig verstehen, natürlich brauchen hinterbliebene Familienmitglieder in vielen Fällen dringend Geld von Dritten, nachdem ihr *breadwinner* verstorben ist, besonders zur Unzeit, in mittljungen Jahren also. Unter anderem darum, weil die Leistungen der *social security*, der staatlichen Vorsorgeeinrichtungen in Amerika, eher für *insecurity*, Unsicherheit, sorgen – damit kann man höchstens überleben, aber nicht leben. Jeder Beitrag helfe, die finanzielle Last, verursacht durch Arzt- und Spitalrechnungen, Bestattungskosten sowie Aufwände für die Ausbildung der Kinder, zu verringern, und ver helfe somit zu ein wenig Stabilität, schreibt die Witwe.

Dennoch schienen mir, ehrlich, ein Todesfall und ein Crowdfunding schwer vereinbar auf den ersten Blick; *Buddy can you spare a dime* folgte für mich irgendwie zu unmittelbar auf «Schweren Herzens teilen wir mit, ...» Was aber mehr mit der Form als dem Inhalt zu tun hat, denke ich. Wie geschrieben, der Geldbedarf ist nachvollziehbar, mehr als das, ist klar. Doch der Hilfe- beziehungsweise Aufruf über eine Internetplattform, dargereicht zeitgleich mit der Nachricht, hat mich erstmal überfahren. Ich verband diese Art des Spendensammelns die längste Zeit mit Amateursportvereinen, deren Fuss-, Hand- oder Was-auch-immer-Ballspieler neue Trikots benötigen, beziehungsweise mit Tier-Wohltätigkeitsorganisationen (für ein Eulenzufluchtsheim vielleicht).

Weshalb ich das Webportal besuchte und bald herausfand, dass es (fast schon) üblich ist, für Menschen zu sammeln, die Verluste erlitten haben, nicht nur in Amerika, sondern auch in Deutschland – «Mama ist gestorben: Hilfe für Chris, Nala und Lia» (119 415 Euro vom Spendenziel 100 000 eingeworben) – oder der Schweiz: «Unterstützung für die Familie von Frieder (an Hautkrebs gestorben, in Böningen, 11 940 Franken vom Spendenziel 15 000 eingeworben). Der feine Unterschied: In Deutschland beziehungsweise der Schweiz, so sieht's aus, sammelt man nicht für sich selbst, sondern ein Freund oder eine Freundin übernimmt diese Aufgabe. Weiter gibt's in Europa mehr anonyme Spender, in Amerika machen *high* sowie *low spenders* ihre Namen öffentlich.

Zurück zum Anfang. «Worin sind Amerikaner besser?», habe ich gefragt. «Im Kommer-

ziellen», antwortete Tommy Hilfiger. Was für Europäer inklusive Schweizer oft einen unangenehmen Beigeschmack hat – weil Kommerz eben Kommerz ist –, in Amerika aber als Kompliment verstanden werden darf. Meine amerikanische Bekannte hat sich an diese Stärke erinnert, als es am nötigsten war. «Wir strecken unsere Hände aus und bitten Euch um Unterstützung», schrieb sie in aller Offenheit. Und hat bisher gut 30 Prozent ihres Spendenziels eingeworben, wie man sagt. Das Geld, das sie so sammelt, verbessert ihre Lage und die der Kinder, vielleicht entscheidend – dafür lohnt es sich, den Inhalt über die Form zu stellen.



UNTEN DURCH Mit einer Torte über die Grenze Linus Reichlin

Mein Freund Bruno ist ein begeisterter Pistolenschütze. Immer am Mittwochabend legt er sein Pistolenköfferchen in den Kofferraum und fährt zum Indoor-Schiessplatz in Spreitenbach. Bis zu diesem Punkt ist alles noch völlig legal. Es ist ebenfalls legal, dass Bruno nach dem Schiessen mit der Pistole wieder zurück in seine Wohnung fährt. Genau genommen ist es auch nicht verboten, dass Bruno beim Nachhausekommen das Pistolenköfferchen im Auto vergisst. Letzte Woche ist das geschehen, und am nächsten Tag fuhr Bruno dann nach München, um seinen Bruder zu besuchen. Er überquerte also mit seiner Pistole und fünfzig Schuss Munition im Kofferraum die Grenze zu Deutschland.

Als ein deutscher Grenzbeamter seinen Pass sehen wollte, war Bruno so tiefenentspannt, wie es Leute eben sind, wenn sie vergessen haben, dass sie bewaffnet über eine Grenze

fahren. Doch als Bruno in München sein Reisegepäck aus dem Kofferraum holte und dabei den Pistolenkoffer entdeckte, erstarrte er zu einer Säule des Schreckens. Er verfluchte Alois Alzheimer, der im Jahr 1906 die gleichnamige Krankheit erfunden hatte. Wie sollte Bruno nun je wieder in die Schweiz zurückkehren? Musste er nun für immer in Deutschland bleiben wie sein Bruder, der mit einer deutschen Frau seit fünfzehn Jahren unglücklich war? Beim Eisbein-Essen mit seinem Bruder sagte Bruno nur «Hm, soso» oder «Ach, jaja» – er konnte sich auf die Klagen des Bruders über die Heimtücke seiner Ehefrau nicht konzentrieren. Er überlegte sich, die Pistole hier in München in die Isar zu werfen. Aber wäre das nicht Geldverschwendung gewesen? Die Waffe war ja 1200 Franken wert. Sollte er nicht lieber die Identifikationsnummer wegfeilen und die Waffe dann einem der Obdachlosen im Englischen Garten schenken? «Dann hätte das Ganze einen karitativen Aspekt», dachte Bruno.

Später gesellte sich dann auch die Frau des Bruders zum Eisbein-Essen. Während sie Bruno erzählte, dass sein Bruder ein narzisstischer Impotenter sei, überlegte sich Bruno, ob es nicht besser sei, einem Obdachlosen hundert Franken anzubieten, damit er die Pistole über die grüne Grenze in die Schweiz schmuggle. «Dann würde ich 1100 Franken sparen», dachte Bruno. In der Nacht lag er mit dem schweren Eisbein im Magen im unbequemen Gästebett des Bruders, und plötzlich kam ihm die rettende Idee: eine Torte! Die Pistole einfach in einer Schwarzwälder Kirschtorte verstecken! Am nächsten Tag kaufte Bruno im Tortenparadies München eine fette Schwarzwälder Torte, die er dann auf dem Rücksitz seines Autos vorsichtig in zwei Hälften schnitt, damit er die Pistole im Herzen der Torte platzieren konnte. Die Torte wurde zwar durch die Pistole oben

Er war sehr nervös und stellte das Radio ein – Radiostimmen beruhigen ihn immer.

ein bisschen ausgebeult, aber das hätte ja auch die Gärung sein können – wer nahm das bei einer Torte schon so genau! So fuhr Bruno los. Er war sehr nervös und stellte das Radio ein – Radiostimmen beruhigen ihn immer. Kurz vor der Schweizer Grenze sagte eine dieser

beruhigenden Radiostimmen, immer mehr Drogenschmuggler würden Crystal Meth in Torten verstecken, doch darauf würden die Zöllner schon lange nicht mehr hereinfallen. Grenzgänger, die Torten dabei hätten, würden besonders scharf kontrolliert. Die Beamten, sagte die Radiostimme, würden Sondierstäbchen in die Torte stecken oder sie röntgen. Bruno brach zuerst der kalte Schweiß aus. Plötzlich aber packte ihn die blanke Wut. Er fluchte am Steuer laut über den Staat, der die Bürger bis in die Torten hinein überwacht und bevormundet! Alles wird heutzutage kontrolliert, es ist wie in China! In jedes kleines bisschen Privatleben steckt der Staat seine Sondierstäbchen rein! «Ich habe fünfzig Franken für den Waffenschein bezahlt», brüllte Bruno am Grenzübergang den Schweizer Zollbeamten an, «dafür werde ich wohl noch eine Torte über die Grenze nehmen dürfen!»



SEX Schöne Empfindungen Dania Schifftan

Liebe Dania, meine Frau mag meine Oralsex-Avancen leider nicht. Liegt das an mir oder gibt es Frauen, die einfach nicht darauf stehen?
P. M., Bonstetten

Diese Frage kann Ihnen nur Ihre Frau beantworten. Ich kann es jedenfalls nicht, weil ich ihre Gründe nicht kenne. Es kann viele Gründe geben, warum sie es nicht möchte. Mag sie das Gefühl an ihrer Vulva nicht? Macht sie sich Sorgen, dass sie unangenehm riechen könnte, und das ist ihr peinlich? Oder denkt sie vielleicht, dass Sie den Oralsex nicht mögen und es nur ihr zuliebe machen? Oralsex ist eine sehr intime Angelegenheit. Die Gerüche, die von unse-

ren Genitalien ausgehen, sind uns fremd. Viele von uns haben als Kinder gelernt, dass es «da unten» irgendwie schmutzig ist. Dass wir uns dort ordentlich waschen sollen und besser unsere Finger da wegnehmen. Beim Oralsex nimmt ein anderer Mensch mit seinem Gesicht, seinen Lip-

Das ist für viele Menschen mit Überwindung verbunden, egal, ob sie nehmend oder gebend sind.

pen und der Zunge Kontakt zu diesem «schmutzigen» Bereich unseres Körpers auf. Das ist für viele Menschen mit Überwindung verbunden, und zwar egal, ob sie nehmend oder gebend sind. Also egal, ob sie einen anderen Menschen oral befriedigen oder selbst verwöhnt werden.

Sprechen Sie mit Ihrer Frau offen darüber und fragen Sie sie, warum sie den Oralsex nicht mag. Vielleicht finden Sie Wege, sich dieses Feld gemeinsam auf eine neue Art zugänglich zu machen. Wer nämlich seine Hemmungen abgelegt hat und gelernt hat, sich auf diese Spielart einzulassen, der wird mit schönen Empfindungen belohnt. Was viele Menschen am Oralsex lieben, ist die Weichheit der Lippen, die Wärme, die durch sie entsteht, und die Bewegungen, die mit der Zunge am Genital möglich sind. Oralsex kann uns wundervolle Lustmomente schenken, doch das geht nur, wenn unsere Bedenken vorab beiseitegeräumt wurden und wir uns ganz darauf einlassen können.

Dania Schifftan ist Sexologin, Autorin und Psychotherapeutin in Zürich.

Mailen Sie uns Ihre Fragen an dania@weltwoche.ch



„Hätten wir damals unser Geld vernünftig angelegt, müssten wir heute nicht am Goldfischfutter sparen.“

Seid mutig!

Nr. 1 – «Schule ohne soziale Medien»
Essay von Margarita Louis-Dreyfus

Die Autorin spricht mir aus dem Herzen! Die digitalen Medien schaden unseren Kindern und Jugendlichen mehr, als dass sie nützen. Es ist nicht nur die Zeit, die sie ihnen stehlen: Wie viele Hütten haben unsere Kinder nicht gebaut, wie viele Bücher nicht gelesen, wie viele Schals nicht gestrickt, wie viele Bilder nicht gemalt, wie viele Räuber-und-Bulle-Spiele nicht gespielt – wegen der vier bis fünf Stunden Bildschirmzeit täglich! Auf wie viele Tests haben sie sich höchstens flüchtig vorbereitet, weil Minecraft oder Fortnite ruft? Es ist nicht nur, dass wichtige Erfahrungen nicht gemacht werden. Der übermässige Umgang mit digitalen Medien schadet der Gehirnentwicklung. Die Verwendung von Bildschirmmedien in der frühen Kindheit beeinträchtigt die Entwicklung des Vorstellungsvermögens, also des bildhaften Denkens. Damit werden Kreativität und eigenständige Willensbildung beeinträchtigt. Wenn die Aufmerksamkeitsspanne sich an die paar Sekunden Dauer des Tiktok-Videos gewöhnt hat, wird es schwierig, einen ganzseitigen Zeitungsartikel zu lesen und zu verstehen. Wer sich auf Tiktok ständig mit den Schönsten, Reichsten und Schnellsten vergleicht, kommt schnell mal zum Schluss, dass er oder sie ein Versager ist und kein schönes Leben hat. Kinder- und Jugendpsychiatrien werden überhäuft mit Anmeldungen für ADHS- und Autismus-Abklärungen. Jugendliche mit Depressionen, Ängsten und Medien-Sucht suchen Hilfe. Orientierungslose junge Erwachsene können sich in der Berufswahl nicht entscheiden. Arbeitgeber berichten von weniger Aufmerksamkeit und Durchhaltevermögen. Welche Ge-

sellschaft werden wir in zwanzig Jahren haben? Seid mutig, Politiker und Lehrplanverantwortliche, ergreift die nötigen Schritte!

Kathrin Meffert-Ruf, Arlesheim

Verlogenes Framing

Nr. 2 – «Deutsche Romantik des Widerstands»
Matthias Matussek über Deutschlands Politik

Vielen Dank für die sachkundige und wachrüttelnde Berichterstattung über die Bauernschaft und deren Proteste. Die Bezüge zur Gegenwart im Beitrag «Deutsche Romantik des Widerstands» von Matthias Matussek sind brilliant. Weiter zeigt Stefan Millius in seinem Artikel «Wird der Bauer unbequem, ist er plötzlich rechtsextrem» die politischen Zusammenhänge auf, die dem Zerrbild in den Medien zugrunde liegen. Und Anabel Schunke spricht in «Guter Protest, schlechter Protest» das verlogene Framing an. Deutschlands Ampelregierung haut nicht nur Schneisen in die unberührte Natur, sie setzt auch die Axt bei den bäuerlichen Betrieben und unserer Versorgungs- und Ernährungssicherheit an.

Marieluise Fieger-Besdziek, Riegel (D)

Opfer wird zum Täter

Nr. 3 – «Right or wrong – my Staatsräson?»
Kolumne von Stefan Baron

Stefan Baron scheint die Anklage des Genozids an den Palästinensern zu unterstützen und weiss nicht, dass nicht Israel einen Genozid begeht, sondern dass der Plan der Hamas ist, an Israel einen Genozid zu begehen. Davon ist kein Wort zu lesen. Auch kein Wort davon, dass Israel aus dem Wüstenland von einst einen blühenden Garten geschaffen hat. Auch kein

Wort, dass Israel versucht, die palästinensische Bevölkerung zu schützen, und die Hamas verantwortlich für die Todesfälle ist, da sie die Bevölkerung als Schutzschild verwendet. Kein Wort davon, dass die Uno den Israelis dieses Land 1948 zugesprochen hat. Kein Wort davon, dass die Hamas alle Gelder der internationalen Gemeinschaft dafür benützt, Tunnels zu bauen und Waffen zu kaufen, und die Bevölkerung leer ausgeht. Kein Wort davon, dass die Hamas eine Terrororganisation schlimmsten Ausmasses ist, gegen die Israel das Recht hat, sich zu verteidigen. Es wird wieder einmal Israel angeklagt, Opfer wird zum Täter und Täter zum Opfer. Israel begeht keinen Völkermord, und es ist auch nicht von einem Massensterben zu sprechen. Israel tut genau das, wozu es das Recht hat und was wir alle tun würden: Die Grenzen wieder zu sichern, damit das Volk in Ruhe und Sicherheit leben kann. Max Graf, Riehen

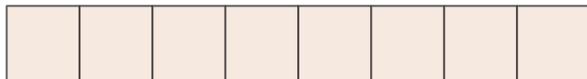
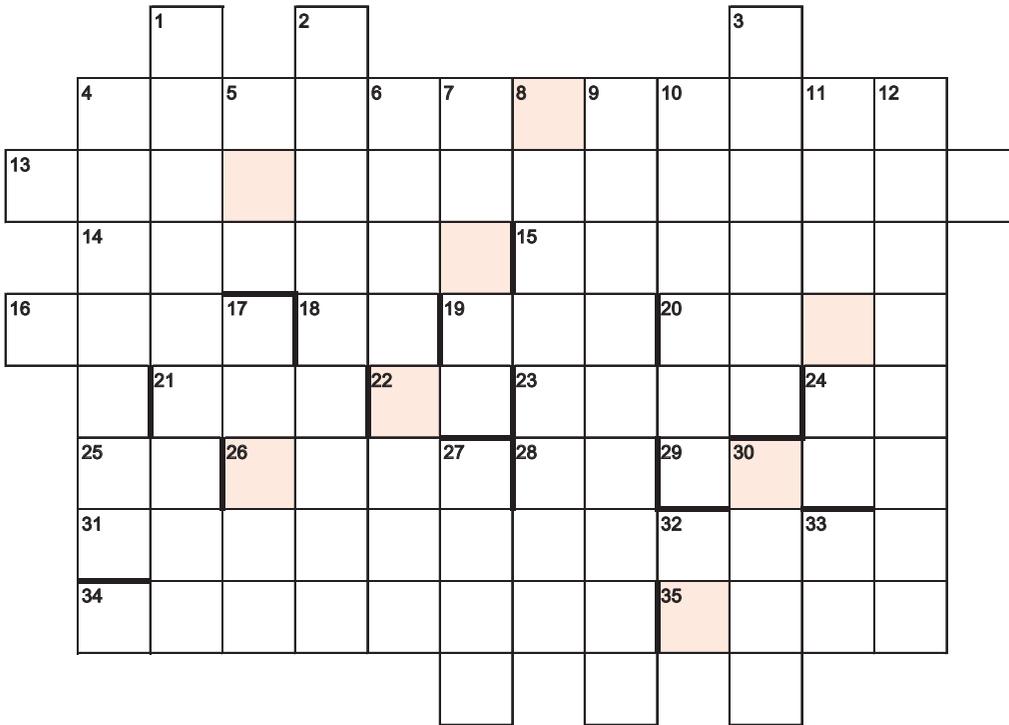
Korrigenda

Nr. 3 – «Die Revolution hat diese Runde gewonnen. Allahu akbar» – David Klein über Swisspeace

Im Anriss des Artikels heisst es, Swisspeace unterstütze Hamas-Sympathisanten mit Schweizer Steuergeldern. Da es im Text namentlich um das eidgenössische Aussendepartement (EDA) ging, lässt diese Zusammenfassung der Redaktion den falschen Schluss zu, das EDA finanziere via Swisspeace die als Beispiel genannte Islamische Universität Gaza (IUG). Richtig ist: Die IUG erhält Zuwendungen vom Cluster of Cooperation von Swiss Universities, nicht vom EDA. Wir bitten um Entschuldigung. Die Redaktion

Leserbriefe: Wir freuen uns über Ihre Zuschriften.
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch





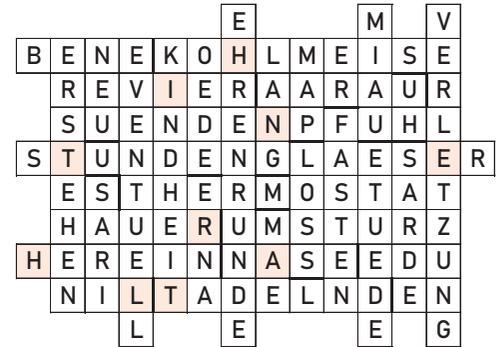
Lösungswort — schlagkräftige Kranichvögel?
 Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 4 Möbelstück plus Nachtreisezug plus Lotterieschein, zusammen unbegrenzt 13 werden Schiffsbauern zur Ansicht geschickt? 14 islamische Terrororganisation mitten in einer Armee, gar nicht wohlklingend 15 danach funktioniert vielleicht manches besser, vielleicht aber auch gar nichts mehr 16 sie hat schöne Blüten und man sollte sie unbedingt im Auge behalten 18 ⁹/₂₀ MM oder ²⁰⁰/₂₀ mm 19 ist in Videoaufzeichnungen zu sehen 20 sie durchquert München in ihrem Bett 21 hier sollte man nicht weit suchen 22 innwendig komplett ausgeräumtes Lagerhaus 23 Auterelles und Erafim haben dieses Weniger zu wenig 24 Wochenanfang 25 knapper Kriegsgrund 26 sportlicher Schulaufgaben-Teil oder wichtiger Sportflinten-Teil 28 diese Buchstabenkombination ist auf Skiern oder Schneeschuhen nützlich, nicht aber auf Snowboards oder Schlitten 29 importierte Getränke in Stripteaseclubs 31 solche Kunden sind überall gern gesehen 34 Pistenwildsau-Fortbewegungsweise 35 in Röhren ein leuchtendes Beispiel

Senkrecht — 1 sieht aus wie ein Nachtlokal, ist aber keines? 2 liegt irgendwo zwischen Weiler und Megacity 3 französische Gegend mit englischem Hinterteil hinten 4 wird nicht gejagt, sondern eingejagt 5 Grüezi für Nicht-Siezzer 6 wird umso knapper, je höher man aufsteigt 7 können, entgegen gewissen Vorurteilen, problemlos mit andern Menschen kommunizieren – solange ihre Tastatur nicht defekt ist 8 jemand, der Papier zerkrnauscht? 9 typisch wokes Lebensgefühl 10 seine Lieblingskleidung: das Adamskostüm 11 ist für Kanadier, was Suva für Fidschianer ist 12 bieten Frosch-Sitzgelegenheiten an 17 5-senkrecht-Variante 27 sind Sitzplätze so, erfüllen sie ihre Funktion momentan nicht 30 sehr junger Nachwuchs in Feierlaune 32 knapper Rohrdurchmesser 33 so viele Finger haben japanische Hände

© Daniela Feurer – Rätselfactory

Lösung zum Denkanstoss Nr. 851



Waagrecht — 4 BENEbelt (ital. f. gut) 8 KOHLMEISE 13 REVIER (Re vier) 14 (H)AARAUfall 16 SUENDENPFUHL 18 STUNDENGLAESER 22 Karies 24 THERMOSTAT (the R most at) 26 HAUER 27 UMSTURZ 29 SpeicHEREINheiten 30 NASE 31 (R)EDUits 32 NIL (lat. f. nichts) 33 [T]ADELND 34 ENDE

Senkrecht — 1 EHRENRUNDE 2 MIAU 3 VERLETZUNG 5 ERSTEHEN (Erst-Ehen) 6 NEU England/Schottland 7 EVENTUELL (even Tüll) 8 KINDHEIT 9 (B)OEDen 10 LA(du)NG 11 MAP 12 ER(kERN) 15 (K)UH 17 FASTEN (fast EN) 19 EndLOSSchleifen 20 (G)ETUEDEL 21 ManSARDenzimmern 23 SARI (nordiranische Stadt) 25 jedem SchabERNACK 28 MAE West

Lösungswort — **HINTERHALT**



EMS – Innovativ, weltweit erfolgreich in den Geschäftsbereichen Hochleistungspolymere Spezialchemikalien

Rede und Gegenrede.



Abonnieren Sie jetzt die Ausgabe für Deutschland und holen Sie sich hier die neue App:

